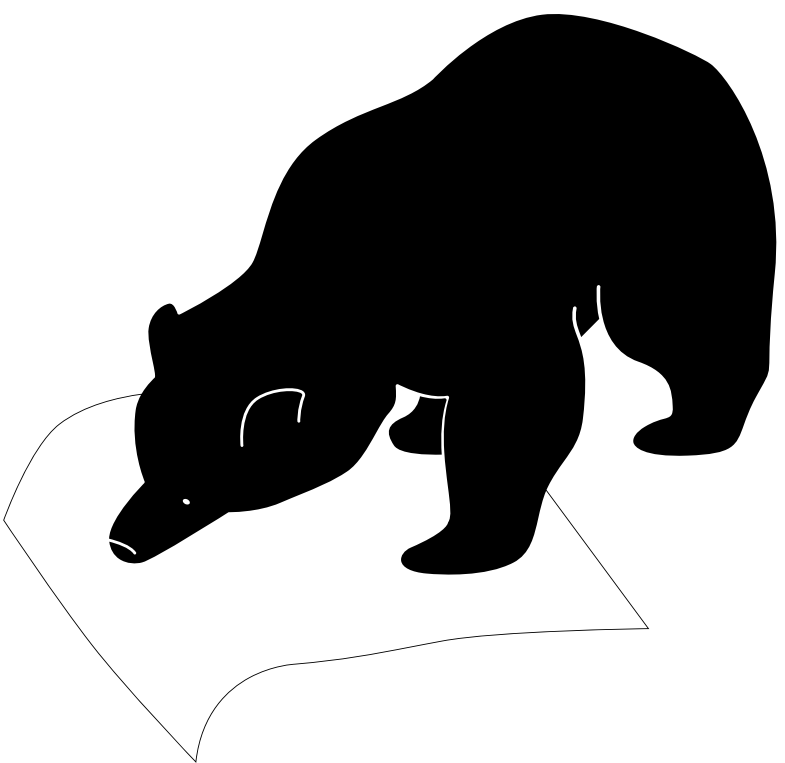


2022

Historisches Institut der Universität Bern

Berner Historische Mitteilungen



39. Jahrgang/2022

Redaktion:

Sara Schindler

Administration:

Gabriele Jordan, Sara Schindler, Daniel Marc Segesser

Herausgegeben vom

Historischen Institut der Universität Bern

Länggassstrasse 49

3012 Bern

Tel.: 031 684 80 91

<http://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi>

© 2023 by Historisches Institut der Universität Bern

ISSN 1660-1904

Editorial

Mit dem vorliegenden 39. Jahrgang der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) gewährt das Historische Institut der Universität Bern einen Einblick in die während des Jahres 2022 abgeschlossenen Forschungsarbeiten seiner Doktorandinnen und Doktoranden sowie seiner Masterstudierenden. Wiederum zeigt die vorliegende Ausgabe, wie vielfältig die Forschungsergebnisse sind, die Doktorierende und Masterstudierende am Institut erarbeitet haben. Viele davon werden mit Sicherheit sowohl im universitären Umfeld wie in einer breiteren Öffentlichkeit auf Interesse stossen. Dank moderner Suchmaschinen sind die an unserem Institut verfassten Arbeiten auch weltweit auffindbar.

Die vorliegende Nummer präsentiert Zusammenfassungen von Dissertationen und Masterarbeiten zu einer Vielzahl von Themen. Geographisch reichen die Arbeiten von der Schweiz über Europa und Afrika bis nach Asien und Lateinamerika. Alltags- und geschlechtergeschichtliche Arbeiten sind ebenso vertreten wie solche zur Umwelt-, Sozial-, Kultur-, Musik-, Diplomatie-, Rechts- und Migrationsgeschichte. Zeitlich reichen sie von der Antike bis zur Gegenwart und machen damit aufs Neue deutlich, wie vielfältig die Forschungsmöglichkeiten für junge Menschen am Historischen Institut der Universität Bern sind.

Die meisten in dieser Nummer vertretenen Arbeiten können in der Bibliothek ebenso eingesehen werden wie solche, die in den vergangenen Jahrgängen der BeHMi vorgestellt wurden. Auf der [Homepage](#) lassen sich ältere Exemplare der BeHMi kostenlos herunterladen. Verweise zu geplanten Publikationen finden sich jeweils im Schlussteil der vorliegenden Zusammenfassungen. Einzelne speziell gute Arbeiten werden auch im Open Access Verfahren in den verschiedenen Reihen der Berner Studien zur Geschichte publiziert – deren Zahl wird immer grösser. Die Arbeiten aus den vergangenen Jahren finden sich ebenfalls auf entsprechender [Website](#).

Wie schon im vergangenen Jahr überzeugte Sara Schindler mit ihrem grossen Engagement und ihrer präzisen Arbeit. Für die Administration der BeHMi war auch dieses Mal Gabriele Jordan zuständig. Für die Korrekturlesung konnten wir auf die Unterstützung von Vanja Nikic zählen. Allen Drei gebührt für ihren Einsatz ein besonders grosser Dank. Ein solcher gilt speziell auch unseren Autorinnen und Autoren für ihr Engagement und ihre freundlichen Antworten auf unsere Nachfragen.

Bern, im Juli 2023

Daniel Marc Segesser
Studienleiter und Mitarbeiter der Geschäftsführung

Inhaltsverzeichnis

Dissertationen

DANIEL ARTHO „Schandfleck“ oder „Ruhmesblatt“? Die Erinnerungskultur des schweizerischen Landesstreiks 1918–1968	6
THOMAS GARTMANN Stürme – Seuchen – Spekulanten Antike Beurteilungen der Ursachen von Versorgungsproblemen in Rom	8
DIANNE VIOLETA MAUSFELD „American Made with a Mexican Flow!“ Chicano Hip-Hop in Los Angeles, 1987–2001	10
MATHIJS ROELOFSEN „Si avons nous lesdits compaignions de chevauchie“ L’organisation militaire de Fribourg au Moyen Age (1350–1550)	12
GINNY WHEELER Living Buildings Domestic Spaces and Water Displays in the Late Roman West	14
 <i>Masterarbeiten</i>	
MOHAMMED ABDULLAHI Race Riots nach dem Ersten Weltkrieg Der Tulsa Riot 1921	17
TIMEO ANTOGNINI Geschichte der Tuwinischen Volksrepublik (1921–1944)	18
SCARLETT CÉLINE ARNET Hochwasserschutz an der Langete 1931 und 1975 Ein historischer Vergleich	19
DOMINIK BÄR Mission Citroën Centre-Afrique Analyse und historische Einordnung der Fotodokumentation	20
DERYA BOZAT Die tamilischen Schutzsuchenden und die schweizerische Asylpolitik in den Jahren 1983 bis 1985 Vier Tamil:innen erzählen von ihrer Anfangszeit in der Schweiz	22
STEFANIE BRAENDLI Der Fall Carmen Mory Eine Untersuchung zur Behandlung einer Täterin im ersten Ravensbrücker-Prozess von 1946/47 unter besonderer Berücksichtigung der weiblichen Komponenten	23

SABRINA BÜHRER Von Normbrüchen, Topoi und Männerphantasien Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit in den Elegien von Ovid und Tibull	24
SIBYLLE BUESS Vom „Problem Schiene – Strasse“ zum „Gemeinsam statt gegeneinander“ Die Geschichte und die Arbeit des Informationsdienstes für den öffentlichen Verkehr LITRA von 1935 bis heute	25
ELISA COLELLA Rollen- und Selbstbilder der sogenannten Ostfrauen Ostdeutsche junge Frauen zwischen Entideologisierung, Reprivatisierung und emblematischer Affirmation 1965–1985: Paternalistische Frauenpolitik, mediale Rollenbilder und weibliche Selbstbilder in der DDR.....	26
SEAN DRECHSEL Souveränität durch Kooperation Die Schweiz und die multilaterale Zusammenarbeit im Zuge der Ölkrise 1973–1975	27
ISABELLE LARISSA GERBER Vom Aufwachsen, Erinnern und Weitergeben Erfahrungen als Tamilinnen der zweiten Generation in der Schweiz.....	29
JONAS GERBER Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Revolutionär Marxistischen Liga/Sozialistischen Ar- beiterpartei Untersuchung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Deutschschweizer Sektionen der Revolutionär Marxistischen Liga (RML)/Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) von 1969 bis 1991.....	30
JACQUELINE GOTTSCHALL Im Ewigen Eis Vorstoss an die Grenzen der menschlichen Vitalität: Verpflegung und Vorräte auf ausgewähl- ten Antarktisexpeditionen von 1819 bis 1917.....	31
NICOLAS HALTER Die Spanische Grippe in der Schweiz Zur Bewältigung der Krise im Kanton Aargau	32
DEBORA HEIM Der Geheime Rat in der Republik Bern Institutionalisierung, Legitimierung und Praxis der Arkanpolitik im 17. und 18. Jahrhundert.....	33
VALENTIN HILFIKER Wie ein Schweizer Kanton, oder doch nicht? Die Beziehungen Schweiz und Liechtenstein während des Zweiten Weltkrieges.....	34
STEFAN JAMPEN Kontinuierliche Beobachtungen, sorgfältige Versuche, nutzbare Erfahrungen Entstehungsgeschichte und Tätigkeit der Versuchsstation und Schule für Obst-, Wein- und Gartenbau in Wädenswil.....	36

DANIEL KLEIS Das venezianische Netzwerk in der alten Eidgenossenschaft zu Beginn des Dreissigjährigen Krieges.....	37
GIACOMO FAUSTO ALFRED MORISOLI Sviluppo delle visioni politiche dell'organizzazione indigena CONAIE dal 1986 al 2007 Proposte di riforma costituzionale e progetti politici.....	38
JUDITH NEUENSCHWANDER „Maman vous qui êtes si bonne qui me laissés si genereusement la Maitresse de mon sort“ Tochter-Mutter-Beziehung und weibliche Handlungsspielräume anhand der Briefe von Henri- ette Effinger.....	40
LIVIA NOTTER Weibliche Handlungssphären in der bürgerlichen Gesellschaft Hamburgs zu Beginn des 19. Jahrhunderts Lebenswelt und Subjektivität der Maria Magdalena Caroline Beneke anhand ihres Briefver- kehrs 1806–1816.....	41
ALISON PEYER „... Weil wir über uns reden müssen“ Das Aushandeln schwul-lesbischer Sichtbarkeit in Ostberlin 1983–1989	42
NATALIE RAIMANN Ein Thurgauer kommt selten allein Untersuchung zu den Universitätsbesuchern aus dem Thurgau zwischen 1450 und 1550	44
DAVID ROTACH (Un-)erwünschte Fremde Militärflüchtlinge und Internierte im Kanton Graubünden während des Ersten Weltkriegs	45
JULIEN SCHAFROTH Von Kohle, Kumpels und Kommerz Wie der Fussball als Erinnerungskultur im Ruhrgebiet des 20. Jahrhunderts kollektive Identi- täten prägte.....	46
LAURA SCHLEISS Die Untersuchung der sozialen Beziehung zwischen dem „Waisenvater“ und den Erziehe- rinnen und Erziehern am Beispiel des Bürgerlichen Waisenhauses Basel in den Jahren von 1960 bis 1980.....	47
RAMON SCHMIDT Die Kartoffelfäule in der Ostschweiz Folgen und Krisenbewältigung am Beispiel des Kantons St. Gallen (1845–1847).....	48
LISA SCHMIED Der Umbruch 1989/90 in der DDR Gedanken und Gefühle in Tagebüchern dreier Frauen aus der DDR	50
AUDE SCHNYDER Der Bau des Speicherkraftwerks Mauvoisin im Val de Bagnes (Wallis) Untersuchung der Arbeitsbedingungen.....	51

KASPAR ANDREAS SCHWARZENBACH Schadenlawinen im Berner Oberland Historische Lawinenereignisse und moderner Lawinenschutz.....	52
DAVID SIPEKI Pamphilus Gengenbach und Niklaus Manuel Kirchen-, Solddienst- und Machtkritik sowie Antiklerikalismus in ihren Fasnachtspielen.....	53
MICHÈLE STEINER Krankheit, Tod und Kommunalität Die Nonnen des Klosters Visitation in Solothurn	54
NOEMI STEUERWALD Die „Güggelgumperei der Amazonas“ Frauen im schweizerischen Reit- und Turniersport im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts	55
REA VOGT Von St. Gallen nach Rio de Janeiro Das Netzwerk des Kaufmanns Jacob Laurenz Gsell während der „Zweiten Sklaverei“	57
SELOMIE ANNA ZÜRCHER „Abwehrkampf wider die Gottlosenbewegung“ Proletarische Freidenker in der schweizerischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus (1927–1936).....	58

Daniel Artho

„Schandfleck“ oder „Ruhmesblatt“?

Die Erinnerungskultur des schweizerischen Landesstreiks 1918–1968

Dissertation bei Prof. em. Dr. Brigitte Studer und Prof. Dr. Christian Koller

Die 2022 eingereichte Dissertation fokussiert auf die Erinnerungskultur(en) des Landesstreiks von 1918 bis zur historischen Aufarbeitung des Ereignisses ab 1968. Im Zentrum stehen dabei die Mittel und Formen der Etablierung, Tradierung und politische Nutzung unterschiedlicher Deutungsmuster und Narrative des Landesstreiks durch die massgebenden gesellschaftspolitischen Kräfte der Schweiz.

Im landesweiten Generalstreik vom 12. bis 14. November 1918 kulminierten die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konflikte zwischen der bäuerlich-bürgerlichen Bevölkerung und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die sich während der Kriegsjahre zugespitzt hatten. Rund 250 000 Arbeiter:innen gaben ihrem Unmut über politische Exklusion, Wohnungsnot, Versorgungsprobleme, Lohnabbau und Teuerung Ausdruck. Ihnen standen 95 000 Soldaten der Schweizer Armee und zahlreiche spontan gebildete Bürgerwehren gegenüber. Nach einem Ultimatum des Bundesrats kapitulierte die Streikleitung bereits nach wenigen Tagen. Die Konfrontation belastete das politische und gesellschaftliche Klima der Schweiz während der Zwischenkriegszeit und wirkte bis in die 1960er Jahre nach.

Es zeigte sich, dass der öffentlich-mediale Streit respektive Aushandlungsprozess um die Deutung des Ereignisses bereits mit dem Ausbruch des Landesstreiks einsetzte. Die gesellschaftlichen und politischen Gräben, die durch den Landesstreik vertieft wurden, bildeten sich rasch auch erzählerisch ab. In der Folge etablierten sich konkurrierende Narrative, die von den ideologischen Perspektiven der verschiedenen gesellschaftspolitischen Gruppen geprägt waren. Die Wahrnehmung des Landesstreiks wurde von transnational verbreiteten Revolutionsängsten massgeblich beeinflusst.

Dass ein Grossteil der Akten zum Landesstreik im Schweizerischen Bundesarchiv mit einer 50-jährigen Sperrfrist belegt war, trug wesentlich zur Legendenbildung bei. Die grosse Popularität und öffentlich-mediale Präsenz der entstandenen Deutungsmuster machten die Landesstreikerinnerung folglich zu einem vielfältigen Spielball politischer Interessen. Dies wurde besonders in der Zwischenkriegszeit deutlich, deren politischer Alltag noch über weite Strecken von einer regelrechten „Generalstreikpsychose“ geprägt war. Das Klima der kollektiven Verunsicherung und Angst wurde von den Vertretern der verschiedenen politischen Kräfte eifrig bewirtschaftet und genutzt. In den 1920er sowie den frühen 1930er Jahren kam es zu zahlreichen ideologisch aufgeladenen politischen Auseinandersetzungen, Veranstaltungen sowie Wahl- und Abstimmungskämpfen, bei denen die Erinnerung an den Landesstreik als politisches Argument eingesetzt wurde.

Besonders für die sozialdemokratische und kommunistische Linke bildete das Ereignis einen zentralen historischen Bezugspunkt, das die Stärke der Arbeiterschaft symbolisierte und zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Klassenidentität wurde. Die Ursachen des Landesstreiks wurden auf der Linken vornehmlich im Bereich der ungleichen Lastenverteilung, der fehlenden politischen Partizipationsmöglichkeiten von SP und Gewerkschaften und der sozialen Notlage breiter Bevölkerungsschichten während der Kriegsjahre gedeutet. Es entstand hier eine – von der späteren, quellenbasierten Geschichtsschreibung weitgehend untermauerte – Kulminationsthese, wonach der Landesstreik als Höhepunkt einer wirtschaftlich-sozialen und politischen Zuspitzung zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum sowie den bürgerlich dominierten Bundesbehörden gedeutet wurde. Im Landesstreik entluden sich demnach

Gefühle der Frustration, der Verzweiflung und der Wut, die sich insbesondere in der städtischen Arbeiterschaft über mehrere Jahre hinweg aufgestaut hatten. Mit der sozialpolitischen Aufbruchsstimmung, die Ende 1918 einsetzte und bis zum Jahreswechsel 1919/20 anhielt, keimte zudem die Hoffnung auf, dass der Landesstreik in seiner Konsequenz doch noch weitreichende Sozialreformen angestoßen haben könnte. Mit der wirtschaftlichen Nachkriegskrise sowie der Formierung des Bürgerblocks verflüchtigte sich die kurze Anfangseuphorie jedoch bereits in den frühen 1920er Jahren. Erst mit der neuerlichen sozialpolitischen Aufbruchsstimmung in der Zeit des Zweiten Weltkriegs setzte sich die Deutung durch, der Landesstreik habe seinem bedingungslosen Abbruch zum Trotz mittel- bis langfristig positive Folgen gezeitigt. Nach 1945 nahm diese Erfolgsthese den ersten Platz im narrativen Repertoire der sozialdemokratischen Linken ein.

War der Landesstreik für die politische Linke eine gerechte und legale Form des sozialen Protests sowie eine machtvolle Demonstration proletarischer Solidarität, sahen zahlreiche Vertreter der bürgerlichen und bürgerlichen Kräfte darin einen bolschewistischen Umsturzversuch nach russischem Vorbild. Die in der bürgerlichen Bevölkerung latent vorhandenen Umsturzängste wurden fortan gezielt aktualisiert, womit antisozialistische Ressentiments geschürt sowie eine akute staatspolitische Bedrohung von links suggeriert wurden.

Erst die Bedrohungswahrnehmung im Zeitalter der Geistigen Landesverteidigung, die sozialpartnerschaftliche Annäherung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre sowie die wirtschafts- und sozialpolitischen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs wirkten deeskalierend und differenzierend auf den Erinnerungsdiskurs ein. Mit wachsendem zeitlichen Abstand und insbesondere nach 1945 verlor sodann das bürgerliche Revolutionsnarrativ

zunehmend an Schärfe. Dies hing besonders mit der zunehmend friedvollen Gestaltung der Klassenverhältnisse und der politischen Integration der SP, vor allem aber mit der Kriegswirtschafts- und Versorgungspolitik während des Zweiten Weltkriegs zusammen. Der Kontrast zu den ungenügenden Massnahmen der bürgerlich dominierten Behörden während des Ersten Weltkriegs war unübersehbar. Wenngleich das Revolutionsnarrativ bis 1968 nicht grundsätzlich hinterfragt wurde und der Landesstreik weiterhin als historischer „Schandfleck“ galt, weckte diese Kontrastfolie nun auch im Bürgertum ein zunehmendes Verständnis für die sozialen Ursachen des Landesstreiks.

Die verhängnisvolle Wirkungsmacht des bürgerlichen Revolutionsnarrativs zeigte sich vor allem darin, dass – angesichts der Suggestion einer anhaltenden revolutionären Bedrohungslage – eine Entkoppelung des Landesstreiks von seinen eigentlichen sozialpolitischen und ökonomischen Ursachen stattfand. Gleichzeitig wurde das Versagen der bürgerlich dominierten Kriegswirtschafts- und Versorgungspolitik während der Zeit des Ersten Weltkriegs verschleiert. Die vermeintlichen Ursachen des Landesstreiks wurden dagegen zumeist monokausal auf die Agitation und die Klassenkampfrhetorik linker „Scharfmacher“ zurückgeführt, welche die kriegsbedingten sozialen Missstände und die Überforderung der Bundesbehörden mit einer gezielten Problempromotion für den Umsturz instrumentalisiert hätten. Die fortwährend kultivierte Angst vor einer möglichen Wiederholung der Ereignisse vom November 1918 führte in der Zwischenkriegszeit dazu, dass Staatsschutzmassnahmen gegenüber sozialen Reformen priorisiert wurden. Dass die politische Integration der Sozialdemokratischen Partei auf Bundesebene während der Zwischenkriegszeit weitgehend blockiert war, hing ebenfalls massgeblich mit dem ihr seit 1918 anhaftenden Stigma einer landesverräterischen Umsturzpartei zusammen.



Stürme – Seuchen – Spekulanten

Antike Beurteilungen der Ursachen von Versorgungsproblemen in Rom

Dissertation bei Prof. em. Dr. Thomas Späth und Prof. Dr. Paul Erdkamp

Am Anfang dieser Dissertation stand die Beobachtung von drei Paradoxa, die bei der Lektüre der Werke von antiken Historiografen und Biografen auffallen: Erstens haben besonders die „guten“ Kaiser ständig mit schlechtem Wetter zu kämpfen, zweitens wird das gewaltige Versorgungssystem regelmässig durch ein sehr überschaubares Problem zu Fall gebracht und drittens – und dies ist zugleich die Hauptthese – erwähnen die antiken Autoren zwar immer wieder Versorgungsprobleme, scheinen sich dafür aber gar nicht wirklich interessiert zu haben.

Um diese Paradoxa zu erklären, galt es, das Korpus der Quellenstellen zu konstituieren und Methoden der Auswertung zu entwickeln, die Bedingungen einer funktionierenden Versorgung zu rekonstruieren, die überlieferten Probleme zu sortieren und die Muster hinter den entsprechenden Überlieferungen offenzulegen. Eingrenzungen waren für die Umsetzung unabdingbar: Die Dissertation konzentriert sich erstens auf die antiken Geschichtswerke, zweitens (aufgrund der verfügbaren Quellen) auf die Hauptstadt Rom und drittens auf die Zeit von der mythischen Gründung Roms (753 v. Chr.) bis zum Ende der Severischen Dynastie (235 n. Chr.). Als Methode wurde sowohl ein diskursanalytischer als auch ein praxeologischer Zugang gewählt. Grundlage für die Auseinandersetzung mit einem breiten Spektrum an Versorgungsproblemen ist eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen für eine funktionierende Getreideversorgung Roms in fünf Bereichen: Bevölkerung, Landwirtschaft, Ernährung, Logistik und Institutionen.

Zur Erklärung von Krisen führten die Geschichtswerke Beeinträchtigungen durch äussere Feinde besonders prominent an, aber auch Bürgerkriegsakteure spielten eine wichtige Rolle. Im zivilen Bereich traten vor allem mächtige Individuen als Verursacher von Versorgungskrisen in Erscheinung – und zwar primär dann, wenn diese Figuren sich bei den literarisch tätigen Kreisen ihrer Zeit unbeliebt gemacht hatten. Beispiele sind insbesondere Caligula und Nero, aber auch Satur-

ninus und Cleander. Eine Kategorie von Problemen ohne (angebliche) Schuldige stellten Elementarereignisse dar. Während bei Stadtbränden oder religiösen Erklärungen von Versorgungskrisen menschliche Akteure unter Umständen noch verantwortlich gemacht werden konnten, galt dies für Erdbeben, Dürren oder Stürme nicht. Am häufigsten hatte Rom offenbar mit Überschwemmungen zu kämpfen, aber auch Grossbrände waren immer wieder ein Problem. Die Auswirkungen solcher Ereignisse auf die Versorgung bleiben in den erhaltenen Quellen aber oft implizit. Unter den komplexeren Erklärungen, welche die antiken Autoren für Versorgungsprobleme in Rom anzubieten hatten, kam den Seuchen besondere Bedeutung zu. Seuchen konnten sowohl eine Ursache als auch eine Folge von Hunger sein – und daher mitunter in einen Teufelskreis führen.

Während die antiken Autoren in aller Regel einfache Erklärungen mit klaren Schuldigen oder zumindest geradlinigen Ursachen bevorzugten, gibt es durchaus einige Quellenpassagen, in denen durchscheint, wie komplex das römische Versorgungssystem eigentlich war. Dies wurde dadurch deutlich, dass eine Kombination von Problemen oder eine Kette von Ereignissen beschrieben wurde, die letztlich zu einer Versorgungskrise führten oder zumindest eine solche enthielten. Andererseits gibt es vereinzelt auch Quellenstellen, in denen mehrere mögliche Ursachen von Versorgungsproblemen einander gegenübergestellt oder gegeneinander abgewogen wurden.

Auf narrativer Ebene lassen sich fünf mögliche Funktionen ausmachen, welche die antiken Berichte über Versorgungskrisen erfüllen konnten: Die erste und häufigste Funktion war die „Illustration von Kriegen“. Die „moralische Charakterisierung“ war nur zum Teil damit verknüpft und ebenfalls verbreitet. Zur „Erklärung von Veränderungen“ wurden Versorgungskrisen dagegen nur selten herangezogen – im Gegensatz zu Seuchen. Auch als „Memorabilia“ – als erinnerungswürdig betrachtete Ereignisse – traten Versorgungskrisen kaum in Erscheinung. Wieder häufiger wurden

Versorgungsprobleme im Rahmen von „Krisenclustern“ behandelt. Dabei wird deutlich, dass der Fokus der antiken Autoren auf Ereignissen lag, welche die römische Elite und damit mitunter die Autoren selbst betrafen. Daraus ergibt sich, dass es zweifellos Versorgungskrisen im antiken Rom gegeben hat, die von den Historiografen nicht oder zumindest nicht direkt überliefert worden sind, weil sie ihnen als irrelevant erschienen. In einigen Fällen sind diese ungenannten Krisen aber dennoch fassbar – etwa, wenn in der Überlieferung auffällige Lücken zu finden sind, obwohl die Rahmenbedingungen oder besondere Umstände das Auftreten von Krisen nahelegen würden.

Die antiken Autoren hatten zudem die Tendenz, sich eher auf episodische Versorgungskrisen mit einschneidenden politischen Konsequenzen zu konzentrieren als auf strukturelle, die durch das Zusammenspiel einer Fülle von unscheinbaren Faktoren zustande kamen. Dies entsprach einerseits ihren Interessen als Angehörige der römischen Elite und andererseits ihren Darstellungsabsichten als Geschichtsschreiber oder Biografen. Nicht zuletzt war die Konzentration auf episodische Hungersnöte aber auch spektakulärer – und weniger kompliziert. Dass das Augenmerk bei Versorgungsproblemen primär auf Versorgungsengpässen und nicht auf einem möglichen Anspruchsversagen lag, war allerdings bis vor wenigen Jahrzehnten auch unter modernen Historiker:innen die Norm.

Die Dissertation kann vor allem drei Dinge aufzeigen: Erstens lohnt es sich, antike Versorgungsprobleme in einem breiten Sinne zu untersuchen und die unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, die sich zudem im Laufe der Zeit erheblich veränderten. Nur so lassen sich die vielfältigen Zusammenhänge auf allen Ebenen

erkennen, und nur so lässt sich das Gewicht der einzelnen Faktoren angemessen beurteilen.

Zweitens war die Versorgung der antiken Metropole Rom spätestens ab der späten Republik eine gigantische Herausforderung, die sich selbst unter den besonders günstigen Voraussetzungen der frühen Kaiserzeit bestenfalls in einem labilen Gleichgewicht befand. Die Liste von möglichen Beeinträchtigungen ist lang und variantenreich: von feindlichen Heeren und Bürgerkriegsakteuren über sorglose Kaiser und gierige Spekulanten bis hin zu Stadtbränden, Hochwassern und Seuchen. Und obwohl sich entsprechend der Zeitumstände die typischen Probleme verschieben – tendenziell einerseits von der Produktion zur Logistik und andererseits von Latium auf das Mittelmeer und in die Provinzen – wird bei genauerem Hinsehen deutlich, dass die überlieferten Ursachen von Versorgungsproblemen oft in erheblichem Masse mit den Präferenzen der Geschichtsschreiber zusammenhängen.

Drittens konzentrieren sich diese Präferenzen stark auf Rom und insbesondere die dortige Oberschicht und deren Lebenswelt. Die einfachen Leute (und erst recht Frauen, Unfreie usw.), die Landbevölkerung und die Provinzialen – mit ihren jeweils eigenen (Versorgungs-)Problemen – blitzen in den literarischen Quellen dagegen nur selten auf. Für komplexere administrative oder logistische Schwierigkeiten hielt sich das Interesse der Historiografen als auch der Biografen zudem sogar dann in engen Grenzen, wenn sie unmittelbar die Versorgungssicherheit der Metropole betrafen.

Als Folge davon ist das heute rekonstruierbare Bild der antiken Versorgungsprobleme nicht nur lückenhaft, sondern darüber hinaus sowohl systematisch als auch willkürlich verzerrt.



„American Made with a Mexican Flow!“

Chicano Hip-Hop in Los Angeles, 1987–2001

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Büschges und Prof. Dr. Britta Sweers

Das Forschungsprojekt behandelt die Entstehungsgeschichte des Musikgenres Chicano Hip-Hop von den späten 1980er Jahren bis in die frühen 2000er Jahre und orientiert sich an folgenden Leitfragen: Welche ästhetischen und stilistischen Eigenschaften zeichnen Chicano Hip-Hop aus? Welche sozio-kulturellen Umstände führten zu seiner Entstehung in Los Angeles? Und inwiefern wird es durch die Ethnizität und Migrationsgeschichte der Künstler:innen geprägt? Die auf Englisch verfasste Dissertation entstand im Rahmen des interdisziplinären SNF-Einzelprojekts *Hip-Hop as a Transcultural Phenomenon: Jamaican and Latin American cultural signifiers in US Hip-Hop (New York and Los Angeles, c.1970s – 1990s)* unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Büschges (Historisches Institut, Universität Bern) und Prof. Dr. Britta Sweers (Institut für Musikwissenschaft, Universität Bern). So liegen der Arbeit neben historischen und kulturwissenschaftlichen Ansätzen auch musikethnologische Methoden zugrunde. Der geografische Fokus liegt auf der Metropolregion von Los Angeles in Kalifornien, jedoch sind die *global cultural flows* (Appadurai 1990) – Migrationsbewegungen und Kulturaustausch – zwischen Mexiko und den USA zentrale Faktoren für die Geschichte dieser Musikkultur, die primär in den Südwest-Staaten der USA, Mexiko und Lateinamerika populär wurde.

Die Entstehung von Chicano Hip-Hop im Los Angeles der späten 1980er Jahre ist auf mehrere Entwicklungen zurückzuführen, die sich gegenseitig bedingten. Zunächst ist die verstärkte Migration aus Mexiko in Folge des Immigration Act von 1965 zu nennen, der u. a. Familienzusammenführungen ermöglichte und zu einem sprunghaften Anstieg der Migration aus Mexiko führte. Der erhöhte Influx von Migrant:innen aus Mexiko und Zentralamerika trug zur sog. *barrioization* bei, einem Phänomen das die ethnische und soziale Segregation der mexikanisch geprägten Wohnviertel von Los Angeles beschreibt. Dies wiederum wirkte als Katalysator für die lokale Gangkultur, die bereits seit den 1920er Jahren in Los Angeles

besteht und während der Crack-Ära und dem „War on Drugs“ in den 1980er und 1990er Jahren ihren Höhepunkt erreichte. Vor diesem Hintergrund entstand im Kontext der mehrheitlich afroamerikanischen Gangster Rap Szene eine eigene Strömung, in der Chicanx Künstler:innen ihre Kultur sprachlich, musikalisch, visuell und performativ zum Ausdruck brachten. Chicano Hip-Hop definiert sich durch Songtexte auf „Spanglish“ – einer Mischung aus Englisch und Spanisch – und kulturell geprägten Beats, die sich Musikrichtungen wie Chicano Rock, Funk und Soul bedienen. Die Narrative dieser mehrheitlich männlichen Musikform handeln von Gangkultur, mexikanischen Outlaws und dem täglichen Leben im *varrio* (Viertel).

Methodisch trianguliert das Forschungsprojekt ethnografische Interviews mit Künstler:innen (Oral History) mit kritischer Quellenbetrachtung und Auswertung von zeitgenössischer Berichterstattung in Zeitungen und Musikzeitschriften. So kommen wichtige Pioniere selbst zu Wort und die Geschichte des Genres wird aus zahlreichen Perspektiven beleuchtet. Diese Methodik wird durch „digitale“ und „hybride“ Ethnografie abgerundet, also die Nutzung und Auswertung von sozialen Netzwerken. Insbesondere Instagram bietet Zugang zu historischen Fotografien, Anekdoten und Musik, die von den Künstler:innen selbst bereitgestellt werden. Da keine offiziellen Archive für Chicano Hip-Hop existieren, fungiert Instagram als ein digitales Open Source Archiv, das Kunstschaffende und Fans auf Augenhöhe verbindet. Dies ermöglichte die Kontaktaufnahme und -pflege mit der Community, auch zwischen den Forschungsaufenthalten und während der Pandemie.

Die Forschungsarbeit ist in drei Teile unterteilt, die jeweils zwei bis drei Kapitel umfassen. Der erste Teil, *Evolution*, beleuchtet die Anfänge der Subkultur (Kapitel 1), betrachtet die zentralen ästhetischen Merkmale derselben (Kapitel 2) und zeichnet die Entwicklung in ein eigenständiges Genre nach (Kapitel 3). Die Ästhetik von Chicano Hip-Hop schöpft aus Chicano-Bewegungen und

Subkulturen wie der Bürgerrechtsbewegung (*El Movimiento*), der Lowrider- und der Gangkultur und kombiniert deren kulturelle Bedeutungsträger auf audio-visueller und performativer Ebene (*layering* nach Tricia Rose, 1994). Trotz des deutlichen Ausdrucks von kulturellem Selbstbewusstsein (*brown pride*) lehnt eine Mehrheit der interviewten Künstler:innen die ethnische Klassifizierung durch die Musikindustrie ab. De facto ist Chicano Hip-Hop eine Konstruktion jenseits von Ethnizität: obwohl die meisten Künstler:innen mexikanisch-amerikanischer Abstammung sind, ist dies keine Notwendigkeit, um in der Szene erfolgreich zu sein. Es gibt Künstler:innen, die nur ein mexikanisches Elternteil oder lateinamerikanische und sogar pakistanische Wurzeln haben. Die Sozialisierung in einem mexikanisch-geprägten Viertel, die häufig Gangerfahrungen impliziert, und die musikalische Anschlussfähigkeit ist ein wichtigeres Authentifizierungsmerkmal als ein mexikanischer Stammbaum.

Der zweite Teil, *Spaces*, widmet sich den urbanen Entstehungsräumen von Chicano Hip-Hop und den Orten, die in Musikvideos und Songtexten evoziert werden (Kapitel 4), sowie den transmedialen Räumen, in denen die Musik Verwendung findet, insbesondere Film und Fernsehen (Kapitel 5). Chicano Hip-Hop Künstler:innen kommen zumeist aus mexikanischen Migrationsfamilien, die in den 1960er und 70er Jahren nach Los Angeles kamen und sich in mexikanisch geprägten Arbeitervierteln der Metropolregion niederliessen. Diese *varrrios* finden sich in den Songtexten wieder. Musikvideos werden meist in authentischen urbanen Räumen gedreht, auch Mexiko und die militarisierte Grenze zu den USA sind Motive. Diese Orte bebildern sowohl Migrationserfahrung und kulturelle Herkunft als auch Chicano-Gangkultur, die eng mit urbaner Territorialität verknüpft ist. Zudem ist das Gefängnis omnipräsent in Text und Video: die Darstellung des Strafjustizsystems als Teil der mexikanisch-amerikanischen Gangrealität offenbart die Tragweite des Three Strikes Bestrafungssystems und des lukrativen Prison Industrial Complex in Kalifornien – zwei Faktoren, die

in den 1980er und 90er Jahren zur massenhaften Inhaftierung von Afroamerikaner:innen, Chicanxs und Latinxs führten.

Der dritte Teil, *Dialogues*, beschäftigt sich mit den Wechselwirkungen zwischen der afroamerikanischen und Chicano-Kultur (Kapitel 6), sowie mexikanischen Einflüssen auf Chicano Hip-Hop (Kapitel 7). Schwarzer Gangster Rap ist deutlich von Chicano-Gangkultur, insbesondere in punkto Mode, und Lowrider-Kultur beeinflusst. Zugleich kann Chicano Hip-Hop als eine Abspaltung dieses Gangster Raps betrachtet werden, die stark von afroamerikanischen Musikkulturen inspiriert ist. Seit Ende der 1990er Jahre sind hingegen verstärkt musikalische und thematische Entlehnungen aus mexikanischen Musikformen wie Banda, Norteño, Corrido, und Narcocorrido feststellbar, ebenso wie vermehrt spanischsprachige Texte und Feature-Produktionen mit Künstler:innen aus Mexiko (*mexican turn*). Insbesondere die Verflechtung von Chicano Hip-Hop und (Narco-)Corridos ist ein rezentes Phänomen, das auf Konzerten, in Musikvideos und in Sozialen Medien beobachtet werden kann.

Das Fazit der Arbeit schlägt eine Periodisierung vor, die die Wellenbewegungen der Popularität von Chicano Hip-Hop im Dialog mit dem Interesse (1987–1995) und Desinteresse der Musikindustrie (ab 1995) verortet. Durch den *digital turn* um 2001 boomte das Genre abseits des Mainstreams durch die Gründung eigener Labels, die Nutzung digitaler Promotionskanäle und die Synergie von Konzertreihen und Lowrider Events. Zudem haben der *gangster turn* (1994–1997) und der *mexican turn* (ab den späten 1990er Jahren) das Genre nachhaltig geprägt: die Einflüsse der Chicano-Gangkultur und die Besinnung auf die mexikanische Herkunft sind bis heute zentrale Aspekte. Die Popularität von Chicano Hip-Hop in Mexiko und Lateinamerika verdeutlicht zudem die Reziprozität von transnationalen *flows*, die Diasporen und Populärkultur über Landesgrenzen hinweg miteinander verbinden.

Eine monografische Veröffentlichung ist geplant.



„Si avons nous lesdits compagnions de chevauchie“

L'organisation militaire de Fribourg au Moyen Age (1350–1550)

Dissertation bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling und Prof. Dr. Olivier Richard

Cette dissertation de thèse est le fruit de quatre années de travail au sein du projet du Fonds national suisse *Martial Culture in Medieval Towns. 1350–1550*. Le sujet central de cette dissertation – la mobilisation militaire des bourgeois et habitants de Fribourg durant cette période – s'est imposé après une exploration des archives étatiques et communales de plusieurs villes de Suisse romande. L'étude de la diversité des structures municipales dans les villes du Pays de Vaud, du comté de Neuchâtel, du Genevois et des terres de l'évêché de Lausanne s'est révélée être un angle intéressant pour déterminer la place de l'organisation militaire parmi les institutions municipales ou les relations entre la ville et le seigneur. Parmi les fonds d'archives consultés en Suisse romande, ceux de Fribourg sont les plus riches en ce qui concerne les documents à caractère militaire, reflétant la participation de la ville et ses environs aux différents conflits de son époque. Les natures administrative et légale des documents permettent d'explorer à la fois les aspects institutionnels et fonctionnels de l'appareil militaire fribourgeois. Comme les deux faces d'une même pièce, l'organisation militaire urbaine était liée aux institutions de la ville et utilisait des moyens matériels propres pour accomplir ses missions. Plusieurs éléments constitutifs de ce que j'appelle le cadre politico-militaire étaient présents à divers degrés dans les communautés urbaines: une mise par écrit des éléments institutionnels – soit les lois et les ordonnances – et fonctionnels – combattants et matériel; des autorités municipales possédant des prérogatives militaires – notamment le recrutement et la conduite de troupes –; enfin, la possibilité d'intégrer d'autres localités dans l'organisation militaire de la ville, soit diplomatiquement (alliances et combourgeoisies), soit par l'annexion territoriale. Le développement de ces différents aspects était tributaire du degré d'autonomie d'une ville.

Les villes médiévales présentaient trois qualités militaires pour leur seigneur: elles pouvaient servir de places fortes, possédaient assez de richesse pour financer les guerres du prince et con-

stituaient une source de combattants. D'un point de vue politique, la participation des communautés urbaines requérait des négociations entre celles-ci et le seigneur, dont les accords étaient mis par écrit, voire étaient discutées en assemblées interurbaines. Ces dernières étaient notamment présentes dans le Pays de Vaud, avec les États de Vaud, qui réunissaient plusieurs villes de la région et jouaient un rôle de conseil, ainsi que de réponse aux demandes du prince en matière militaire. La consultation portait principalement sur les meilleures dispositions à prendre pour défendre la région, soit une aide militaire au prince ou un subside. En ce qui concerne les capacités militaires de Fribourg, les autorités municipales de celle-ci – à l'instar d'autres villes de l'espace germanique – possédaient les prérogatives nécessaires pour organiser les troupes et la défense de la ville, voire de déclarer la guerre à d'autres villes ou états.

Le service militaire à Fribourg était dû par les citoyens des quartiers de la ville et des campagnes environnantes – qu'ils soient bourgeois ou non-bourgeois. Il comprenait la participation aux expéditions militaires, le maintien de l'ordre et la mobilisation en cas de feu ou de siège. À partir de 1460, Fribourg est passé d'un système de recrutement basé exclusivement sur les bannières (soit la ville et les campagnes) à une combinaison entre celles-ci et des compagnies armées (compagnies de chevauchée) liées aux corporations de métiers ou aux paroisses. Les territoires acquis après les guerres de Bourgogne ont également été soumis à l'obligation de servir militairement. Le système de recrutement d'avant 1460 n'a toutefois pas entièrement disparu, ayant encore été utilisé en cas de siège, de feu ou d'émeute. Les compagnies de chevauchée étaient basées sur la mutualisation des ressources et la solidarité entre leurs membres. Si elles étaient liées à des milieux différents (professionnel, géographique, social), leur relation avec les autorités municipales était la même: fournir annuellement une liste des membres, respecter les ordonnances municipales et participer financièrement à l'effort de guerre. Cette configuration

semble être spécifique à Fribourg en comparaison à d'autres villes de l'espace germanique.

À l'image d'autres villes du plateau suisse la politique territoriale de Fribourg était pro-active, basée en premier lieu sur des achats de droits de seigneuries, puis des conquêtes militaires. L'unification de la ville et des campagnes environnantes en 1404 sous la forme de bannières a permis l'harmonisation administrative du territoire, servant de base pour les réformes militaires de 1460. Au niveau des devoirs militaires et de la participation financière des citoyens, ville et campagnes suivaient le même régime. Il faut noter que si Fribourg a profité du XIVe et du XVe siècle pour étendre son territoire, la concurrence avec Berne a freiné son expansion, notamment au XVIe siècle. Si, jusqu'en 1478, Fribourg faisait partie du patrimoine de plusieurs dynasties nobles (Zähringen, Kybourg, Habsbourg, Savoie), les autorités municipales avaient la liberté de conclure des alliances avec d'autres villes. Cet effort diplomatique (similaire à celui de ses voisins confédérés) s'est renforcé dans la deuxième moitié du XVe siècle, avec l'entretien de combourgeoisies avec des villes plus petites et leur intégration dans le système militaire fribourgeois.

La quantité importante de données relatives au matériel et activité militaires des fribourgeois représente l'opportunité d'étudier les questions économiques et géographiques liées au militaire. Ainsi, la mise en relation entre un livre de taxes de 1445 et plusieurs inventaires contemporains d'armure, de provisions et de chevaux confirme la corrélation entre le niveau économique et la quantité d'objets ou d'animaux possédés – typique des villes de l'espace germanique. Toutefois, la variation importante dans les quantités de biens possédés

entre les différentes catégories de fortune suppose l'existence de facteurs autres que seulement économique influant la possession d'équipement – mariage ou héritage par exemple. L'étude en série de la mobilisation des groupes de combattants met en lumière la stabilité des effectifs composant les compagnies de chevauchée de la ville entre 1460 et le début du XVIe siècle. D'un autre côté, durant cette même période, les paroisses des campagnes, les territoires conquis après les guerres de Bourgogne et les villes combourgeoises ont pris une place de plus en plus importante au sein des armées fribourgeoises, jusqu'à composer la grande majorité des troupes. On observe ainsi un recours croissant aux territoires périphériques de la part des autorités municipales en période de guerre.

À la croisée entre l'histoire militaire et l'histoire urbaine, ce travail montre les liens étroits entre l'appareil militaire et les institutions municipales de la ville. L'attention portée aux devoirs militaires des bourgeois et habitants (la mobilisation durant les expéditions militaires et pour la défense de la ville, ainsi que l'entretien d'armures, de chevaux et de provisions) révèle une institution basée sur les structures sociale, professionnelle, économique et politique de la ville. À Fribourg, les notables et magistrats (conseillers, sautiers, ...) participaient aux expéditions militaires, leurs fonctions administratives et de conseil s'appliquant également à un contexte militaire. La structure des compagnies de chevauchée mimait celle des corporations de métier et s'appliquait à d'autres structures préétablies, comme les paroisses au cas des villages des campagnes. Dans un sens, c'est la ville et son organisation qui se déplaçait en campagne militaire.



Ginny Wheeler

Living Buildings

Domestic Spaces and Water Displays in the Late Roman West

Dissertation bei Prof. Dr. Cristina Murer und Prof. Dr. Ine Jacobs

Wasser und seine Inszenierung waren ein wesentliches Element der Lebenswelt in den Häusern der Elite in der Spätantike. Die Studie untersucht das zunehmende Interesse an der Einbeziehung von Wasser für Dekorationszwecke, Repräsentation, Sinneserfahrung und für klimatische Zwecke in spätantiken Wohnhäusern des westlichen Mittelmeerraums. Die erhaltenen Überreste von Brunnen und anderen dekorativen Wasserinstallationen wie Bassins und Pools in den Höfen, Gärten und Speisesälen gehobener städtischer Häuser und ausserstädtischer Villen im gesamten spätrömischen Westen zeugen von der weiten Verbreitung dieses Phänomens. Die Sinneserfahrung und die kulturellen Implikationen sind bisher jedoch noch nicht systematisch erforscht worden. Obwohl Domus und Villen in der Spätantike nur selten gemeinsam untersucht werden, lassen sich durch die kombinierte Untersuchung ihrer dekorativen Wasserarchitekturen sowohl gemeinsame Vorlieben der Eliten als auch regionale Unterschiede und Trends aufzeigen.

Die vorliegende Arbeit stellt eine erste Synthese der archäologischen Befunde zu spätantiken Wasserbauten in Häusern und Villen des westlichen Reiches dar. Die Zusammenstellung dieser Befunde ermöglicht es, Kontinuitäten und Veränderungen im Vergleich zu den griechisch-römischen Vorgängern aufzuzeigen und regionale und reichsweite Muster und Präferenzen zu identifizieren.

Die Analyse des Standorts, der Form, der Wasserkonfiguration sowie des Dekors der einzelnen Wasserinstallationen bildet die materielle Grundlage für die Bewertung der immateriellen Faktoren, die die Erfahrung der antiken Besucher bei der Begegnung mit dekorativen Wasserarchitekturen in Wohnräumen prägten. Folgende zwei unterschiedliche Ansätze, die beide den entscheidenden Einfluss des Standortes betonen, werden zur Bewertung spätantiker Wasserbauten in Stadthäusern angewandt.

Ein multiskalarer und zeitlich gestaffelter Analyserahmen, der auf ein Wohnviertel im spätanti-

ken Ostia angewandt wird, konnte zeigen, wie spätrömische Häuser und ihre dekorativen Brunnen und Wasseranlagen von bereits vorhandenen Strukturen und der sich ständig verändernden Dynamik des städtischen Wandels geprägt wurden.

Die Fallstudie in Ostia – zusammen mit einem Überblick über die erhaltenen Beispiele in Rom und in nordafrikanischen Städten – zeigt, wie die Hausbesitzer die verfügbaren Infrastrukturen und Materialien nutzten und einsetzten, um an verschiedenen lokalen, regionalen und überregionalen Trends teilzuhaben. Sie bietet auch Einblicke in antike Entscheidungsprozesse, die der Installation von dekorativen Brunnen und Bassins zugrunde lagen und die aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit von Baumaterial, sowohl in den städtischen wie auch in den ländlichen Kontexten, von den Bauherren Einfallsreichtum und Raffinesse erforderten.

Der innovative bioklimatische Ansatz der Arbeit zeigt, in welchem Umfang Wasseranlagen zur passiven Regulierung des Raumklimas insbesondere in hispanischen Villen eingesetzt wurden. Darüber hinaus konnte ein Überblick über die dekorativen Wasserbauten in Villen des gesamten Westens zeigen, wie die Installationen als effektives Mittel zur Schaffung sinnlicher Erlebnisse für Besucher und zur strategischen Gestaltung von Wasser und Landschaft eingesetzt werden konnten.

Durch die neue Perspektive verortet dieser facettenreiche Ansatz die dekorativen Wasserbauten in ihrem antiken Kontext, um – soweit es die Befunde erlauben – die sinnliche Erfahrung einzubeziehen und der Wahrnehmung der antiken Bewohner so nahe wie möglich zu kommen.

Die Untersuchung schliesst mit einer Auswertung der vielfältigen Funktionen der Wasserarchitekturen in spätantiken Wohnräumen und der Frage, inwieweit sie Rückschlüsse auf die Motive der Hausbesitzer zulassen. Die Hausbesitzer schätzten ihre dekorativen Wasserinstallationen nicht nur wegen ihrer ästhetischen Qualitäten, sondern auch wegen ihres praktischen und kühlenden Nutzens,

ihrer sensorischen Bereicherung und ihrer soziokulturellen Bedeutung als Statussymbole, als Demonstration klassischer Bildung und als Ausdruck

der aktiven Teilnahme an der zeitgenössischen Elitenkultur im gesamten Reich.

Eine Monographie ist in Vorbereitung.



Mohammed Abdullahi

Race Riots nach dem Ersten Weltkrieg

Der Tulsa Riot 1921

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Race Riots (zu dt.: Rassenunruhen) galten in den Vereinigten Staaten als soziale Auseinandersetzungen, welche von Akteur:innen verschiedener ethnischer Zugehörigkeiten ausgeübt wurden. Es waren gewalttätige Ereignisse, bei denen gezielt Personen physisch attackiert, grosse Sachbeschädigungen begangen und auch Lynchjustiz ausgeübt wurden. Besonders im 20. Jahrhundert, als die USA einen grossen sozialen Wandel durchmachte, ereigneten sich zahlreiche Race Riots. Im sogenannten Red Summer 1919 brachen in mehreren Städten Amerikas grosse Unruhen unter weissen und schwarzen Amerikaner:innen aus.

Race Riots werden meist als gesellschaftliche Reaktionen auf ökonomische und soziopolitische Entwicklungen verstanden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wanderte eine grosse Zahl Afroamerikaner:innen in den industriellen Norden des Landes aus. Die amerikanische Industrie benötigte dringend günstige Arbeitskräfte. Zudem wollten viele dem Süden den Rücken kehren, wo strikte Rassentrennung sowie rassistische Jim Crow-Gesetze zum Alltag gehörten. Angekommen im Norden der USA fanden sie sich jedoch in neuen gesellschaftlichen Spannungsverhältnissen wieder. In nördlichen Grossstädten wie Chicago, Washington, Detroit und Baltimore wurde die Ankunft afroamerikanischer Neuankömmlinge argwöhnisch beobachtet. Sie wurden als Eindringlinge wahrgenommen, weil sie sich in vorwiegend weissen Wohnbezirken niederliessen und mit ihrer Anwesenheit Konkurrenzverhältnisse im Arbeitsmarkt schufen. Erste gewalttätige Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten.

Es war der Erste Weltkrieg, der die gesellschaftliche Situation zusehends verschärfte. Nach dem Krieg kehrten US-Soldaten in ihre Heimat zurück. Unter ihnen befanden sich zahlreiche schwarze Männer, welche sich von ihrem Kriegseinsatz

mehr Bürgerrechte erhofften. Trotz ihres Einsatzes wurden Afroamerikaner weiterhin als Bürger zweiter Klasse behandelt. Rassistische Diskriminierung und Lynchmorde waren gang und gäbe. Das gesellschaftliche Klima in Amerika erreichte langsam den Siedepunkt. 1919 erschütterten zahlreiche Race Riots das gesamte Land. Gesellschaftliche Probleme und Konflikte wurden auf offener Strasse ausgetragen. Getrieben von Rassismus, Hass und dem sozioökonomischen Druck gingen weisse und schwarze Amerikaner:innen aufeinander los. In der Forschungsliteratur werden Race Riots als eruptive Gewaltexzesse verstanden, die grösstenteils von männlichen Akteuren getragen werden. Demzufolge gelten hauptsächlich weisse und schwarze Männer als Akteure dieser Rassenunruhen.

Die Masterarbeit untersucht dagegen auch die Rolle von Frauen und Geschlechterdynamiken innerhalb dieser Race Riots. Spezifisch befasst sich die Arbeit mit dem Race Riot von Tulsa, Oklahoma, im Jahre 1921. Die Stadt Tulsa erlebte den schwerwiegendsten und zugleich am besten dokumentierten Race Riot der Landesgeschichte. Anhand weiblicher Quellenerzeugnisse wird in der Arbeit der grosse Tulsa Riot rekonstruiert und es werden die gewaltsamen Ereignisse sowie deren Hintergründe aus weiblicher Perspektive durchleuchtet. Dies macht deutlich, dass Race Riots kein Phänomen waren, bei dem ausschliesslich (weisse und schwarze) Männer involviert waren.

Auslöser des Race Riots in Washington 1919 war die Anzeige einer weissen Amerikanerin, die zwei Afroamerikaner beschuldigte, sie angegriffen zu haben. In derselben Stadt verteidigte eine Afroamerikanerin mit Waffengewalt ihre Wohnung gegen einen weissen, männlichen Mob. Im Chicagoer Race Riot waren schwarze Frauen ebenfalls in Feuergefechte verwickelt. Zwei junge Afroame-

rikanerinnen wurden verhaftet, weil sie einen Polizisten erschossen haben. Mehrere Augenzeugen in Tulsa berichteten von weissen Frauen, die mit ihren Kindern an Plünderungszügen teilnahmen.

Es gab also durchaus eine aktive Beteiligung von (weissen und schwarzen) Frauen an den Race Riots, obwohl diese in der Forschungsliteratur bisher wenig behandelt wurde.



Timeo Antognini

Geschichte der Tuwinischen Volksrepublik (1921–1944)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Tuwa–heute eine autonome Republik Russlands–war zwischen 1921 und 1944 ein unabhängiger Staat. Nach einigen Jahrhunderten unter chinesischer und russischer Kontrolle und vor dem Eintritt in die Sowjetunion im Jahr 1944 bestand in dieser Region die Volksrepublik Tuwa. Dieser Staat, der während seiner Existenz nur von der Sowjetunion und der Mongolischen Volksrepublik anerkannt wurde, kann als einer der ersten sozialistischen Staaten bezeichnet werden. Ein Staat mit ähnlicher Geschichte ist die Mongolische Volksrepublik. Im Gegensatz zu Tuwa findet man jedoch zur Mongolei in der westlichen Geschichtsschreibung genügend Literatur. Die Literatur zur Tuwinischen Volksrepublik ausserhalb Russlands ist hingegen sehr spärlich.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, die Geschichte der Tuwinischen Volksrepublik zu thematisieren. Dabei wird der Fokus auf die politische, wirtschaftliche, religiöse und gesellschaftliche Entwicklung gelegt. Mittels der Quellen soll auch beleuchtet werden, wie der Staat in den 23 Jahren der Unabhängigkeit regiert wurde, welchen Einfluss die Sowjetunion als mächtiger Nachbar hatte und wie sich die Entwicklung des Landes von anderen sozialistischen Staaten unterschied. Dabei wird beleuchtet, inwiefern sich die traditionelle Lebensweise der Tuwiner:innen, die zu einem grossen Teil als viehzüchtende Nomad:innen lebten, in dieser Periode veränderte.

Bei der Recherche wurde Wert darauf gelegt, sich nicht nur auf sowjetische und tuwinische Quellen zu stützen, sondern auch nach westlichen Quellen zu suchen. Grosses Gewicht kam den Verfassungen der Tuwinischen Volksrepublik zu. Zusätzlich wurden beispielsweise Beschlüsse der

Regierung und der führenden Partei sowie Berichte, Artikel und Zeitungsausschnitte konsultiert, die in der Zeit der Unabhängigkeit von tuwinischen, russischen, aber auch westlichen Beobachtern verfasst wurden. Hinzu kommen Fotografien, Bilder und auch eine Filmquelle.

Die Quellen zeigen, dass die unmittelbaren Folgen der Unabhängigkeit eine neue Verfassung sowie erste politische Institutionen waren, die in den Anfangsjahren eingerichtet wurden und mit der ausformulierten Verfassung von 1924 eine rechtliche Grundlage erhielten. Die gesellschaftliche Struktur und das tägliche Leben der Bevölkerung veränderten sich jedoch vorerst nur wenig. Viele blieben der nomadischen Viehwirtschaft und den eigenen religiösen Traditionen treu, während die lokalen tuwinischen Fürsten die neuen Machtpositionen einnahmen. Diese Entwicklung setzte sich bis ins Jahr 1929 fort, als ein Linksrutsch eine radikale Veränderung des politischen Kurses brachte. Eine neue, der Sowjetunion gegenüber loyale Elite putschte sich an die Macht. Es kam zur Verfolgung der ehemaligen Machthaber und zu einem drastischen politischen, wirtschaftlichen, religiösen und gesellschaftlichen Kurswechsel. Eine Kollektivierung wurde in Gang gesetzt, die sich negativ auf die Wirtschaft auswirkte. Der Viehbestand ging zurück und das religiöse Leben verschwand fast gänzlich aus der Öffentlichkeit. Auf die negativen wirtschaftlichen Folgen wurde jedoch im Jahr 1933 reagiert. Eine moderatere Fraktion konnte sich durchsetzen und eine Entkollektivierung der tuwinischen Wirtschaft einleiten. Dieser Schritt liess den Viehbestand wieder wachsen, 1938 erreichte er ein ähnliches Niveau wie 1929. Die neue Entwicklung hielt allerdings

nur bis 1938 an, als die radikalere Fraktion mit Hilfe der Sowjetunion die Macht erneut übernahm und zur vorherigen Politik der Kollektivierung zurückkehrte. Dieser Prozess machte jedoch bis Tuwas Eintritt in die Sowjetunion nur langsame Fortschritte, so dass viele Nomad:innen weiterhin ihre nach 1933 wiedererlangte traditionelle Lebensweise beibehalten konnten. Die zwischen 1933 und 1938 wiedereröffneten Klöster mussten jedoch erneut schliessen. Im Jahr 1944 ging mit dem Eintritt in die Sowjetunion Tuwas Unabhängigkeit zu Ende.

Die Geschichte der Tuwinischen Volksrepublik wurde wesentlich von der Sowjetunion beein-

flusst. Zwischen 1921 und 1944 mischte sie sich immer wieder in die politischen Entscheidungen des Landes ein. Der Vergleich der Geschichte der Tuwinischen Volksrepublik mit anderen Regionen mit ähnlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen zeigt, dass Tuwa einerseits vergleichbare Entwicklungen durchlief, dass es aber andererseits auch Unterschiede gab. Gerade die Phase der Entstalinisierung und Entkollektivierung zwischen 1933 und 1938, während der eine moderatere Politik praktiziert wurde und die Religionen mehr Freiheiten bekamen, scheint eine Besonderheit darzustellen.



Scarlett Céline Arnet

Hochwasserschutz an der Langete 1931 und 1975

Ein historischer Vergleich

Masterarbeit bei Prof. Dr. Ueli Haefeli

Wer durch die Marktgasse Langenthals läuft und sich umschauf, wird auf die erhöhten Trottoire aufmerksam, welche sich durch das Stadtzentrum ziehen. Neuzugezogenen oder auch den jüngeren Generationen Langenthals wird nicht einfach so geläufig sein, weshalb der Stadtkern so aussieht. Erst eine Unterhaltung mit älteren Einwohner:innen oder historische Schilder klären auf: Wenn bei Hochwasser Langenthal zum Klein-Venedig des Oberaargaus wurde, war dies ein gefährliches Spektakel, welches zahlreiche Schaulustige aus der Region anlockte. Doch wenn es dann so weit war und die Schleusen der Langeten geöffnet wurden, dann kamen die Menschen nur noch zu Fuss oder über Wasser vorwärts. Die erhöhten Trottoire ermöglichten es den Fussgänger:innen, das Nötigste im Stadtzentrum zu erledigen. Besonders Waghalsige paddelten durch die Strassen und Kinder badeten vergnüglich an den weniger tiefen Stellen. An solchen Tagen zeichnete sich ein merkwürdiges Bild im Zentrum von Langenthal: einerseits war die Szenerie von schaulustigen Besucher:innen und andererseits von der Verwüstung des Stadtkerns geprägt. War das Hochwasser vor-

über, musste ein enormer Aufwand betrieben werden, um die Schäden zu beheben und das Stadtleben wieder in Gang zu bringen.

Die Faszination vom Klein-Venedig des Oberaargaus zeigt sich in der speziellen Lösung von Hochwassersituationen, die sich in Langenthal im Verlauf der Zeit entwickelt hat und beibehalten wurde. Den Notablass durch den Stadtkern gibt es schon seit 1613 und wurde bei sogenannten „extraordinari Ergiessungen“ eingesetzt. Unzählige Projekte zur Langeten-Korrektion wurden im Verlauf der Zeit vorgeschlagen, erste Hinweise auf solche Vorhaben finden sich bereits im Jahr 1760. Bis 1975 scheiterten jedoch alle grösseren Projektentwürfe zur Langeten-Sanierung. Besonders die anliegenden Gemeinden lehnten die Vorschläge allesamt ab. Im Jahrbuch des Oberaargaus (1976) schrieben die Autoren noch: „Sie [Projekte zur Korrektion] hätten Charakter und Schönheit des Tals, aber auch die Grundwasserverhältnisse schwer geschädigt und wären nach allen kürzlichen Erfahrungen [Hochwasser vom 29. und 30. August 1975] ganz ungenügend gewesen.“ Als durch das Jahrtausendhochwasser vom 29. und

30. August 1975 Schäden von ca. 50 Millionen Franken entstanden, wurden Diskussionen und Projekte zum Hochwasserschutz des Langethals allerdings enorm vorangetrieben. Schliesslich konnte 1987 mit dem Bau des Entlastungsstollens Madiswil-Bannwil begonnen werden. Die Gesamtkosten des Projekts beliefen sich auf knappe 90 Millionen Franken.

Die Masterarbeit fragt danach, warum vorherige Projektvorschläge scheiterten? Insbesondere ist es verwunderlich, warum die Schäden im Stadtzentrum von Langenthal und auch in den umliegenden Gemeinden so lange hingenommen wurden. Inwiefern förderte das Jahrhunderthochwasser den Projektierungswillen? Was war nötig, damit das Hochwasserschutzprojekt zur Umsetzung kam?

Da eine chronologische Aufarbeitung aller Hochwasserereignisse der Langeten aufgrund der Grössenordnung der Arbeit und auch des betroffenen Raums nicht in Frage kommt, bietet sich ein historischer Vergleich zweier Hochwasserereignisse an, um die Fragestellungen zu beantworten. Haupt und Kocka (1996) nennen verschiedene Verwendungsarten des kontrastierenden Vergleichs. Die letztgenannte Variante kommt der in

dieser Arbeit gewählten Methode am nächsten: Der Vergleich als Kern synthetischer Analysen. Diese Variante ist eine umfassende, empirisch abgesicherte, theoretisch durchdrungene, historisch-systematische Zusammenhangsanalyse mit einem komparativen Kern, die gleichwohl einem räumlich, zeitlich und thematisch begrenzten Gegenstand gilt.

Anhand der Hochwasserereignisse von 1931 und 1975 analysiert die Arbeit umfassende Zusammenhänge rund um die Verhältnisse des Hochwasserschutzes an der Langeten, mit besonderem Fokus auf Langenthal. Dabei stellt der Quellenkorpus des Stadtarchivs Langenthal den Hauptteil der Informationsquellen dar. Der komparative Kern der Analyse zeigt sich in Kapitel 7, worin die vorher dargestellten, auf den Quellen basierenden Ereignisse anhand verschiedener Faktoren direkt miteinander verglichen werden. Es konnten dabei diverse Unterschiede zwischen den Hochwasserereignissen von 1931 und 1975 herausgearbeitet werden. Schliesslich erörtert die Arbeit, welche Unterschiede ausschlaggebend für die letztendliche Umsetzung des Hochwasserschutz-Projektes waren.



Dominik Bär

Mission Citroën Centre-Afrique

Analyse und historische Einordnung der Fotodokumentation

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Der Drang, Frankreich über seine Grenzen hinaus zu vergrössern, bestand schon zur Zeit der Entdeckung Amerikas. Das Erste Französische Kolonialreich umfasste Gebiete in Nordamerika, der Karibik, in Afrika und Asien. Das Reich zerfiel im 18. Jahrhundert. Nach der Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg von 1871, verschoben sich die Machtverhältnisse zu Ungunsten Frankreichs. Stagnierende Bevölkerungszahlen in der Grande Nation und die schnell voranschreitende Industrialisierung in Deutschland bereiteten den Politikern in Frankreich Sorgen. Jules Ferry

setzte sich ab den 1880er Jahren für die Schaffung des Zweiten Französischen Kolonialreiches ein. Dazu hatte er die Unterstützung einer kleinen, aber einflussreichen kolonialen Lobby. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde ein Kolonialreich geschaffen, das in seiner Grösse nur vom British Empire übertroffen wurde. Die Kolonisierung wurde in Form einer *mission civilisatrice* als Pflicht der französischen Nation betrachtet. Die Erfüllung der Mission sollte der international geschwächten Nation neues Prestige geben. Allerdings verlangsamte sich die Expansion bereits um

1900 und der Fokus der Gesetzgeber verschob sich dahingehend, dass die Kolonien wirtschaftlich nutzbar gemacht werden sollten.

Im Jahr 1922 gelang es einer Gruppe von Franzosen, die Sahara erstmals mit speziell geländefähigen Automobilen der Marke Citroën, den *autochenilles*, zu durchfahren. Dieser Erfolg hatte sowohl praktischen Nutzen wie auch symbolische Bedeutung. Zum einen konnte endlich eine Verbindung zwischen den Kolonien Nord- und Westafrikas hergestellt werden, zum anderen bewies die Raid Citroën, dass Frankreich in der Lage war, mit moderner Technologie die natürlichen Hindernisse zu überwinden. Zwei Jahre später wurde erneut eine Expedition von Citroën organisiert und vom Kolonialministerium, der Société de Géographie, dem Unterstaatssekretariat für Luftfahrt und dem Muséum d'Histoire Naturelle unterstützt. Die Mission Citroën Centre-Afrique führte acht *autochenilles* über acht Monate von Algerien bis Madagaskar.

Die Expedition wurde umfassend dokumentiert und vom faszinierten Publikum in Europa verfolgt. Die rund 3800 Fotos, die während der Expedition entstanden, wurden in elf Fotoalben abgelegt und dienen als Hauptquelle der Arbeit. An ihnen wird untersucht, wie die Menschen in den Kolonien, die Kolonist:innen, die Natur und die Autos der Marke Citroën fotografisch dargestellt wurden. Die seriell-ikonografische Analyse liefert dabei Erkenntnisse zum Blick der Veranstalter auf den afrikanischen Kontinent. Die Resultate der Analyse geben Aufschluss darüber, welche Bilder von den Kolonien ins Heimatland transportiert wurden und welche Effekte man sich davon erhoffte.

Zur Analyse wird die Reise in Etappen unterteilt. Dabei lassen sich unterschiedliche Schwerpunkte in der Art und Menge der dargestellten Sujets feststellen. Auf den ersten Etappen der Reise – in Algerien und durch die Sahara – standen die Marke Citroën und das touristische Potential der

Region im Vordergrund. Citroën erhoffte sich, mit dem Betrieb einer regelmässigen Busverbindung durch die Sahara und einer Kette an luxuriösen Hotels an der Strecke vom touristischen Aufschwung zu profitieren. Je mehr sich die Mission in Richtung des Tschad-Sees bewegte, desto evidenter wurde die Abwesenheit französischer Infrastruktur und desto stärker wurde die Wichtigkeit der *mission civilisatrice* betont. Aufnahmen von „unzivilisierten“ Völkern und der prekären medizinischen Versorgung sollten die Menschen in Frankreich davon überzeugen, dass die Kolonialmacht einen wichtigen und ehrenvollen Auftrag zu erfüllen habe. Bei der Darstellung der Menschen aus den afrikanischen Kolonien wurde die „Andersartigkeit“ grösstmöglich hervorgehoben. Insbesondere anhand der Dokumentation der Expedition durch Belgisch-Kongo wird deutlich, dass sich die Europäer:innen gegenüber der lokalen Bevölkerung in einer überlegenen Position wahrnahmen.

Die Bilder der Expedition transportierten das Bild der eigenen kulturellen Überlegenheit nach Europa, indem die Menschen in den afrikanischen Kolonien als möglichst „fremd“ dargestellt wurden. Dabei bediente man sich gängiger Klischees und festigte diese. In der Dokumentation wird ersichtlich, dass die Expedition in zahlreichen Fällen auf die Hilfe der lokalen Bevölkerung angewiesen war. Die Hilfestellungen finden aber keine Erwähnung. Das Bild der „heldenhaften“ Franzosen in ihren modernen, französischen Autos setzte sich durch.

Die Mission Citroën Centre-Afrique war für Citroën eine hervorragende Werbemöglichkeit mit grosser Reichweite. Auch wenn sich die Abschöpfung des touristischen Potentials nicht erfüllte und die Verkäufe der *autochenilles* in bescheidenem Rahmen blieben, sind die Expedition und die produzierten Bilder bis heute in Erinnerung geblieben. Die Vermittlung der Wichtigkeit der *mission civilisatrice* brachte aber keinen bleibenden Nachhall.



Die tamilischen Schutzsuchenden und die schweizerische Asylpolitik in den Jahren 1983 bis 1985

Vier Tamil:innen erzählen von ihrer Anfangszeit in der Schweiz

Masterarbeit bei Dr. Francesca Falk

In den ersten zwei Jahren seit dem Kriegsausbruch in Sri Lanka 1983 stellten fast 5000 Menschen aus Sri Lanka ein Asylgesuch in der Schweiz. Die sri-lankischen Staatsbürger:innen bildeten in diesem Zeitraum nach den Kurd:innen die zweitgrösste Gruppe der Asylgesuchsteller:innen in der Schweiz.

Mit zwei Tamilinnen und zwei Tamilen, die zwischen 1983 bis 1985 ihr Asylgesuch in der Deutschschweiz gestellt hatten, wurden für diese Masterarbeit Oral History-Interviews geführt. Bei allen war ihre Anfangszeit in der Schweiz von der Asylpolitik bestimmt. Das bedeutet, ihr Leben war vom Warten auf den Asylentscheid geprägt, wobei von den vier interviewten Personen lediglich ein Asylentscheid positiv bewertet wurde. Anhand des Konzepts des Asyl- und Migrationsregimes und gestützt auf Quellen des Schweizerischen Bundesarchives wurde das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), als ausführender Akteur in Bezug auf die Prüfung der tamilischen Asylgesuche, untersucht. Dies diente dazu, den asylpolitischen Rahmen, an dem sich die vier Oral History-Interviewpartner:innen orientieren mussten, zu erläutern und ihren Handlungsspielraum in ihrer Anfangszeit in der Schweiz zu analysieren und dabei auch zu vergleichen. Die Kombination dieser Methoden verfolgte das Ziel, die bisher fehlende Perspektive der (ehemaligen) Asylgesuchsteller:innen ins Zentrum der Untersuchung zu stellen und damit ein Forschungsdesiderat in der Schweizer Migrationsgeschichte etwas zu schliessen, respektive eine neue Stossrichtung zu eröffnen.

Die analysierten Quellen aus dem Bundesarchiv haben gezeigt, dass der ausführende Akteur des Asyl- und Migrationsregimes, das EJPD, im ganzen Untersuchungszeitraum bestrebt war, die Schweiz als unattraktives Asylland darzustellen. Das bedeutet, dass zum einen die grosse Mehrheit der Asylentscheide negativ ausfielen und zum anderen auch positiv bewertete Asylgesuche zurückgehalten wurden. Bemerkenswert war die ab-

lehrende Haltung von Seiten des schweizerischen Asyl- und Migrationsregimes. Nachdem der Krieg in Sri Lanka im Sommer 1983 ausbrach und Organisationen wie Amnesty International, Hilfswerke und engagierte Menschen aus der Zivilbevölkerung das EJPD in verschiedensten Formen auf den Krieg aufmerksam gemacht hatten, stuft dies die Lage in Sri Lanka dennoch nicht als Krieg ein. Dies zeigte sich insbesondere darin, als auf Druck der genannten Organisationen im Mai 1984 ein Rückschaffungsstopp für Asylgesuchsteller:innen aus Sri Lanka eingeführt worden war. Nur fünf Monate später wurde das Rückschaffungsstopp aufgehoben und im Dezember 1984 auf erneuten Druck wieder eingeführt, wobei dieses nun explizit für tamilische Asylgesuchsteller:innen galt. 1986 wurde das Rückschaffungsstopp definitiv aufgehoben.

Neben den erläuterten Entscheidungen des EJPD im Untersuchungszeitraum wurden drei Punkte herausgearbeitet, welche in allen vier Oral History-Interviews die wichtigsten Themen bildeten und den vorgegebenen Rahmen durch das Asyl- und Migrationsregime in ihrer Anfangszeit zusätzlich direkt aufzeigten. Dies waren der (zugeteilte) Wohnort, die Möglichkeit Deutsch zu lernen und die Suche nach einer Arbeitsstelle.

Drei der Interviewpartner:innen wurde nach dem Stellen des Asylgesuches ein Ort zum Wohnen zugewiesen. Einzig eine Interviewpartnerin konnte in die Wohnung ihres Ehemannes ziehen. Die divergierenden Wohnformen bedeuteten verschiedene Kontaktmöglichkeiten mit anderen Geflüchteten und für die beiden interviewten Männer auch die Möglichkeit, einen Deutschunterricht besuchen zu können. Für alle war die Fähigkeit, Deutsch zu sprechen, der ausschlaggebende Faktor, um in der Schweizer Gesellschaft Fuss zu fassen. Trotz der fehlenden Anerkennung der Ausbildungen waren alle bemüht, eine Arbeit zu finden oder die zwei Jahre während des Arbeitsverbotes sinnvoll zu gestalten. Doch auch wenn sich alle vier Handlungsspielräume schaffen konnten, mussten sie sich dem

Takt der „bürokratischen Zeit“ unterordnen. Dabei war das mehrjährige Warten auf den Asylentscheid auch von der Hoffnung geprägt, innerhalb von zwei Jahren wieder zurückkehren zu können. Nur eine Interviewpartnerin stellte sich auf eine längere Zeit ein und engagierte sich daher stark für die tamilische Diaspora. Auch war das Warten davon geprägt, Informationen aus Sri Lanka von den An-

gehörigen im Krieg zu erhalten. Hierbei war es vor allem der Briefkontakt, der dies ermöglichte und später die kostenintensiven Telefonanrufe. Hinzu kam, dass drei der vier Interviewpartner:innen von Rassismuserfahrungen und auch Gewalt durch die Fremdenpolizei und der lokalen Bevölkerung berichteten.



Stefanie Braendli

Der Fall Carmen Mory

Eine Untersuchung zur Behandlung einer Täterin im ersten Ravensbrücker-Prozess von 1946/47 unter besonderer Berücksichtigung der weiblichen Komponenten

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Am 3. Februar 1947 wurde Carmen Maria Mory in Hamburg zum Tode verurteilt. Der Schweizerin, welche am 2. Juli 1906 im kleinen Dorf Adelboden im Berner Oberland geboren worden war, wurden vom britischen Kriegstribunal diverse Morde und Folterungen im Konzentrationslager Ravensbrück während dem zweiten Weltkrieg zur Last gelegt. Es war nicht aussergewöhnlich, dass Kriegsverbrechern nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Prozess gemacht wurde. Bei Carmen Mory waren jedoch drei Tatsachen bemerkenswert: Sie war Schweizerin, sie war eine Frau und sie war selbst im Konzentrationslager als Häftling interniert. Nach der Befreiung des Lagers stand sie im ersten Ravensbrücker-Prozess mit anderen Angeklagten aus dem Lager vor Gericht.

Die Arbeit geht der Frage nach, wie die Anklage, das Gericht und die Verteidigung sowie die Öffentlichkeit mit einer weiblichen Täterschaft umgegangen sind. Dabei wurden Zeugenaussagen, Plädoyers, Berichte und Briefe untersucht, welche im Zusammenhang und rund um den Prozess entstanden sind und sich heute im schweizerischen Bundesarchiv in Bern befinden. Untersucht wurde, wie mit der Gewalt im Lager vor Gericht selbst umgegangen wurde, wie sie definiert und wie darüber gesprochen wurde und welche verschiedenen Arten von Gewalt definiert und verhandelt wurden. Zusätzlich wurde untersucht, wie

die Schweiz auf die Vorwürfe und auf den Prozess reagierte. Dafür wurden Zeitungsartikel, Berichte und Briefe analysiert.

Diese Untersuchungen haben ergeben, dass die britischen Militärbehörden versucht hatten, Carmen Mory jegliche Weiblichkeit abzuspüren, damit ihr Verhalten mit den damals stereotypischen Vorstellungen einer Frau in Einklang gebracht werden konnte. Die Anklage versuchte aufzuzeigen, dass Carmen Mory keine „richtige“ Frau war, weil sie nach diesem Ansatz ansonsten gar nicht zu solchen Taten fähig gewesen wäre. Mit Hilfe der Unterstellung von negativen Charakterzügen wie beispielsweise dem aggressiven und aufbrausenden Auftritt vor Gericht, versuchte die Anklage ein Bild von Carmen Mory zu zeichnen, das dem vorherrschenden, stereotypischen Frauenbild widersprach. Sie betonte immer wieder, wie intelligent und gerissen sie gewesen war und dass sie die Taten ganz bewusst begangen hatte, weil es ihr Freude bereitet habe und nicht nur etwa, um sich selbst zu retten und die Grausamkeiten des Lagers zu überstehen, was die Taten allenfalls hätte rechtfertigen können. Ausserdem wurde sie wegen ihren guten Beziehungen zum Lagerpersonal den im Lager dienenden SS-Leuten gleichgesetzt. Dass auch sie ein Opfer der Willkür des Regimes war, wurde von der Anklage nicht einmal ansatzweise beachtet.

Die Nachforschungen über die Rolle der offiziellen Schweiz hat ergeben, dass die Schweizer Regierung sich zunächst kaum für den Fall interessierte. Sie wollte lediglich sicherstellen, dass Mory einen fairen Prozess bekommen konnte und dass ihr ein guter Anwalt zur Verfügung stand. Erst nachdem sie zum Tode verurteilt worden war, beschloss der Bundesrat, zu intervenieren. Am 9. April 1947 verlor Carmen Mory jedoch die Hoffnung auf eine Rettung und nahm sich in ihrer Zelle das Leben. Während die Haltung der Schweizer Regierung vor allem durch Desinteresse geprägt war, so waren die Schweizer Zeitungen durchaus am Fall interessiert. Dies beweisen diverse Zeitungsartikel, die ihr und ihrem Prozess gewidmet waren. Auch dort spielte das Geschlecht eine entscheidende Rolle, wurde doch beispielsweise ihr Aussehen immer wieder kommentiert, während dies bei männlichen Angeklagten keine Rolle spielte. Die Analyse der Briefe, welche von

Schweizer Bürger:innen an die Schweizer Regierung oder an den Generalkonsul Jean de Rham in Deutschland gesendet wurden, zeigt ferner, dass es durchaus Personen gab, die sich für Carmen Mory einsetzen wollten. Sie waren zwar nicht von ihrer Unschuld überzeugt, aber alle waren sich einig, dass es ungerecht und falsch war, eine Schweizer Staatsangehörige hinzurichten. Mit Hilfe dieser Untersuchung konnte zumindest ein kleiner Einblick gewonnen werden, wie die zeitgenössische Schweizer Bevölkerung zum Fall eingestellt war.

Durch diese Fragestellungen gelingt es der Arbeit, einen Beitrag zum Fall der Carmen Mory im Speziellen, zur weiblichen Täterschaft im Ravensbrücker-Prozess im Allgemeinen und zum Umgang der Schweiz mit Schweizer Bürger:innen, welche für Kriegsverbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten in den Nachkriegsprozessen angeklagt wurden, zu leisten.



Sabrina Bühler

Von Normbrüchen, Topoi und Männerphantasien

Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit in den Elegien von Ovid und Tibull

Masterarbeit bei Dr. Seraina Ruprecht

Die Geschlechtervorstellungen, die in den römischen Liebeselegien auftauchen, sind Gegenstand intensiver literaturwissenschaftlicher und historischer Forschung. Existierende Studien fokussieren sich häufig auf die Feststellung, dass die elegischen Figuren das geltende normative Geschlechterbild der römischen Elite auf den Kopf stellen. Besonders, da diese erotischen Liebesgedichte fast zeitgleich mit den moralisierenden Ehe- und Sittengesetzen des Augustus entstanden. Basierend auf dieser Annahme werden Theorien erstellt, wie diese Umdrehung zu interpretieren sei. Doch die widersprüchliche und komplexe Natur der weiblichen und männlichen Figuren der römischen Liebeselegie wird meistens nur kurz erwähnt und in extremen Fällen sogar ignoriert. Aus diesen Gründen befasst sich diese Masterarbeit mit der Frage, wie die Geschlechtervorstellungen innerhalb der

römischen Liebeselegien, mitsamt ihren Widersprüchen, konstruiert werden. Als Grundlage für diese Untersuchung dienen drei Texte: die Elegien von Tibull sowie die *Ars Amatoria* und die *Amores* von Ovid. Die Arbeit ist in zwei Hauptteile gegliedert: Männlichkeit und Weiblichkeit. In diesen Kapiteln werden neben den gängigen elegischen Topoi auch Aspekte zur Konstruktion der Körper sowie der männlichen und weiblichen Sexualität untersucht.

Die Untersuchung zeigt, dass die beiden Autoren eine ambivalente und sich wandelnde narrative Performanz weiblicher und männlicher Figuren konstruierten, die den Normen sowohl entgegenwirkte wie auch entsprach. Dabei entstand nicht eine „elegische Männlichkeit“ oder „elegische Weiblichkeit“, sondern ein Spektrum an Verhaltensformen, die situationsbedingt ausgewählt

wurden. Das Spiel der elegischen Liebe war ebenfalls ein Spiel mit den Geschlechtervorstellungen. Bestehende literarische Topoi wurden genauso spielerisch verwendet wie die moralisierende Sprache der Zeit. Dabei wurde ein satirisches Bild des vermeintlich existierenden Status Quo erstellt. Dieses Bild kristallisiert sich aus den untersuchten Aspekten heraus.

Das Spiel mit den Geschlechternormen dürfte nicht nur in den Elegien stattgefunden haben, son-

dern muss in eine aussertextuelle Realität platziert werden. So beweisen die Elegien, dass zumindest ein Teil der römischen Elite diese Spiele mit den Geschlechternormen tätigte. Die Elegien waren Männerphantasien, die mithilfe geschickt verwendeter Topoi stellenweise mit den normativen Geschlechtervorstellungen brachen. Wie sehr diese Spiele von der fiktiven in die reale Welt überflossen, ist schwer zu sagen.



Sibylle Buess

Vom „Problem Schiene – Strasse“ zum „Gemeinsam statt gegeneinander“

Die Geschichte und die Arbeit des Informationsdienstes für den öffentlichen Verkehr LITRA von 1935 bis heute

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Der öffentliche Verkehr in der Schweiz befand sich 1935 in einer schwierigen Lage. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise und des aufkommenden privaten Strassenverkehrs, der mit den Bahnen besonders im Güterverkehr konkurrierte, gerieten diese in finanzielle Gefahr. Eine Gruppe von Wirtschaftsvertretern, Parlamentariern und interessierten Privatpersonen schloss sich deshalb zusammen, um sich politisch für die Interessen der Bahngesellschaften einzusetzen, und gründete die Schweizerische Liga für rationelle Verkehrswirtschaft bzw. Ligue suisse pour l'organisation rationelle du trafic, kurz LITRA (seit 1977: Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr). Seit 1949 sieht sich die LITRA als Interessenvertretung für den gesamten öffentlichen Verkehr.

Die Masterarbeit arbeitet anhand bisher nicht untersuchter Quellen aus dem Privatarchiv der LITRA die Vereinsgeschichte auf und untersucht die konkrete Arbeit und ihre Weiterentwicklung als Lobbyorganisation für den öffentlichen Verkehr mithilfe netzwerkanalytischer Ansätze. Die zahlreichen Quellen aus dem Privatarchiv der LITRA wurden mit solchen aus dem Schweizerischen Bundesarchiv in Bern und solchen aus dem Archiv der Schweizerischen Bundesbahnen SBB in Windisch ergänzt.

Es wird deutlich, dass die Geschichte der LITRA eng mit der schweizerischen Verkehrsgeschichte und der schweizerischen Verkehrspolitik verbunden ist. Die LITRA wurde 1935 mit drei Zielen gegründet: Das Eisenbahngesetz von 1872 sollte revidiert werden, die Bahnen sollten finanziell saniert werden und es sollte eine gesetzlich festgelegte Verkehrsordnung zwischen Strassen- und Schienenverkehr hergestellt werden. Obwohl die LITRA im Verlauf ihres Schaffens alle ursprünglich formulierten Ziele erreichen konnte, blieben diese als ihre übergeordneten Bestrebungen bestehen. So konnte das Eisenbahngesetz 1957 revidiert werden, musste jedoch seither regelmässig an neue Rahmenbedingungen angepasst werden. Die Sanierung der Bahnen konnte 1939 für die Privatbahnen, bzw. 1944 für die Schweizerischen Bundesbahnen SBB, erreicht werden. Auch dieses Anliegen wurde in der Geschichte der LITRA immer wieder aktuell und musste an neue verkehrspolitische Rahmenbedingungen adaptiert werden. Zuletzt konnte auch das ursprüngliche Ziel einer umfassenden Verkehrsordnung mit der schrittweisen Umsetzung der schweizerischen Gesamtverkehrskonzeption in den 1980er und 1990er Jahren umgesetzt werden. Doch auch dieses Anliegen blieb bis heute bestehen und wurde im verkehr-

politischen Prozess immer wieder thematisiert – genannt seien etwa die aktuellen Bestrebungen in der Verlagerungspolitik von der Strasse auf die Schiene. Dabei konnte herausgearbeitet werden, dass sich die politische Arbeit der LITRA verändert hat. Nachdem mehrere komplexe Vorlagen an der Urne scheiterten, lernte sie in kleinen Schritten vorwärtszugehen.

Die LITRA bediente sich früh der Strategien einer Lobbyorganisation und setzte auf ihr Netzwerk, um die nationale Verkehrspolitik im Sinne des öffentlichen Verkehrs zu beeinflussen. In den Verbandsorganen haben sich seit jeher Branche und Politik getroffen und zusammengearbeitet. Dabei wurden die Netzwerke der Verbandsmitglieder genutzt und Kontakte zu Bundesrat, Parlament, Verwaltung und Wirtschaft aktiv gepflegt. Durch die Mitwirkung von Parlamentarier:innen im Verband war der frühe Einbezug der LITRA in die politische Arbeit jederzeit sichergestellt.

Auffällig ist, dass sich die Art und Weise, wie die LITRA Lobbying betreibt, geändert hat. Die politische Arbeit wurde zunächst im Hin-

tergrund geleistet und war durch Intransparenz gezeichnet. So gab es beispielsweise lange keine öffentlich zugänglichen Mitgliederlisten. Obwohl das Netzwerk aktiv genutzt wurde, achtete die LITRA darauf, dass dieses in der Öffentlichkeit nicht sichtbar war. Der Fokus lag auf der Durchsetzung von Partikularinteressen und die Gegnerschaft, die Interessensvertretungen des privaten Strassenverkehrs, war klar definiert. Im Laufe der Zeit fand ein Öffnungsprozess statt. Die LITRA passte die Verbandsstrukturen an, professionalisierte die Geschäftsstelle, institutionalisierte dabei den Austausch zwischen Branche und Politik und zeichnet sich heute durch eine mehrheitlich transparente Information der Arbeit und des Netzwerkes aus. Der persönliche Austausch, der im Hintergrund passiert, blieb dabei weiterhin zentral. Die Partikularinteressen wurden durch einen ganzheitlichen Ansatz abgelöst: Der LITRA wurde bewusst, dass eine umfassende Verkehrspolitik nur unter Einbezug der Interessensvertretungen aller Verkehrsträger erreicht werden kann.



Elisa Colella

Rollen- und Selbstbilder der sogenannten Ostfrauen

Ostdeutsche junge Frauen zwischen Entideologisierung, Reprivatisierung und emblematischer Affirmation 1965–1985: Paternalistische Frauenpolitik, mediale Rollenbilder und weibliche Selbstbilder in der DDR.

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Auch über dreissig Jahre nach dem Mauerfall wird in deutschen Medien das Bild der selbstbewussten, unabhängigen und erfolgreichen „Ostfrau“ weitertradiert. Die Basis für das Bild der „Ostfrau“, als Teilaspekt der sogenannten „Ostalgie“ nach 1989, bildeten die Rollenbilder, welche über Frauen in der DDR von den 1960er bis zu den 1980er Jahren entworfen wurden. Diese Zeit des „entwickelten Sozialismus“ war geprägt von einer Auseinanderentwicklung von Politik und Gesellschaft. Gleichzeitig war es eine Zeit vieler frauen- und familienpolitischen Entscheidungen wie dem Familiengesetz von 1965, dem Gesetz

über den Schwangerschaftsabbruch 1972 und dem internationalen Jahr der Frau der UNO von 1975. Die Repräsentation von Frauen und ihren Lebenswelten im real entwickelten Sozialismus ist von besonderer Relevanz, ist jedoch in der bisherigen Forschung zur Geschlechtergeschichte nur untergeordnet berücksichtigt worden.

Die Masterarbeit beschäftigt sich mit der Frage, welche weiblichen Rollen- und Selbstbilder sich im real existierenden Sozialismus entwickelten und wie sie sich über die Zeit veränderten. Dies wird anhand des Konzeptes der hegemonialen Weiblichkeit nach R.W. Connell und verschiede-

nen Dimensionen des Selbstbildes untersucht. Der Fokus der Analyse im Untersuchungszeitraum von 1965 bis 1985 liegt auf den frauenpolitischen Entscheidungen, vorherrschenden Frauenbildern in der Zeitschrift *Für Dich* sowie Selbstbildern von Frauen der Generation von 1950 bis 1960. Aus der Analyse medialer Frauenleitbilder von 1965 bis 1985 wird eine Typologie hegemonialer Weiblichkeit in der DDR erstellt. Der Vergleich mit drei exemplarischen Oral History-Interviews zeigt den Wandel des Verhältnisses von Rollen- und Selbstbildern auf und macht Kontinuitäten, Brüche und Bedeutungsverschiebungen sichtbar. Ausserdem kann so das Spannungsfeld von Ideal, Norm und Praxis weiblicher Lebenswelten in der DDR in den Blick genommen werden.

Bei den untersuchten Quellen handelt es sich um zwanzig Märzausgaben der Zeitschrift *Für Dich*, welche jeweils um den internationalen Frauentag am 8. März veröffentlicht worden sind sowie um Oral History-Interviews des Vereins OWEN e.V.. Die Frauenzeitschrift und politische Illustrierte *Für Dich* befand sich aufgrund des engen Leser:innenbezugs und den ständigen Aushandlungsprozessen zwischen Staat und Medien in der DDR an der Schnittstelle zwischen den realen Lebenswelten der Frauen und den medial vermit-

telten Frauenbildern. Die *Für Dich* spiegelte dabei soziale Prozesse stark wider. Die Interviews von OWEN e.V. mit ostdeutschen Frauen entstanden in den Jahren 2000 bis 2002 im Rahmen des internationalen Projektes *Women's Memory*, das die Biografien und Identitäten von Frauen im Sozialismus beleuchtete. Die Betrachtung der Interviews öffnete viele wichtige Themenbereiche der realen Lebensentwürfe von Frauen der untersuchten Generation von 1950 bis 1960.

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass die medial verbreiteten staatlichen Frauenleitbilder und damit das hegemoniale Weiblichkeitsideal von den Frauen in der DDR verinnerlicht und in ihre Selbstbilder integriert worden sind. Damit ergibt sich trotz aller Ambivalenzen in einigen Lebensbereichen eine Übereinstimmung der Frauenleitbilder und Selbstbilder. Die Frauenleitbilder stehen aber teilweise auch in grossem Kontrast zu den Lebensrealitäten von DDR-Frauen, besonders bei als untergeordnet oder marginalisiert betrachteten Frauen, wobei auch Brüche und Bedeutungsverschiebungen sichtbar werden. Das nach der Wende betonte Ideal der „selbstbewussten, erfolgreichen Ostfrau“ entsprach im Untersuchungszeitraum längst nicht der Lebensrealität aller DDR-Frauen.



Sean Drechsel

Souveränität durch Kooperation

Die Schweiz und die multilaterale Zusammenarbeit im Zuge der Ölkrise 1973–1975

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

Im Herbst 1973 beschlossen die Länder der OPEC und der OAPEC eine unilaterale Erhöhung des Erdölpreises und Produktionskürzungen. Die Auswirkungen dieser Massnahmen führten den Gesellschaften der Industrienationen, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg grosse Wohlstandssteigerungen erlebt hatten, ihre starke Abhängigkeit vom Erdöl vor Augen. Die Steigerungen des Wohlstands waren grösstenteils durch den rasant wachsenden Konsum dieses Rohstoffs ermöglicht worden. Viele Industrieländer konnten

ihren Bedarf jedoch nicht selbst garantieren. Um auf die Massnahmen der Produzentenländer zu reagieren, verfolgten die verschiedenen Konsumentenländer unterschiedliche Strategien.

Die Masterarbeit beschäftigt sich damit, wie die Regierung der Schweiz der Ölkrise begegnete. Dabei untersucht sie die Fragen, wie die schweizerische Regierung versuchte auf diese Herausforderung ihrer Souveränität zu reagieren, wie das Vorgehen der Regierung sich in die allgemeine Aussenpolitik der Schweiz in den 1970er Jahren

einfügen lässt und welche Argumentationsmuster verwendet wurden, um es zu rechtfertigen. Das Jahrzehnt zwischen der Mitte der 1960er Jahre und der Mitte der 1970er Jahre war eine Phase der Transition in den schweizerischen Aussenbeziehungen, in der die Bedeutung des Multilateralismus allmählich zunahm.

Zur Beantwortung der Fragestellung stützt sich die Arbeit auf Quellen aus dem Schweizerischen Bundesarchiv. Die Bestände verschiedener Dienststellen des Eidgenössischen Politischen Departements wie der Politischen Direktion (E2001*), des Delegierten für technische Zusammenarbeit (E2005*), der schweizerischen Delegation bei der OECD in Paris (E2210.2*) sowie jene der Handelsabteilung (E7110*) und des Integrationsbüros EPD-EVD (E7113*) wurden untersucht. Zusätzlich wurden gedruckte Quellen aus dem Bundesblatt und dem Amtlichen Bulletin der Bundesversammlung sowie Dokumente aus der Datenbank Dodis verwendet.

In ihrer Reaktion auf die Massnahmen der OPEC und OAPEC erkannte die schweizerische Regierung zunächst, dass das Land in ihrer Erdölversorgung zu 100% vom Ausland abhängig war. Damit war die Schweiz nicht nur anfällig für die direkte Politik der Produzentenländer, sondern auch für jene der Transitländer, da sie sich am Ende der Transportwege befand. Gleichzeitig fehlten der Regierung weitreichende Kompetenzen, um im Sinne der Versorgung einzugreifen. Bilaterale Verträge mit den Produzentenstaaten wurden geprüft, waren aber wegen infrastrukturellen Problemen schwierig umzusetzen und hätten wohl zu höheren Preisen geführt. Im Sinne der allgemeinen Richtung in der schweizerischen Aussenpolitik der 1970er Jahre wurde daher die multilaterale Option angestrebt. Zunächst war die Schweiz jedoch von den eingeschränkten Gruppen, welche von den grössten Ölkonsumentenländern organisiert wurden, ausgeschlossen. Aus der

Energiekonferenz von Washington, die im Februar 1974 stattfand, entstanden jedoch das Internationale Energieprogramm (IEP) und die Internationale Energieagentur (IEA), an denen sich auch die Schweiz beteiligen konnte. Einerseits boten diese die Möglichkeit eines Krisenverteilsystems. Andererseits strebten sie aber auch langfristige Projekte zur Verringerung der Abhängigkeit von Erdöl an. Wirtschaftliche Überlegungen spielten innerhalb der Bundesverwaltung eine zentrale Rolle beim Entscheid, dem IEP und der IEA beizutreten. Neutralitätspolitische Bedenken wurden mit dem Argument zerstreut, dass eine ausreichende Versorgung mit Treibstoffen eine Pflicht des neutralen Staates sei, um seine Unabhängigkeit zu wahren. Dabei wurden gewisse Souveränitätseinbussen in Kauf genommen, um die Sicherung dieser Versorgung zu gewährleisten.

Mit der Konferenz für internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) entstand im Zuge der Ölkrise ein Dreiecksdialog zwischen den Industrieländern, den Ölproduzenten und den Entwicklungsländern ohne Ölproduktion. Dieses Forum war zunächst auf die Diskussion von Energiefragen ausgelegt. Auf Drängen der Produzentenländer wurde der Diskussionsgegenstand jedoch auf allgemeine Fragen der Weltwirtschaft ausgeweitet. Wiederum bestand die Gefahr, dass die Schweiz ihre Interessen nicht selbst vertreten können würde. Daher beschloss die Regierung, auch im Zusammenhang mit ihrer allgemeinen Aussenpolitik dieser Zeit, sich für eine Teilnahme an der Konferenz zu bewerben. Dabei wurde auch argumentiert, dass eine Teilnahme an diesem Dialog, ein Fehlen in anderen multilateralen Foren möglicherweise ausgleichen würde. Schliesslich erhielt die Schweiz einen der acht für die Industriestaaten vorgesehenen Plätze zugesprochen.

Die Arbeit zeigt damit, dass eine Teilnahme der Schweiz an multilateralen Foren zu einer Stärkung ihrer Souveränität beitrug.



Vom Aufwachsen, Erinnern und Weitergeben

Erfahrungen als Tamilinnen der zweiten Generation in der Schweiz

Masterarbeit bei Dr. Francesca Falk

Angesichts des Bürgerkrieges in Sri Lanka von 1983 bis 2009 flüchteten zehntausende Tamil:innen in die Schweiz. Zwar war es nie ihre Absicht, in der Schweiz zu bleiben, doch aufgrund des Kriegsverlaufes blieb es ihnen verwehrt, in einen eigenen Staat namens Tamil Eelam auf der Insel zurückzukehren. Trotzdem gelang es diesen Flüchtlingen in der Schweiz Fuss zu fassen, auf den Schweizer Arbeitskräftemangel ab den 1980er Jahren einzugehen, Familien zu gründen und ihre Kinder grosszuziehen, die heute die zweite Generation in der Schweiz ausmachen.

Diese zweite Generation, insbesondere die tamilischen Frauen der zweiten Generation, stehen im Zentrum dieser Arbeit. Mithilfe von drei Oral History-Interviews wurde untersucht, wie das Aufwachsen als Tamilinnen der zweiten Generation in der Schweiz erlebt wurde, ob an die Migrationsgeschichten der Eltern während des Aufwachsens erinnert wurde und welche von diesen gehörten wie auch selbst gelebten Erfahrungen an nachkommende Generationen weitergegeben werden sollten. Diesbezüglich wurden vor allem die Erinnerungskulturen dieser Frauen erforscht, zur Beantwortung der Fragen allerdings auch weitere theoretische Zugänge aus der Soziologie, Sozialanthropologie, Philosophie wie auch aus den Gender Studies herangezogen. Dazu gehören das Konzept der Transkulturalität laut Wolfgang Welsch, der Habitus nach Pierre Bourdieu, „doing gender“ gemäss Judith Butler sowie das Bühnenmodell von Erving Goffman. Dementsprechend ist diese Arbeit interdisziplinär angesiedelt, um die Erzählungen der Interviewpartnerinnen auf mehreren Ebenen zu erklären.

Im Einzelnen kann in dieser Arbeit nachgewiesen werden, dass die individuellen Erfahrungen während des Aufwachsens sowohl das Ausmass vom Interesse an der Migrationsgeschichte der Eltern beeinflussten wie auch die Haltungen prägten, inwiefern erfahrene Traditionen sowie weitergegebene Normen und Werte weiterhin gepflegt werden sollten. Es stellte sich heraus, dass die interviewten Tamilinnen der zweiten Generation kein grosses Interesse an den Migrationsgeschichten ihrer Eltern während ihres Aufwachsens entwickelten, zumal sie sich schon genug mit Mobbing Erfahrungen, Zugehörigkeitsfragen, vorgegebenen Weiblichkeitsvorstellungen und anderen gesellschaftlichen wie auch elterlichen Erwartungen zu beschäftigen hatten. Das Erinnern an die Elterngeschichte bedeutete für sie letztendlich, sich mit der eigenen Migrationsbiographie zu beschäftigen, was nicht immer mit gleichem Interesse verfolgt wurde. Erst im erwachsenen Alter fing die freiwillige Auseinandersetzung damit an, sodass es sich dabei noch nicht um einen abgeschlossenen Prozess handelt.

Bezüglich dem Weitergeben von gelebten wie auch gehörten Erfahrungen kommt diese Arbeit zum Schluss, dass nur diese weiterhin Beachtung finden, die während des Aufwachsens selber gerne gepflegt wurden oder zumindest gerne gepflegt worden wären. Demnach handelt es sich um eine individuelle Aushandlung, welche Aspekte aus der Vergangenheit, seien diese die Migrationsgeschichten wie auch die gelebten Traditionen, Normen und Werte, an nachkommende Generationen weitergegeben werden sollten.



Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Revolutionär Marxistischen Liga/Sozialistischen Arbeiterpartei

Untersuchung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Deutschschweizer Sektionen der Revolutionär Marxistischen Liga (RML)/Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) von 1969 bis 1991

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Mit der Untersuchung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Revolutionär Marxistischen Liga (RML), die sich 1980 in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) umbenannte, wird ein weiteres Puzzleteil der Geschichte der RML/SAP geschrieben – eine gesamthafte Darstellung fehlt hingegen nach wie vor.

In dieser Arbeit werden die theoretischen Grundlagen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, die Perspektiven der Arbeiter:innenbewegung, die Praxis und Veränderung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ebenso erforscht wie der dadurch erfolgte Mitgliederzuwachs. Weiter wird auch die Beteiligung an Arbeitskämpfen und die Rolle des Versuchs, Mitglieder ab 1980 in die Betriebe zu schicken (Proletarisierung), in Bezug auf die Auflösung der RML/SAP, betrachtet. Zuletzt wird herausgearbeitet, wie viele ehemalige Mitglieder eine bezahlte Anstellung in den Gewerkschaften fanden.

Dafür sind sämtliche Bestände des Sozialarchives zur RML/SAP und ihren Deutschschweizer Sektionen ausgewertet worden. Diverse Interviews mit ehemaligen Mitgliedern aus dem Association pour l'étude de l'histoire du mouvement ouvrier runden den Quellenkorpus ab und geben der Darstellung einen lebendigen Eindruck. Die Analysen zu den Gewerkschaften von Marx, Engels, Luxemburg, Lenin, Trotzki und Mandel stellen die theoretischen Grundlagen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Gewerkschaften wurden als die ursprüngliche Organisationsform zur Verteidigung des tatsächlichen Wertes der Ware Arbeitskraft aufgefasst und sollten darüber hinaus eine wichtige Rolle in der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft hin zum Sozialismus spielen.

Die Perspektiven gingen grundsätzlich davon aus, dass es früher oder später zu einem Bruch mit dem Arbeitsfrieden kommen müsse, um die Gewerkschaften wieder zu tatsächlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse werden zu lassen. Konkrete Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

wurden in der Metall- und Uhrenindustrie, der Druckindustrie, dem öffentlichen Dienst, der Chemieindustrie und im Bauwesen geleistet.

Der Umfang der Aktivitäten in den verschiedensten Wirtschaftssektoren und den dazugehörigen Gewerkschaften ist verglichen mit der bescheidenen Grösse der Organisationen erstaunlich umfassend. In der Metall- und Uhrenindustrie ist oft ausschliesslich propagandistisch gearbeitet worden. Mit der Proletarisierung wurde der Sektor zur Hauptpriorität erkoren und die Arbeit verlagerte sich immer mehr von der Propaganda in Betrieben hinein in gewerkschaftliche Gremien. Dort gelang es jedoch nie, eigene Akzente zu setzen. Im öffentlichen Dienst arbeitete die RML/SAP in der Gewerkschaft VPOD unter den Lehrpersonen und an den Spitälern. Wobei die Proletarisierung den Schwerpunkt von den Lehrpersonen hin zum Spitalpersonal verschob. Als es Ende der 1980er Jahre zu Spitalbewegungen für bessere Arbeitsbedingungen kam, waren die Mitglieder der RML/SAP mit dabei, aber mehr als Einzelmitglieder denn als organisierte Kraft. In der Druckindustrie wurden Vorfeldorganisationen aufgebaut, umfangreiche Propaganda betrieben und in einigen wenigen Betrieben konnte sich die RML/SAP verankern, in Betriebsgruppen und Betriebskommissionen intervenieren und an Gewerkschaftsgremien teilnehmen. Die Arbeit in der Chemie- und Bauindustrie brachte keine nennenswerten Entwicklungen hervor. In den Gewerkschaften konnte sich die RML/SAP in einigen Gewerkschaftssektionen durchaus als Kraft etablieren. Auch in vereinzelt Betrieben verfügte sie über etwas Einfluss. An den wenigen ausgetragenen Arbeitskonflikten war die RML/SAP immer beteiligt. Häufig in unterstützender Funktion, in manchen Fällen auch mit einer wichtigeren Rolle.

Insgesamt stand der betriebene Aufwand der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in keinem Verhältnis zu der daraus resultierenden Rendite in Form von Mitgliedern – es konnten einige Dut-

zend Mitglieder gewonnen werden. Sowohl in den Gewerkschaften als auch den Betrieben war die Etablierung und der Einfluss nicht der Regelfall. Die Revolutionär:innen der RML/SAP konnten sich in den Betrieben und Gewerkschaften häufig nicht durchsetzen. Sie verloren sich in den 1980er Jahren teilweise in den Gewerkschaften, statt diese nach trotzkistischen Idealen umzuformen. Für

diesen Prozess waren das Auseinanderklaffen der Perspektiven und die nicht erfüllten Hoffnungen auf eine schnelle Beeinflussung der Gewerkschaften wichtig. Nach dem Zusammenbruch der RML/SAP fanden mindestens fünfundzwanzig ehemalige Mitglieder eine bezahlte Funktion in Gewerkschaften.



Jacqueline Gottschall

Im Ewigen Eis

Vorstoss an die Grenzen der menschlichen Vitalität: Verpflegung und Vorräte auf ausgewählten Antarktisexpeditionen von 1819 bis 1917

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Hunger und Entbehrung liessen Entdecker und Forscher während des 19. und 20. Jahrhunderts an die Grenzen ihrer Vitalität stossen. In besonderer Intensität kristallisierten sich diese Faktoren bei Expeditionen in die lebensfeindliche Wildnis der Antarktis heraus. Für die Teilnehmer solcher Expeditionen war es schliesslich keine Selbstverständlichkeit, die gefährlichen Reisen überhaupt zu überleben. Hierbei spielten nicht nur die allgemeine Ausrüstung und die Wetterlage eine Rolle, sondern auch ein ausreichender Vorrat an essenziellen und vor allem geeigneten Nahrungsmitteln, die den Beteiligten das Gelingen solch eines Vorhabens erst ermöglichten.

Diese Arbeit befasst sich mit der Zusammenstellung der Verpflegung und den mitgeführten Vorräten ausgewählter Antarktisexpeditionen zwischen 1819 und 1917. Dabei steht die Untersuchung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden hinsichtlich der Verpflegung und des Proviantes im Zentrum, zudem eine Gesamtevaluation der Verpflegungs- und Vorratssituation während rund 100 Jahren Antarktisforschung. Hauptbestandteile des Quellenkorpus bilden Tagebücher und Reiseberichte von verschiedenen Expeditionsmitgliedern – beispielweise Ärzten oder Köchen – in denen sich teilweise detaillierte Beschreibungen und Auflistungen zu vielfältigen Aspekten des Expeditionsalltags finden lassen. Die Analyse die-

ser Quellen ermöglicht eine breitgefächerte Auswertung hinsichtlich der Fragestellung, die von verschiedensten Komponenten abhängig ist: der allgemeinen Planung vor den Expeditionen, der Auswahl der Fortbewegungsmittel, der Erfahrung der Köche bis hin zur Beschaffung der Expeditionsschiffe und den jeweiligen Wetterbedingungen.

Die Auseinandersetzung mit den Tagebüchern und Reiseberichten hat ergeben, dass sowohl die Verpflegung als auch die Vorräte stark von der Art der Expedition abhängig waren. Expeditionsteilnehmer, die entweder nur auf dem Expeditionsschiff blieben, oder nicht in der Antarktis überwinterten, mussten sich weniger differenzierte Gedanken über die Proviantzusammenstellung machen als jene, die Schlittenfahrten und Überwinterungen auf dem Kontinent selbst planten. Auch die Grösse der Mannschaft und das Volumen beziehungsweise die Qualität der Expeditionsschiffe waren entscheidend für die Auswahl und Menge der mitgeführten Lebensmittel sowie das allgemeine Ziel der Expedition und die Erfahrung der Expeditionsleiter, -ärzte und -köche. Nahrhafte Lebensmittel wie Brot, Suppen, Biskuits und Schokolade gehörten neben Pemmikan und anderen konservierten Gütern wie Kartoffeln und Gemüse zu praktisch jedem Expeditionsproviant. Auch Kaffee, Kakao und Milchpulver wurde in grossen Mengen mitgeführt. Die Art und Zusam-

mensetzung der Lebensmittel der betrachteten Expeditionen veränderten sich im untersuchten Zeitraum kaum bis gar nicht. In Bezug auf Erkrankungen lässt sich zusätzlich festhalten, dass auf allen Expeditionen irgendein Lebensmittel gegen Skorbut mitgeführt wurde. Zitronensaft und Sauerkraut ergänzten die zunehmend populär werdende und sich bewährende Frischfleischversorgung durch Robben- und Pinguinfleisch.

Anhand der gesammelten Informationen zur Verpflegung wird deutlich, dass oftmals versucht wurde, eine möglichst abwechslungsreiche und kalorienhaltige Ernährung sicherzustellen, was in den meisten Fällen auch gelang. Misserfolge von Expeditionen und Todesfälle hingegen hingen

nicht ausschliesslich mit der Planung und der Qualität der Verpflegung und der Vorräte zusammen. Unvorhersehbare Wetterumschwünge, Kommunikationsschwierigkeiten und Verluste von Schiffen und Gebrauchsmaterialien wirkten sich jeweils direkt auf die Verpflegungs- und Vorratssituation für die jeweiligen Mannschaften aus. Genaue Berechnungen des benötigten Proviant basierend auf Erfahrungen, sauber durchgeführte Depotanlagen und technische Verbesserungen im Bereich der Verpackungen und Behältnisse erleichterten schliesslich die Fortbewegung und das Überleben der Expeditionsteilnehmer auf dem antarktischen Kontinent.



Nicolas Halter

Die Spanische Grippe in der Schweiz Zur Bewältigung der Krise im Kanton Aargau

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Im *Aargauischen Tagblatt* vom 30. Oktober 1918 konstatierte der Autor, dass von der Spanischen Grippe, und nicht vom Krieg und vom Frieden, derzeit die Rede sei. Einer Pandemie, die mit geschätzt 20 bis 30 Millionen Grippetoten weltweit als eine der schlimmsten demographischen Einzelkatastrophen des 20. Jahrhunderts gilt. Derweil forderte sie knapp 25 000 Schweizer:innen das Leben, deren 1360 Tote fanden sich im Kanton Aargau.

Die Arbeit untersucht zweierlei Aspekte der Spanischen Grippe von 1918 bis 1920 auf dem Gebiet des Kantons Aargau. Einerseits den monatlichen Verlauf der Spanischen Grippe anhand der grippeinfizierten und grippeverstorbenen Personen der Gesamtbevölkerungszahl. Der Arbeit zu Grunde liegen die Zahlen des *Schweizerischen Bulletins* aus den Jahren 1918, 1919 und 1920. Ferner dienen die *Statistischen Jahrbücher* derselben Jahre des eidgenössischen statistischen Bureau als Quelle zur Erarbeitung des Datenmaterials. In Abgleichung mit dem *Aargauischen Tagblatt* ergibt sich daraus eine monatliche Mortalitäts-

und Infektionsrate des Kantons. Andererseits liegt ein weiterer Fokus auf der Reaktion der kantonalen Sanitätsdirektion und des Regierungsrates des Kantons Aargau. Dieser Teil der Arbeit zielt auf die Untersuchung der behördlichen Massnahmen dieser Instanzen und dem Eingriff in das private und gesellschaftliche Leben der Bürger:innen des Kantons. Anhand der Regierungsratsprotokolle der Jahre 1918 bis 1920 konnten sämtliche Massnahmen zur Eindämmung der Epidemie, Korrespondenzen zwischen privaten und staatlichen Akteuren sowie Meldungen der polizeilichen Organe des Kantons untersucht werden. Mithilfe des *Aargauischen Tagblattes* war es zudem möglich, Erkenntnisse aus dem privaten Leben der zeitgenössischen Leserinnen und Leser zu gewinnen. Anhand diverser Leserbriefe und Kommentare konnte so die Resonanz auf die Verordnungen des Regierungsrates analysiert und in einen kulturhistorischen Kontext gestellt werden.

In drei Wellen, wobei die letzte einer anderen Krankheit zugeschrieben wird – der *Encephalitis lethargica* – rollte die Krankheit über das Gebiet

der Eidgenossenschaft. Festzuhalten ist, dass jeder Kanton unterschiedlich hart getroffen wurde. Sie forderte auf dem Gebiet der Eidgenossenschaft 24 449 Todesopfer und infizierte schätzungsweise 660 000 Personen, die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich höher ausfallen. Damit steckte sich beinahe jede sechste Person mit dem Virus an. Über die französische Landesgrenze kommend verbreitete sich das Virus via Westschweiz über die Gebiete der Schweiz und machte vor keiner Gemeinde halt.

Der Verlauf der Spanischen Grippe im Kanton Aargau entsprach jedoch weder dem seiner Nachbarkantone, noch dem schweizweiten Durchschnitt. Nach einem kurzen Anstieg der Grippezahlen im Juli und August 1918 und eher harmloseren Krankheitsverläufen, stieg die Kurve im Laufe des Septembers 1918 an und traf die Bevölkerung mit voller Härte. In den Wintermonaten Oktober und November desselben Jahres registrierte der Kanton Aargau daher die meisten Grippefälle und -toten. Die Grippezahlen stiegen anfangs Dezember erneut kurzzeitig an, wobei die Grippe im Jahr 1919 in sämtlichen Regionen des Kantons abflaute. Durch ein stetiges Auf und Ab

erwies sie sich im Frühjahr als äusserst hartnäckig, bis sie schlussendlich im Mai 1919 zeitweise von der Bildfläche verschwand. Am Anfang des Jahres 1920 tauchte die Grippe erneut auf.

Anhand des untersuchten Zahlen- und Datenmaterials der vorgestellten Quellen kommt die Arbeit zum Fazit, dass der Regierungsrat des Kantons Aargau, nach anfänglich minimalen Leitlinien des Bundesrates zur Bekämpfung der Spanischen Grippe, die Anordnungen übernahm und in Zusammenarbeit mit den kantonalen Sanitätsbehörden rasch neue Vorgaben verabschieden liess. Versammlungsverbote, Schulschliessungen oder Hygienemassregelungen waren einige davon, die wirtschaftliche und soziale Einrichtungen gleichermaßen betrafen.

Je nach Gesundheitslage der Bevölkerung des Kantons verschärfte der Regierungsrat folglich seine Erlasse und wog stets ab, was zugelassen werden konnte oder eben nicht. Letzten Endes schloss der Kanton Aargau in einem schweizweiten Vergleich deshalb im hinteren Drittel der Mortalitätsrate ab und kam gewissermassen mit einem blauen Auge davon.



Debora Heim

Der Geheime Rat in der Republik Bern

Institutionalisierung, Legitimierung und Praxis der Arkanpolitik im 17. und 18. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Nadir Weber

Arkanpolitik und Geheimhaltungspraktiken nahmen in der Frühen Neuzeit stark an Bedeutung zu. Insbesondere für Monarchien wurde in verschiedenen Studien aufgezeigt, dass die Fähigkeit zur Geheimhaltung oft als entscheidendes Merkmal fähiger Herrschender bewertet wurde. Weniger untersucht wurde dagegen bisher die Bedeutung der Arkanpolitik in republikanischen Staatssystemen der Frühen Neuzeit.

Die vorliegende Arbeit kann am Fallbeispiel der Republik Bern demonstrieren, dass das Geheimnis auch dort einen wichtigen Platz im politischen Geschehen einnahm. Besonders wichtig im Zusammenhang mit der Arkanpolitik in Bern

war der Geheime Rat, welcher im Lauf des 17. Jahrhunderts stark an Bedeutung gewann. Anhand der Geheimen Ratsmanuale, die Sitzungsprotokolle und Korrespondenzen enthalten, wurde dieses Gremium hier genauer untersucht. Methodisch schliesst die Arbeit insbesondere an Forschungen zum frühneuzeitlichen Republikanismus an, in welchen die republikanischen Systeme in den eidgenössischen Orten mehr als Praxis denn als theoretisches Konstrukt interpretiert wurden. Zudem verfolgt die Arbeit einen informations- und kommunikationsgeschichtlichen Ansatz.

Im ersten Teil stehen die Entstehung und Entwicklung des Geheimen Rats im Zentrum. Die

Arbeit zeigt auf, dass sich der Geheime Rat als Antwort auf die Bedürfnisse der neu entstehenden souveränen Republik im 17. Jahrhundert entwickelte und von einem sporadisch und nach Bedarf eingesetzten Gremium zu einer Institution wurde, welche regelmässig zusammenfand und über ein festes Mitgliederkorpus verfügte.

Diskutiert werden zudem die Zusammenhänge zwischen der Entstehung des Geheimen Rats und den Oligarchisierungstendenzen innerhalb des politischen Systems der Republik ab der Mitte des 17. Jahrhunderts. Hier fällt auf, dass der Geheime Rat sich durch verschiedene antioligarchische Merkmale von anderen Gremien unterschied, so etwa die Bindung der Mitgliedschaft an bestimmte Ämter und die Kontrolle durch die „Heimlicher von Burgern“.

Im zweiten Teil der Arbeit wird untersucht, weshalb der Geheime Rat trotz seiner bedeutenden Position nicht als Bedrohung für die Souveränität des Grossen Rats wahrgenommen, sondern als legitime und notwendige Institution betrachtet wurde. Drei Praktiken lassen sich als zentrale Legitimationsgrundlagen festhalten: Der Geheime Rat musste sich in all seinen Handlungen stets auf das Gemeinwohl beziehen, er wurde durch andere Ratsgremien wie auch durch die „Heimlicher von Burgern“ ständig kontrolliert und er legte schliesslich über seine Aktivitäten in Form von Sitzungsprotokollen schriftlich Rechenschaft ab.

In einem letzten Teil der Arbeit wird die Tätigkeiten des Geheimen Rats genauer betrachtet. Dabei kann gezeigt werden, dass seine Aktivitäten sich insbesondere auf fünf Politikbereiche erstreckten: Das Justizwesen, Konflikts- und Kriegssituationen, die Diplomatie, Investitionen im Ausland und die Kontrolle des Regierungs- und Verwaltungssystems. Innerhalb dieser Bereiche übte der Geheime Rat unterschiedliche Funktionen aus. Zentral war insbesondere seine Rolle in der Beschaffung von Information. Gerade weil die Informationskanäle in der Frühen Neuzeit unsicher waren und Gerüchte schnell entstanden, brauchte es eine Institution, welche zuverlässige Informationen zusammentrug und Gerüchte überprüfte, um der Obrigkeit eine angemessene Entscheidungsfindung überhaupt ermöglichen zu können. Eng damit verbunden war die Funktion als vorbereitendes und beratendes Gremium für den Grossen Rat. Der Geheime Rat wurde oft mit grosser Verantwortung betraut, führte Verhandlungen, arbeitete Gutachten aus und traf provisorische Entschlüsse, so dass die Rolle des Grossen Rats sich teilweise darauf beschränkte, vom Geheimen Rat vorbereitete Geschäfte gutzuheissen. Als ebenso wichtig stellte sich schliesslich die koordinierende und kontrollierende Funktion des Geheimen Rats heraus, welche die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Instanzen der Regierung und Verwaltung strukturierte und vereinfachte.



Valentin Hilfiker

Wie ein Schweizer Kanton, oder doch nicht?

Die Beziehungen Schweiz und Liechtenstein während des Zweiten Weltkrieges

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Den Grundstein für die bis heute anhaltenden engen Beziehungen der beiden Länder Schweiz und Liechtenstein legte vor fast 100 Jahren der Zollvertrag vom 29. März 1923. Der Abschluss dieses Vertrages kurz nach dem Ersten Weltkrieg fiel für Liechtenstein in eine turbulente Zeit, geprägt von Armut, Hunger und der aufziehenden Weltwirtschaftskrise. Die vorher ein halbes Jahrhundert andauernde friedliche Phase an der Seite

der verwandten habsburgischen Monarchie hatte mit dem Ersten Weltkrieg für das Fürstentum ein abruptes Ende gefunden. Die Regierung und der Fürst von Liechtenstein bemühten sich darum, mit dem neu abgeschlossenen Zollvertrag mit der Eidgenossenschaft, eine stabile Basis für die weitere Entwicklung des kleinen Staates am Rhein zu legen. Nicht nur vertrat die Schweiz von nun an die aussenpolitischen Interessen Liechtensteins

in Drittstaaten, sondern das Gebiet des Fürstentums lag neu innerhalb der Zollgrenzen der Eidgenossenschaft. Dennoch fehlt bisher eine historische Aufarbeitung dieser engen Verbindung aus schweizerischer Sicht weitgehend.

Die Masterarbeit versucht, diese Lücke so weit als möglich zu schliessen. Primäres Ziel der Studie ist es, die Entwicklung dieser Verbindung vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges zu analysieren. Dabei untersucht die Arbeit, inwiefern die äussere Bedrohung durch den Krieg zu einer freundschaftlicheren Beziehung der beiden Staaten führte, oder ob solch schwierige Umstände eher belastend wirkten. Ebenso geht die Arbeit der Rolle der Souveränität Liechtensteins sowie der Lebensmittelversorgung des Fürstentums während des Krieges – als ein Bereich, der fest in das schweizerische System integriert war – nach.

Dafür wählt die Arbeit eine historisch-hermeneutische Herangehensweise. Sie unterzieht die Quellen sowie die Sekundärliteratur einer deskriptiven Analyse, diskutiert die Quelleninhalte in chronologischer Reihenfolge, ordnet diese in den zeitlichen Kontext ein und fragt danach, welche Antworten sie mit Blick auf die Fragestellung zu geben vermögen. Die Hauptquellen der Masterarbeit bilden Aktenbestände aus dem Schweizerischen Bundesarchiv in Bern sowie aus dem Landesarchiv in Vaduz. Erwähnenswert ist, dass ein grosser Anteil der liechtensteinischen Quellen über die offiziellen Internetseiten des Staates Liechtenstein in transkribierter Form, als auch in Scans der Originaldokumente zur Verfügung stehen. Neben den Archivquellen eignen sich insbesondere die jährlichen Rechenschaftsberichte der fürstlichen Regierung an den Landtag in der liechtensteinischen Landesbibliothek als Zusammenfassung über die Regierungstätigkeiten des jeweils vorangegangenen Jahres.

Die Untersuchung zeigt, dass während des Krieges ein Muster in den Beziehungsinterak-

tionen der beiden Staaten bestand: Befand sich Liechtenstein in grösserer Gefahr, den politischen Status quo an der Seite der Eidgenossenschaft zu verlieren, waren die Schweizer Behörden eher bereit, eine Politik des Entgegenkommens zu verfolgen als in ruhigeren, weniger bedrohlichen Phasen des Krieges. Dabei spielten die unterschiedlichen Beziehungen auf verschiedenen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) eine zentrale Rolle.

In Bereichen, in welchen Liechtenstein die Souveränität – als Mass der Selbstbestimmung eines Staates verstanden – weitgehend zugunsten der Schweiz aufgab, erhielt die Eidgenossenschaft mehr politischen Spielraum.

Exemplarisch lässt sich diese Ambivalenz zwischen Verflechtung und Souveränität anhand des von Schweizer Seite ultimativ geforderten Gebietsabtauses rund um das Ellhorn am Ende des Krieges feststellen. Die „Lebensmittelschuld“ – entstanden durch die nahezu vollständige Integration Liechtensteins in das Lebensmittelversorgungssystem der Eidgenossenschaft während des Krieges – diente den Schweizer Behörden als bewusstes Druckmittel zur Durchsetzung militärstrategischer Interessen und der damit verbundenen territorialen Übernahme des erwähnten Gebirgszuges.

Dennoch lässt sich festhalten, dass die Ereignisse von aussen, die beiden Nachbarländer zu mehr Zusammenarbeit motivierten. Der externe Druck erhöhte die Dringlichkeit für das Abschliessen bedeutender Meilensteine (bspw.: Schweizer Kredite für die Rettung der liechtensteinischen Landesbank 1938/1939, nahtloses Einfügen Liechtensteins in die Lebensmittelversorgung der Schweiz 1939, Fremdenpolizeiliches Abkommen 1941) in der noch jungen Beziehung der beiden Staaten und schaffte insgesamt eine stabile Basis für die zwischenstaatlichen Verflechtung in den folgenden Jahrzehnten.



Kontinuierliche Beobachtungen, sorgfältige Versuche, nutzbare Erfahrungen Entstehungsgeschichte und Tätigkeit der Versuchsstation und Schule für Obst-, Wein- und Gartenbau in Wädenswil

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Im Kontext der Verwissenschaftlichung der Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs auch in der Schweiz mehr und mehr das Bedürfnis nach spezialisierten Institutionen, welche sich konstant und auf wissenschaftlicher Basis mit Herausforderungen und Fragen spezifischer Teilbereiche der Landwirtschaft befassten und dadurch für die Praxis relevante Ergebnisse bereitstellten. Auch im Bereich des Obst-, Wein- und Gartenbaus drängte sich eine Ausbildungsstätte und damit verbunden eine wissenschaftliche Versuchsanstalt auf. Die Vorbereitungen für die Schaffung einer solchen Institution wurden als gemeinsames Projekt von mehreren Deutschschweizer Kantonen aufgenommen, welche sich zu diesem Zweck in einem Konkordat zusammenfanden und per 1. September 1890 die Deutsch-schweizerische Versuchsstation und Schule für Obst-, Wein- und Gartenbau in Wädenswil eröffneten.

Die Institution war sowohl im Bereich der Bildung als auch der Forschung sehr aktiv. In der Forschungstätigkeit befassten sich die Mitglieder der Einrichtung ausführlich mit aktuellen Problemstellungen. Sowohl im Obst- als auch im Wein- und Gartenbau wurden Themen bearbeitet, die vom Anbau verschiedener Kulturen bis zu deren Ernte und Verwertung respektive Vermarktung reichten. Auch die Kommunikation der gewonnenen Erkenntnisse zur praktischen Anwendung und gleichzeitigen Weiterentwicklung war ein wichtiger Bestandteil der Tätigkeit agrarwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen wie jener in Wädenswil. Durch die Publikation von Resultaten und Empfehlungen wurden die generierten Erkenntnisse für die Praxis nutzbar.

Für die Bereiche des Obst-, Wein- und Gartenbaus wurden in der Masterarbeit die im Untersuchungszeitraum relevanten Periodika *Schweizerische Zeitschrift für Obst- und Weinbau*, *Der schweizerische Gartenbau* und *Schweizerische Landwirtschaftliche Zeitschrift* untersucht. In diesen Publikationen äusserten sich verschiedene Ak-

teure zu aktuellen Herausforderungen, wobei sie sich dadurch am Diskurs um optimierte landwirtschaftliche Praxis beteiligten. Die Zeitschriften dienten dabei als Medium der Verwissenschaftlichung: Sie boten eine Plattform für die diskursive Weiterentwicklung von Wissen. Diese wurde sowohl von Forschenden als auch von Personen aus der landwirtschaftlichen Praxis vorangetrieben und unterhalten. Die Forscher nahmen in diesem Prozess jedoch keine *top-down*-Rolle ein, sondern waren vielmehr Teil einer diskursiven Wissensproduktion, an welcher sich auch Bauern, Gärtner und weitere Interessierte beteiligten.

Die drei untersuchten Periodika behandelten teilweise dieselben Themen, was ein Indiz dafür ist, dass es sich bei diesen um wichtige Herausforderungen im entsprechenden Bereich der Landwirtschaft handelte. Die Suche nach einer Kultur, welche die anfällige Kartoffel zumindest teilweise ersetzen konnte, die Reduktion von Kosten und Krankheiten durch möglichst ideal imprägnierte Rebpfähle sowie Fragen der richtigen Ernährung bestimmter Pflanzen sind Beispiele dafür. Zudem zeigen solche Überschneidungen, dass sich sowohl diese Medien als auch die darin publizierenden Autoren mit unterschiedlichen Hintergründen am selben Diskurs um die Verbesserung der landwirtschaftlichen Praxis im Bereich des Obst-, Wein- und Gartenbaus beteiligten. Auf allgemeinerer Ebene lassen sich drei grössere Problemstränge erkennen, welche in der untersuchten Zeitspanne prägend für diesen Diskurs waren: erstens die Ernährung und Pflege der kultivierten Pflanzen, zweitens deren Feinde und Krankheiten wie auch die Bekämpfung derselben sowie drittens eine generelle Produktionssteigerung.

Der Umwelthistoriker Frank Uekötter schlug vor, den Zeitraum am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert als Sattelzeit einer Umweltgeschichte der Landwirtschaft zu lesen, da die Umweltauswirkungen der heutigen Landwirtschaft stark mit dem ihr zugrunde liegenden Wissenssystem verbunden sind. Inwiefern die Weichen in

Richtung der aktuellen „intensivlandwirtschaftlichen Wissensgesellschaft“ in der Zeit zwischen Ende des 19. Jahrhunderts und zirka 1930 gestellt wurden, kann für die Institution in Wädenswil nicht genau beantwortet werden. Nur mit einem erweiterten Untersuchungszeitraum könnten zusätzliche Erkenntnisse zu Uekötters These gewonnen werden.

Für die Zeit zwischen 1890 und 1902 hat sich gezeigt, dass sich die Wädenswiler Institution an der diskursiven Erarbeitung und Etablierung des

intensivlandwirtschaftlichen Wissenssystems beteiligte und damit eine Grundlage für dessen weitere Entwicklung bis heute legte. Durch kontinuierliche Beobachtungen und sorgfältige Versuche strebten der Direktor Hermann Müller-Thurgau und sein Team in einem gut vernetzten Umfeld nach nutzbaren Erfahrungen, die der landwirtschaftlichen Praxis dienlich waren und daher auch für die Lösung virulenter Herausforderungen herangezogen wurden.



Daniel Kleis

Das venezianische Netzwerk in der alten Eidgenossenschaft zu Beginn des Dreissigjährigen Krieges

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Aufgrund der zunehmenden machtpolitischen und konfessionellen Spannungen zwischen den europäischen Mächten stieg in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts das Interesse der Republik Venedig an den Orten der alten Eidgenossenschaft und den Drei Bünden. Die Markusrepublik versuchte, durch den Abschluss einer Allianz mit den Drei Bünden sowie mit den Orten Zürich und Bern, den Zugriff auf die strategisch wichtigen Bündner Pässe und den Söldnermarkt der alten Eidgenossenschaft zu sichern. Um die venezianischen Interessen effektiver wahrnehmen zu können, residierten ab den 1610er Jahren Gesandte Venedigs in Zürich.

Anknüpfend an die neuere Diplomatie- und Verflechtungsgeschichte stehen die Residenten der Markusrepublik und die zum Netzwerk der venezianischen Gesandten gehörenden Akteure aus dem *Corpus helveticum* im Zentrum der Arbeit. Anhand der Ansprechpartner und Klienten Venedigs in Zürich, den Drei Bünden, Glarus sowie Uri werden die Zusammensetzung und das Funktionieren dieses stark durch informelle Beziehungen geprägten Netzwerks betrachtet. Die Quellengrundlage für die Masterarbeit bildet die Korrespondenz der venezianischen Gesandten aus dem Zeitraum von 1616 bis 1624, die sich in der Abschriftensammlung des Schweizerischen Bundesarchivs in Bern

befindet. Die Residenten schrieben regelmässig Depeschen an die Zentrale in Venedig und informierten die Entscheidungsträger der Markusrepublik über ihre Tätigkeit sowie die Geschehnisse an ihrem Einsatzort. Zudem agierten die Gesandten äusserst rechenhaft mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und sandten der venezianischen Obrigkeit detaillierte Abrechnungen über die während der Gesandtschaft entstandenen Kosten.

Zum einen pflegten die Residenten zur Förderung der venezianischen Interessen formelle Formen der Diplomatie. Zum anderen etablierten sie informelle Beziehungen zu Akteuren der lokalen Elite, die an die kulturellen und politischen Rahmenbedingungen des Missionsorts angepasst wurden. So gehörten u. a. Ratsherren, Militärunternehmer, Kaufleute und Geistliche zum Netzwerk der Gesandten der Markusrepublik. Je nach Beschaffenheit der anstehenden politischen Geschäfte oder der militärischen Lage agierten die Angehörigen dieses Netzwerks z. B. als Politiker, Soldoffiziere, Informanten, Logistik- und Finanzspezialisten. Die Akteure aus dem Raum der alten Eidgenossenschaft verfolgten mit ihren Beziehungen zu den Repräsentanten Venedigs jedoch auch eigene politische, konfessionelle und partikulare Interessen. Im Zuge der Reformation hatten sich

in Zürich eigene Formen der Beziehungspflege herausgebildet, die sich von denjenigen der europäischen Fürstenstaaten sowie von denjenigen der katholischen Orte unterschieden. Die Residenten der Markusrepublik versuchten, diese unterschiedlichen Formen der Beziehungspflege in ihrem Vorgehen zu berücksichtigen. So setzten sie auf die Zusammenarbeit mit Teilen der Zürcher Geistlichkeit, die als informelle Vermittler zwischen den Residenten und den Akteuren der politischen Führungsschicht agierten. Zugleich bildeten die reformierten Zürcher Geistlichen ein wichtiges Bindeglied zu den reformierten Bündner Prädikanten. Ein Teil der politischen Elite Zürichs versuchte aber auch, die ihnen in den Kontakten mit den fremden Gesandten auferlegten Einschränkungen möglichst weit zu ihren Gunsten auszureizen.

Einer der Schwerpunkte der Untersuchung liegt bei den Zürcher Refugiantenfamilien Pebia und Orelli. Diese bestens vernetzten, aus dem Tessin und Veltlin stammenden protestantischen Kaufmannsfamilien verfügten über grenzüberschreitende Geschäftsbeziehungen. Die Residenten griffen auf die Kontakte der Refugianten zurück, wenn sie Finanzgeschäfte tätigten oder Kriegsmaterial

in die umkämpften Drei Bünde schaffen mussten. Zugleich vertrauten die Repräsentanten Venedigs den Refugiantenfamilien das Verteilen der venezianischen Pensionen an. Die Pebia und Orelli agierten auch als Vertreter der Gesandten Venedigs und erledigten sensible diplomatische Aufträge.

Ein weiterer Teil der Untersuchung beschäftigt sich mit der Zusammenarbeit zwischen den Residenten und den Bündner sowie Glarner Soldunternehmern. Besonders die Vergabe von Offiziersstellen, aber auch die Durchführung von Werbungen sorgten hier teilweise für erhebliche Spannungen.

Der letzte Teil der Arbeit setzt sich mit der Tätigkeit der Gesandten Venedigs als Nachrichtenbeschaffer auseinander. Mithilfe der engen Beziehungen zu Akteuren aus der politischen und geistlichen Führungsschicht in Zürich und den Drei Bünden sowie zu einzelnen Klienten aus den katholischen Orten, verschafften sich die Gesandten Venedigs Zugang zu wichtigen Informationen. Über diese Kanäle gelangten die Repräsentanten der Markusrepublik an sensible Nachrichten aus den Räten, der Tagsatzung sowie aus dem Umfeld der Gesandten Spanien-Mailands.



Giacomo Fausto Alfred Morisoli

Sviluppo delle visioni politiche dell'organizzazione indigena CONAIE dal 1986 al 2007

Proposte di riforma costituzionale e progetti politici

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Büschges

Am 20. Oktober 2008 wurden in Ecuador mehrere Verfassungsartikel bezüglich Gruppierungen und Individuen mit indigenen Wurzeln verabschiedet. Nachdem ab den 1980er Jahren das Aufkommen indigener Bewegungen zu verschiedenen politischen und sozialen Veränderungen im Land geführt hatte, wurden 2008 Begriffe wie Interkulturalität, Multikulturalismus, Plurinationalität und Ethnizität definiert und in die Verfassung aufgenommen. 1986 war mit der CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) eine der wichtigsten indigenen Bewegungen

Lateinamerikas gegründet worden, die seitdem die Mobilisierung und Proteste für einen integrativeren Staat prägte und mehr Rechte für die ethnischen Gruppierungen forderte. Diese Konföderation entstand aus einer Allianz zwischen den verschiedenen indigenen sozialen Bewegungen des Landes und formulierte mehrere Verfassungsreformen und politische Projekte für eine neue Vision, Politik und Organisation des ecuadorianischen Staates.

Die vorliegende auf Italienisch verfasste Masterarbeit analysiert die Strategien und Diskussionen, welche die Entwicklung der CONAIE geprägt

haben sowie den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext der indigenen Bevölkerung. Welche Rolle hat die CONAIE bei der Emanzipation der Indigenen in Ecuador von 1986 bis 2008 gespielt und welche Mittel und Strategien setzte sie ein, um die Aufnahme entsprechender Gesetzesartikel in die Verfassung zu erreichen?

Für die Beantwortung der Forschungsfrage wurden sowohl die Forschungsliteratur als auch verschiedene Primärquellen ausgewertet. Da die CONAIE im Mittelpunkt der Analyse steht, wurden Primärquellen in spanischer Sprache verwendet, die auf den offiziellen Webseiten der CONAIE und auf den Webseiten der regionalen Organisationen der ECUARUNARI und der CONFENIAE zu finden sind. Die Online-Suche auf diesen Portalen führt zu den digitalen Versionen der Vorschläge für die Verfassungsreformen und zu den politischen Projekten der CONAIE von 1986 bis heute. Diese Projekte beruhen auf langen Debatten zwischen den verschiedenen Vertreter:innen der indigenen Bewegung. Ausserdem finden sich Interviews mit den Protagonist:innen der Massenproteste der 1990er Jahre, die zeigen, wie aktiv die indigene Bewegung sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene war. Was die Literatur anbelangt, so gibt es mehrere Autor:innen verschiedener Sprachen und Fachbereiche, was afuzeigt, dass die CONAIE und insbesondere die indigene Frage ein interdisziplinäres Phänomen darstellen, die von Forschungsansätzen unterschiedlicher Disziplinen betrachtet wird. Die Beiträge stammen von Fachleuten aus der Geschichtswissenschaft, Ökonomie, Soziologie, Politikwissenschaft, Ethnologie sowie von Aktiven aus Politik, gemeinnützigen und humanitären Organisationen, Recht, Lehrberufen, von Mitgliedern von Protestbewegungen, Ge-

werkschaften, internationalen Vereinigungen und religiösen Gruppen und Studierenden. Für diese Arbeit wurden insbesondere die Publikationen von Brubaker, Büschges, Sieder, Becker, Altmann und De Lara berücksichtigt.

Diese Masterarbeit zeigt, dass das Gesellschaftskonzept indigener Völker nicht durch auferlegte geografische Grenzen oder rechtliche und politische Systeme, die sie nicht mit einbeziehen, begrenzt ist. Die ethnische Zugehörigkeit steht im Mittelpunkt des Konzepts von Kollektivität oder Gemeinschaft. Die erstmalige verfassungsmässige Anerkennung des Multikulturalismus in Ecuador im Jahr 1998 führte dazu, dass sich die indigene Bevölkerung vermehrt an Entwicklungsprogrammen beteiligen konnte. Im Jahr 2008 wurden die Konzepte des plurinationalen und interkulturellen Staates in die Verfassung aufgenommen. Die Frage des plurinationalen Staates war für die indigene Bewegung ein zentrales Thema, denn fortan galt, dass im Land verschiedene „Nationalitäten“ mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen leben sollten. Die Einführung des zweisprachigen Unterrichts, d.h. des Unterrichts in Spanisch und Quichua, war ein epochaler Wendepunkt in der Erfolgsgeschichte der CONAIE. Dieses Element zeigt, dass die CONAIE nicht darauf abzielte, anderen gesellschaftlichen Gruppen ihre Bräuche aufzuzwingen, sondern gemäss dem Konzept der Interkulturalität andere Kulturen zu respektieren, um ein integratives Klima des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu schaffen, das über die Hegemonie einer einzelnen Nationalität hinausgeht. Nach jahrzehntelangen Diskussionen wurden die indigenen Völker als soziale Gruppen und als Individuen definiert.



„Maman vous qui êtes si bonne qui me laissés si genereusement la Maitresse de mon sort“

Tochter-Mutter-Beziehung und weibliche Handlungsspielräume anhand der Briefe von Henriette Effinger

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Im Jahr 1785 schrieb die junge Berner Patrizierin Henriette Elisabeth Effinger (1764–1789) an ihre Mutter: „Maman vous qui êtes si bonne qui me laissés si genereusement la Maitresse de mon sort“. Diese Selbstwahrnehmung, Herrin des eigenen Schicksals zu sein – wohlgemerkt dank dem Segen ihrer Mutter –, ist bemerkenswert.

Ziel der Masterarbeit ist es, sich mit dem Leben Henriette Effingers und ihren Handlungsspielräumen sowie der Beziehung zu ihrer Mutter auseinanderzusetzen und somit einen Beitrag zur Familien- und Geschlechtergeschichte zu leisten. Von Henriette Effinger sind insgesamt 64 Briefe aus dem Zeitraum zwischen 1782 und 1788 an ihre Mutter Henriette Rosina Effinger von Wattenwyl (1746–1812) erhalten. Über das Leben von Henriette Effinger war bisher wenig bekannt, obwohl die Briefe ein vielfältiges und reichhaltiges Quellenmaterial darstellen: Sie geben Einblick in die Lebenswelt einer jungen unverheirateten Patrizierin, die zwischen den Anforderungen ihres Standes und den eigenen Wünschen steht.

Die methodische Grundlage der vorliegenden Arbeit wird neben theoretischen Überlegungen zur Quellengattung der Briefe und Selbstzeugnisse durch die Subjekttheorie von Andreas Reckwitz erweitert. Dabei stehen zum einen die Frage nach Henriettes Subjekt und zum andere jene nach der im bernischen Patriziat vorherrschenden Subjektkultur im Mittelpunkt. Wurden die Patrizier:innen eher von der bürgerlichen oder der aristokratischen Subjektkultur geprägt oder müsste eine neue patrizische Subjektkultur definiert werden, um das Patriziat angemessen erfassen zu können?

Um diese Fragen beantworten zu können, werden im Hauptteil der Arbeit Henriettes Selbstverständnis als Patrizierin, Frau und Tochter, wie sie aus den Briefen greifbar werden, untersucht. Dabei wurde deutlich, dass Henriette massgeblich durch ihr Umfeld sozialisiert wurde und einen spezifisch patrizischen Lebensstil erwarb. Dieser machte sich vor allem an Henriettes Teilnahme

an verschiedenen geselligen Anlässen des bernischen Patriziats bemerkbar. Ihr Selbstverständnis als Patrizierin und ihr Standesbewusstsein zeigten sich auch im Umgang mit den Männern, die sie heiraten wollten. In Bezug auf eine Heirat liess sich Henriette Effinger aber nicht nur von familienökonomischen Überlegungen leiten, sondern forderte auch die gegenseitige Wertschätzung und Liebe zwischen Mann und Frau als Bedingung für eine Heirat ein. Da keiner ihrer Bewerber ihren Erwartungen entsprach und sie eine Heirat als starke Einschränkung ihrer persönlichen „Freiheit“ empfand, entschloss sie sich, ledig zu bleiben.

Die Analyse von Henriette Effingers Äusserungen zum Thema Heirat und den damit verbundenen Geschlechterrollen zeigt ihr Geschlechterbewusstsein und auch eine gewisse Solidarität mit ihrem Geschlecht. Henriettes Mutter überlässt ihrer Tochter die Entscheidung über deren eigene Zukunft und akzeptiert deren Wunsch, ledig zu bleiben, wenn auch nur widerwillig. Diese unterschiedlichen Vorstellungen, was Henriettes Leben betrifft, führten zu Konflikten zwischen Tochter und Mutter. Diese Konflikte zeugen aber zugleich von der Intimität, die in der Tochter-Mutter-Beziehung vorherrschend war.

Neben dieser persönlichen und intimen Ebene war die Korrespondenz auch von erzieherischen Aspekten geprägt und wies eine klar hierarchische Struktur auf. Die Briefe dienten Henriettes Mutter als Disziplinierungs- und Kontrollmittel und machten somit klar, dass die Erziehung der Tochter weder mit 17 noch mit 24 Jahren am Ende der Korrespondenz abgeschlossen war.

Die Erkenntnisse aus Henriettes Lebenswelt führen zur Einsicht, dass Henriette zwischen der bürgerlichen und der aristokratischen Subjektkultur, wie sie Reckwitz skizziert hat, stand. Sie lässt sich nicht klar der bürgerlichen Subjektkultur zuordnen, weil ihre Persönlichkeit zu viele Elemente der aristokratischen Subjektkultur aufweist. Henriettes Nähe zum bürgerlichen Intimitäts- und

Familiensubjekt erlaubt es wiederum nicht, sie als Vertreterin der aristokratischen Subjektkultur zu sehen.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Notwendigkeit einer weiteren Subjektkultur – die patrizische Subjektkultur. Die symbiotische Verbindung von bürgerlichen und aristokratischen Elementen macht das Patriziat aus. Insbesondere

dieses Dazwischenstehen bestärkt demnach einmal mehr die patrizische Eigenart. Die Auseinandersetzung mit der Korrespondenz zwischen Tochter und Mutter eröffnete einen Zugang zu den verschiedenen Facetten von Henriettes Subjekt, soweit dieses in deren Briefen fassbar wird, und erlaubte es, Henriette als junge, selbstbestimmte und gebildete Frau fassbar zu machen.



Livia Notter

Weibliche Handlungssphären in der bürgerlichen Gesellschaft Hamburgs zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Lebenswelt und Subjektivität der Maria Magdalena Caroline Beneke anhand ihres Briefverkehrs 1806–1816

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Weibliche Selbstzeugnisse sind seit einigen Jahrzehnten ein vielversprechender und vielfältiger historischer Forschungsgegenstand. Sie bieten die Möglichkeit, einen mikroperspektivischen Einblick in die soziale und gesellschaftliche Realität von Frauen vergangener Jahrhunderte zu erhalten und können so auf Missstände und Widersprüche in der Gegenwart hinweisen. Dies gilt auch für die bis heute nicht erschöpfend erforschten Briefe und tagebuchähnlichen Schriften von Maria Magdalena Caroline Beneke (1788–1865, geb. von Axen, Rufname Caroline), einer Frau aus dem Hamburger Bürgertum des 19. Jahrhunderts. Während das Leben und Wirken ihres Ehemanns und exzessiven Tagebuchschreibers Ferdinand Beneke (1774–1848) schon ausführlich aufgearbeitet wurde, war Caroline Beneke bis anhin weniger Gegenstand der geschichtswissenschaftlichen Forschung. Es existiert, trotz ihrem sozialen Engagement und ihrer Sichtbarkeit in der Hamburger Gesellschaft, keine Biographie über sie.

In der Arbeit werden die Selbstzeugnisse von Caroline Beneke aus einer geschlechter-, kultur- und sozialgeschichtlichen sowie mikrohistorischen Perspektive analysiert, um so ihre Lebenswelt und Subjektivität fassbar zu machen und einen Einblick in die Genese und Handlungssphären eines weiblichen Subjekts und dessen Habitus in

der bürgerlichen Gesellschaft im Hamburg des beginnenden 19. Jahrhunderts zu gewähren. Die Inhaltsanalyse der Quellen führte zu einer Einteilung in eine emotionale, eine häusliche und eine kommunikative/repräsentative Sphäre. Die Gliederung der Lebenswelt von Caroline Beneke in diese drei oben genannten Sphären will versuchen, das starre und wenig produktive Konzept einer dichotomen Zuteilung des weiblichen Geschlechts zur privaten Sphäre und des männlichen Geschlechts zur öffentlichen Sphäre, welches die geschlechtergeschichtliche Forschung lange verfolgt hat, aufzubrechen, um ein flexibleres Modell zum Erfassen von subjektiven Lebenswelten zu schaffen.

Die Quellen liegen für die Jahre 1806 bis 1816 dank der Arbeit des Forschungsteams der Beneke-Edition in transkribierter und edierter Form vor. Der Inhalt der Briefe wurde mit einem Software-Programm für qualitative Datenanalyse, MAXQDA, analysiert. Dabei sind die rund 300 tagebuchähnlichen Selbstzeugnisse und Briefe von oder an Caroline Beneke im Detail durchgelesen und einzelne Abschnitte mit diversen Codes versehen worden. Die Codes umfassen u. a. Bereiche wie Politik, Kultur, Bildung, das Verhältnis des Ehepaars Beneke zueinander, Freundschaft/Netzwerke, Geselligkeit, Geschlechterrollen, Kindererziehung, aber auch die Selbstempfindung von Ca-

roline Beneke und ihre Reflexionen über diverse Gefühle.

Die Untersuchung der Quellen ergab, dass Caroline Benekes Lebenswelt – das heisst nach Jürgen Habermas ihr kommunikatives Handeln – sich über alle Bereiche des bürgerlichen Kosmos erstreckte und sie per se von keinen Handlungssphären des Bürgertums vollkommen ausgeschlossen war. Sie war in politischen Belangen als eine Art Berichterstatterin und Überbringerin von Neuigkeiten involviert und fungierte in kommunikativen Praktiken wie dem Pflegen von Netzwerken und der damit verbundenen Geselligkeit als wichtige Repräsentantin ihrer eigenen Interessen und jener ihrer Familie. Sie schuf sich in kulturellen und religiösen Angelegenheiten durch Bildungsinteresse und eine ausgeprägte Frömmigkeit einen eigenen emanzipierten Handlungsraum, was sie zu einer gefragten Freundin und Gesprächspartnerin machte. Auf der Ebene der Familie – innerhalb der häuslichen Sphäre – übernahm sie wichtige Aufgaben bezüglich der Organisation des Haushalts und in der Koordination von finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten. Als Mutter von (während des Untersuchungszeitraums) bis zu drei Kindern nahm sie die Funktion als Erzieherin und teilweise auch Lehrerin der Kinder wahr, und innerhalb der Ehe zwischen Caroline und Ferdinand Beneke

lässt sich eine Entwicklung hin zu einem ebenbürtigen Verhältnis des Ehepaars erkennen.

Die Wirkung und Relevanz von Caroline Beneke erstreckte sich also weiter, als es das dichotome Forschungskonzept einer privaten (weiblich konnotierten) und einer öffentlichen (männlich konnotierten) Sphäre zulassen würde: Vielmehr agierte Caroline Beneke vor allem in den späteren Untersuchungsjahren mit grosser Selbstständigkeit in unterschiedlichen Handlungssphären, die flexibel waren. Zudem bildet die Diskrepanz zwischen normierenden Wertevorstellungen und gelebter sozialer Realität einen roten Faden in dieser Arbeit. Die Lebensrealität von Caroline Beneke weicht immer wieder von den Idealen des bürgerlichen Wertehimmels ab.

Überschattet und limitiert wird die These von der erweiterten Handlungsmacht der Frau im 19. Jahrhundert letztlich durch den Umstand, dass Frauen ohne Ehemänner in wichtigen gesellschaftlichen Positionen zu dieser Zeit meist gar nicht erst eine gewisse Handlungsrelevanz erreichen konnten. Denn, dass Carolines Ehemann Ferdinand Beneke wohl definierend auf die Subjektivität und Lebenswelt von Caroline Beneke einwirkte, liegt aufgrund der patriarchalen Struktur auf der Hand.



Alison Peyer

„... Weil wir über uns reden müssen“

Das Aushandeln schwul-lesbischer Sichtbarkeit in Ostberlin 1983–1989

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Spätestens seit den Stonewall-Krawallen von 1969 bildete Sichtbarkeit eine zentrale politische Forderung vieler Lesben- und Schwulengruppen in den USA und in Westeuropa. Sichtbarkeit im politischen Kontext stand dafür, sich als sexuelle Minderheit erkennbar zu machen und politisch-kulturelle Repräsentation einzufordern. Auch in der DDR organisierten sich Aktivist:innen, die schwul-lesbische Emanzipation anstrebten und sich dabei an westeuropäischen und US-amerika-

nischen Strategien, Büchern und Gruppierungen orientierten. Nur äusserte sich das Streben nach schwul-lesbischer Sichtbarkeit zweifellos anders in einer Diktatur, welche die Bevölkerung breitflächig überwachte und in der die Selbstorganisation in kirchlichen Arbeitskreisen praktisch der einzige Weg war, das staatliche Vereinsverbot zu umgehen.

Diese Arbeit untersucht die Aktivitäten der Ostberliner Gruppe Arbeitskreis Homosexualität

(AKHS) – Schwule in der Kirche von 1983 bis 1989 und versucht dabei herauszuarbeiten, welche Formen schwul-lesbischer Sichtbarkeit diese Gruppe zu erreichen suchte.

Die Forschung zu der Homosexuellenbewegung der DDR ist nach wie vor begrenzt, viele bisherige Publikationen stammen von ehemaligen Aktivist:innen selbst. Dabei fehlen Forschungen mit Fokus auf den früh aktiven und landesweit impulsgebenden Ostberliner AKHS. Diese Arbeit versteht sich somit als Beitrag zur Homosexuellengeschichte der DDR und als Anstoss für weitere Forschungsunterfangen in diesem Bereich.

Schwul-lesbische Sichtbarkeit war zu keinem Zeitpunkt ein ausformuliertes Ziel des AKHS. Trotzdem zeigt diese Arbeit, wie Sichtbarkeit als wesentlicher Faktor alle gesellschaftlichen Ziele und Strategien der Gruppe begleitete. Schwerpunkt der Untersuchung war es, herauszufinden, inwieweit der AKHS den kirchlichen Raum für Sichtbarkeit nutzte, in welchen Kontexten er Sichtbarkeit anstrebte und wie Staat und Kirche auf diese zunehmende Sichtbarkeit reagierten. Diese Fragestellungen wurden anhand einer qualitativen Auswertung von Archivmaterialien, Zeitzeug:innengesprächen und Zeitungsartikeln untersucht. Die theoretische Basis für die Quellenauswertung bildete das Verständnis von Sichtbarkeit als analytische Kategorie. Der Schwerpunkt liegt dabei einerseits auf der gruppeninternen Arbeit des AKHS und beschreibt Selbstverständnis, Arbeitsweise und politisch-religiöse Selbstpositionierung der Gruppe. Andererseits werden die Aktivitäten der Gruppe beleuchtet, die sich an die breitere Gesellschaft richteten, so dass Formen der Öffentlichkeitsarbeit, Versuche, homosexueller Opfer der NS-Zeit zu gedenken sowie die Aids-Arbeit des Arbeitskreises untersucht werden.

Wie gezeigt werden konnte, stellte die evangelische Kirche für die gegenseitige Vernetzung Schwuler und Lesben eine wichtige Alternative zur anonymen Subkultur dar. Von der kirchlichen

Infrastruktur machte der Arbeitskreis Gebrauch, um seine Anliegen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Die Aktivist:innen des AKHS versuchten, sich als gleichwertige Mitbürger:innen und als bedeutende Minderheit der DDR sichtbar zu machen. Neben der Erarbeitung positiver Kontexte ging es darum, negative Assoziationen von Homosexualität zu überschreiben. Der AKHS befand sich in seiner Arbeit stets auf einer Gratwanderung, die sich einerseits aus einer Abhängigkeit zur Kirche sowie aus dem Bewusstsein ergab, vom Ministerium für Staatssicherheit beobachtet zu werden. Dies zeigt sich darin, dass der Arbeitskreis sich sowohl gegenüber der Kirche als auch gegenüber dem Staat offen, kooperativ und dialogbereit positionierte und trotzdem – vor allem bei den Gedenkveranstaltungen für homosexuelle NS-Opfer – bestehende Grenzen immer wieder aufs Neue austestete.

Die Entstehung der landesweiten AKHS erzeugte starke Reaktionen aus kirchlichen Kreisen, und es gab Bemühungen, sich mit dem Thema Homosexualität aus theologischer Perspektive neu auseinanderzusetzen. Kirchenpolitisch gab es jedoch bis 1989 wenige Änderungen und die Unterstützung der Arbeitskreise ist vor allem auf einzelne Kirchenvertreter:innen zurückzuführen.

Die Staatssicherheit reagierte schon früh mit Überwachung der einzelnen Kreise, und erkannte, dass die DDR den Homosexuellen Alternativen zum Kirchenraum bieten musste, um den Zulauf der AKHS zu stoppen. Praktisch gleichzeitig zu staatlichen Öffnungen wurden jedoch Zersetzungsmaßnahmen gegen den AKHS eingeleitet, die das Ziel hatten, dessen Arbeit zu behindern.

Weiterführende Forschung könnte die Resultate der vorliegenden Arbeit mit Zielen und Strategien weiterer AKHS der DDR abgleichen und herausfinden, ob die hier gewonnenen Erkenntnisse auch allgemeiner gültig sind.



Ein Thurgauer kommt selten allein

Untersuchung zu den Universitätsbesuchern aus dem Thurgau zwischen 1450 und 1550

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Hesse

Die Arbeit beschäftigt sich mit den aus dem Thurgau stammenden Studenten zwischen 1450 und 1550. Untersucht wurden deren geographische und soziale Herkunft, die Studienorte, Karrierewege und sozialen Verflechtungen. Gearbeitet wurde nicht nur mit Archivmaterial, gedruckten Quellen und Sekundärliteratur, sondern auch mit Hilfe der Datenbanksoftware nodegoat beziehungsweise mit dem noch laufenden Forschungsprojekt REPAC an der Universität Bern. Sämtliche Informationen aus den Quellen und der Literatur wurden direkt in diese Datenbank eingetragen. Damit stehen sie der interessierten Öffentlichkeit und der Forschung zur Verfügung.

Ausgehend von den Matrikeleinträgen der verschiedenen Universitäten, die auch meistens einen Herkunftsort nennen, konnten rund 200 Thurgauer identifiziert werden. Als Thurgauer galten alle Personen, die aus dem heutigen Kantonsgebiet stammten, da sich die Grenzen seit 1460 nicht mehr nennenswert verändert haben.

Die Thurgauer hatten erkennbare Favoriten, wenn es um die Auswahl der zu besuchenden Universität ging. 73 % der 246 Studienaufenthalte wurden an den nahegelegenen Universitäten Basel, Freiburg im Breisgau und Tübingen verzeichnet. Insgesamt konnten an 16 Universitäten Thurgauer nachgewiesen werden. Nur vereinzelt hatten sie sich an französischen oder italienischen Universitäten eingeschrieben. Sowohl bei der Anzahl Immatrikulationen als auch bei den Promotionen lagen je nach Jahr Schwankungen vor. Der schwerwiegendste Einbruch, ausgelöst durch die Reformation, war in den 1520er und 30er Jahren. Allerdings blieben die Thurgauer Studenten dem Studium oder der Graduierung nicht über längere Zeit fern. Über den gesamten Zeitraum lagen von den höheren Fakultäten, also von der medizinischen, der theologischen und der juristischen, elf Promotionen vor, die sich auf zehn Personen verteilten. Bei jenen Thurgauern, denen weitere Tätigkeiten im geistlichen oder weltlichen Bereich nachgewiesen werden konnten, war eine qualifizierende Wirkung der hohen Grade sichtbar. Der

Grossteil der Graduierungen lag im artistischen Bereich, 57 Personen wurden zum *baccalaureus*, drei zum *licentiatus* und 27 zum *magister artium* promoviert.

Die meisten Thurgauer kehrten nach dem Besuch einer Universität in ihre Heimat zurück, und wurden vor allem in den Städten Bischofszell, Frauenfeld, Arbon und Diessenhofen aktiv. Aus diesen stammten knapp 75 % aller Thurgauer Studenten, wobei allein fast ein Drittel aus Bischofszell kam. Das erklärt sich dadurch, dass in diesen vier Städten bereits vor der Reformation Schulen bestanden und somit eine adäquate Vorbildung vorhanden war.

Knapp 15 % der Thurgauer Studenten entstammten dem Adel oder dem Patriziat, einige dem finanzstarken (vielleicht wohlhabenden) Bürgertum. Auch sind mehrere Studenten aus den gleichen Familien an den Universitäten nachweisbar. Zwischen einzelnen Studenten bestanden Bekanntschaften, die durch Gruppenimmatrikulationen und ähnliche Tätigkeiten an den gleichen Orten sichtbar wurden. Gut dokumentierte Einzelereignisse, wie die Gründung der Bischofszeller Herrentrinkstube 1498, erlauben Einblicke in die Beziehungen der involvierten Personen und zeigen ein dichtes Netz an Verknüpfungen auch über die Region hinaus.

Der kleine Teil der Thurgauer, der Karriere am Fürsten- oder Königshof machte oder hohe geistliche Würden zu erlangen versuchte, kehrte dagegen nicht in den Thurgau zurück. Diejenigen, die in den Thurgau zurückkehrten, waren als Chorherren im Stift St. Pelagius in Bischofszell und vornehmlich in Pfarreien tätig. Insbesondere von den in die Reformationsbestrebungen Eingebundenen gibt es ausführlichere Quellenbelege zu ihren Tätigkeiten als Reformatoren und Prediger. Der Erhalt einer Pfründe setzte lange keinen Universitätsbesuch voraus. Durch das seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts herrschende Überangebot an Universitätsabgängern war es jedoch kaum noch möglich, eine Pfründe vor dem Universitätsbesuch zu erhalten, was sich auch bei den Thurgauern zeigte.

Daneben versahen einige Studienabgänger auch weltliche Ämter, z. B. als Schultheiss oder Schreiber in den Städten.

Da Herrschaftsgrenzen zwar bestanden, aber keine wirklichen Trennlinien in der dicht verflochtenen Region darstellten, präsentiert sich ein interessantes Bild. Viele verliessen zwar den Thurgau an sich, aber nicht die durch mannigfache wirtschaftliche, soziale und kirchliche Beziehungen geprägte Region, aus der sie stammten. Im Gebiet der heutigen Ostschweiz und der Bodenseeregion bestand ein grosses Angebot an Pfründen in Domsowie Chorherrenstiften und in Pfarreien. Auch

für Laien gab es nach einem Universitätsstudium zahlreich vorhandene Stellen. Das an der Universität erworbene Wissen wurde also direkt in den Thurgau oder in die Heimatregion zurückgetragen und dort angewandt.

Durch die in der Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse zu Herkunfts-, Studien-, Tätigkeitsorten von Gelehrten und deren Pfründen kann das Bild des Thurgaus als eine Region ohne eigene Bedeutung zwischen Eidgenossenschaft und Reich revidiert werden, zumindest was das vorhandene universitäre Wissen angeht.



David Rotach

(Un-)erwünschte Fremde

Militärflüchtlinge und Internierte im Kanton Graubünden während des Ersten Weltkriegs

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Bereits im 19. Jahrhundert galt die Schweiz als beliebte Asyldestination. Seit der Gründung des Bundestaats im Jahr 1848 sahen sich Bunderrat, Bundesverwaltung und kantonale Regierungen mit verschiedenen Typen von Flüchtlingen konfrontiert. Deren Schutzbedürftigkeit werteten die Behörden dabei unterschiedlich. Während politische Flüchtlinge in der Schweiz grundsätzlich Asyl erhielten, wiesen die Behörden Militärflüchtlinge (Deserteure und Refraktäre) hingegen meist bereits an der Grenze ab. Durch die von der europäischen Staatengemeinschaft veranlassten Überlegungen hinsichtlich einer Kodifizierung des Krieges bildete sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine weitere Flüchtlingsgruppe heraus, die sogenannten Internierten. In Bezug auf die Schweiz waren das primär Militärpersonen von Krieg führenden Mächten, welche im neutralen Land interniert wurden, um nicht mehr am Krieg teilnehmen zu können.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs bestanden von Seiten der Behörden unterschiedliche Wahrnehmungen der verschiedenen Flüchtlingsgruppen und auch die rechtlichen Grundlagen unterschieden sich erheblich. Zusätzlich führte die in den

1880er Jahren einsetzende Arbeitsmigration in die Schweiz dazu, dass die Zivilbevölkerung und die eidgenössischen Behörden den Ausländer:innen im Allgemeinen zunehmend mit Unbehagen begegneten. Vor diesem Hintergrund konstituierten sich verschiedene Diskursstränge, welche die „schweizerische Identität“ von dem „Fremden“ abzugrenzen versuchten und aus denen sich schliesslich während des Ersten Weltkriegs der sogenannte Überfremdungsdiskurs konstituierte.

Während des Ersten Weltkriegs hielten sich in der Schweiz sowohl Militärflüchtlinge als auch Internierte auf. Besonders zahlreich vertreten waren die beiden Migrantengruppen im Grenz- und Tourismuskanton Graubünden, der im Fokus vorliegender Masterarbeit steht. Vor dem Hintergrund des (rechts-)historischen Umgangs sowohl der Schweiz wie auch des Kantons Graubünden gegenüber den zwei erwähnten Migrantengruppen und unter Einbezug des Überfremdungsdiskurses analysiert die Arbeit anhand von thematischen Aspekten gleichermassen Unterschiede und Gemeinsamkeiten von behördlichen Massnahmen sowie zivilgesellschaftlicher Wahrnehmung hinsichtlich der zwei Flüchtlingsgruppen während des Ersten

Weltkriegs. Dabei zeigt sich, dass es zu kurz greift, zwischen „erwünschten“ Internierten und „unerwünschten“ Militärflüchtlingen zu unterscheiden, wie das grösstenteils die vorhandene Forschungsliteratur gemacht hat. Auch wenn der behördliche Umgang gegenüber den Internierten im Vergleich zu den Militärflüchtlingen tendenziell sanfter war und die Internierten von der Zivilbevölkerung mehrheitlich als positive Erscheinung wahrgenommen wurden, vermag die Masterarbeit Ähnlichkeiten zwischen den beiden Migrantengruppen aufzuzeigen und einzubetten. So wurden auch die Internierten von Massnahmen einer stärker wer-

renden Fremdenabwehr erfasst und in den Augen der Zeitgenoss:innen bei Konflikten als „Fremde“ wahrgenommen und oftmals dem „Eigenen“ gegenübergestellt.

Um ein möglichst umfassendes Bild der Situation zeichnen zu können, dienten der Arbeit neben vielen amtlichen Dokumenten aus dem Bundesarchiv und primär dem Staatsarchiv des Kantons Graubünden auch diverse mediale Quellen. Da die Thematik in der Forschungsliteratur zum Kanton Graubünden bislang kaum Beachtung fand, nahm die Arbeit für viele der verwendeten lokalen Quellen erstmals eine systematische Auswertung vor.



Julien Schafroth

Von Kohle, Kumpels und Kommerz

Wie der Fussball als Erinnerungskultur im Ruhrgebiet des 20. Jahrhunderts kollektive Identitäten prägte

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

In der Masterarbeit geht es um die Fragen, wie im Ruhrgebiet kollektive Fussballidentitäten entstanden und welche Überschneidungen der Mythos des SV Sodingen mit nationalen Mythen aufweist. Die Antworten darauf liefern neue Erkenntnisse darüber, wie das kollektive Gedächtnis, wie es Maurice Halbwachs sowie Jan und Aleida Assmann beschrieben haben, funktioniert. Ausgehend von der Feststellung, dass aufgrund der emotionalen Verbundenheit der Fussballliebhabenden mit der Disziplin die Erinnerung an vergangene Ereignisse zur Mythisierung tendiert, werden verschiedene Mythen im Fussballsport beschrieben, welche auch in der Fallstudie betreffend den Herner Vorortverein SV Sodingen vorzufinden sind. Dabei werden das Aufkommen von Stars in einer Mannschaftssportart, das Phänomen der Derbys, welche aufgrund ihrer Abgrenzung von Anderen äusserst sinnstiftend für kollektive Identitäten wirken, sowie mythisierte Ereignisse wie die Erfolge des FC Schalke 04 in den dreissiger Jahren und der Gewinn der Weltmeisterschaft 1954 untersucht.

In einem weiteren Schritt stellt die Arbeit dar, wie aufgrund der Krisen, welche der gesamtdeut-

sche Fussballsport nach der Gründung der Bundesliga 1962 durchlebte, die Glanzzeit des SV Sodingen in den Köpfen der Menschen zur „guten alten Zeit“ stilisiert wurde. Dabei steht auch die Kommerzialisierung des Sports ab der Mitte der achtziger Jahre im Fokus. Um die immer weiter zurückgehenden Zuschauerzahlen wieder anzukurbeln, begannen in jener Zeit Fussballmanager wie Uli Hoeness damit, ihre Vereine zu vermarkten. Im Zuge dessen blieb von der einstigen Sportart kaum mehr etwas übrig. Der Fussball wurde zu einem Geschäftszweig verwertet, indem lokale Identitäten als Marketinginstrument sowie als Produkt verkauft wurden. Diese kommerzielle Verwendung von kollektiven Selbstbildern kurbelte die Erinnerungskultur an vermeintlich besseren Zeiten an, in denen die heute vermarktete „Gemeinschaft“ noch tatsächlich existiert haben soll.

Die Arbeit zeigt jedoch auf, dass die Mythisierung des Fussballsports in Deutschland bereits viel früher, nämlich zeitgleich mit dem Aufkommen der Sportart im späten 19. Jahrhundert, begann. Bereits Konrad Koch, der erste Lehrer der in Deutschland den Fussball unterrichtete, erdich-

tete der Disziplin zwecks ihrer gesellschaftlichen Legitimierung eine deutlich ältere Verwurzelung in der Geschichte an, als sie tatsächlich hatte. Erst ab Mitte der 1980er Jahre, als der Fussball in Deutschland aufgrund des Bundesligaskandals und des Zuschauerschwunds eine krisenhafte Zeit durchlebte, entstanden Rückbezüge, welche die Vergangenheit der Sportart und die damit verbundenen gesellschaftlichen Ereignisse in einem romantisierenden Licht widerspiegeln.

Die Kultur des Sich-Erinnerns weist in fast allen Funktionsweisen Parallelen dazu auf, wie nationale Mythen konstruiert werden. Die Geschichte

des kleinen SV Sodingen verdeutlicht dies. Da die Auseinandersetzung mit der Historie des Vereins immer auf eine emotionale und sich sehnde Art und Weise geschah, führte sie oftmals zur Mythisierung der Vergangenheit. Die Geschichten um den SVS wurden sinnstiftend und identitätsbildend erzählt und behandelt. Mythen von Derbys und der Ächtung des „Kumpelclubs“ durch den Verband entstanden. Die Arbeit zieht deshalb im letzten Abschnitt einige Vergleiche zwischen bekannten nationalen Mythen und den kleinen Geschichten um den SV Sodingen.



Laura Schleiss

Die Untersuchung der sozialen Beziehung zwischen dem „Waisenvater“ und den Erzieherinnen und Erziehern am Beispiel des Bürgerlichen Waisenhauses Basel in den Jahren von 1960 bis 1980

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Die Masterarbeit beschäftigt sich mit dem Bürgerlichen Waisenhaus Basel im Zeitraum von 1960 bis 1980 und rückt die bisher in der Forschung kaum analysierte Zusammenarbeit und Beziehung zwischen dem „Waisenvater“ (Zeitgenössischer Begriff für den Vorsteher des Bürgerlichen Waisenhauses Basel) und den Erzieher:innen in den Fokus. Diese wurde unter Berücksichtigung der Kinder, die im Untersuchungszeitraum im Bürgerlichen Waisenhaus lebten, untersucht. Als Grundlage für diese Untersuchung adressiert die Arbeit auch Erziehungsgrundsätze, das Erziehungsverständnis und die Erziehungsmethoden am Bürgerlichen Waisenhaus Basel.

Die Wahl des Untersuchungszeitraums ist doppelt begründet: Zum einen agierten in dieser Periode zwei „Waisenväter“ (Arnold Schneider 1946–1966 und Walter Asal 1966–1985), was einen Vergleich der Führungsstile und Beziehungen zu den Mitarbeitenden möglich macht. Zum andern wandelten sich in der Schweiz der 1960er Jahre die Erziehungsansätze, -methoden und -vorstellungen und die Missstände innerhalb der Heimerziehung wurden mit der sogenannten „Heim-

kampagne“ 1970 lautstark und öffentlichkeitswirksam kritisiert. Die 1970er Jahre können als zentrale Umbruchphase in der Schweizerischen Heim- und Anstaltserziehung angesehen werden, die unter anderem zur Forderung nach besser ausgebildeten Mitarbeiter:innen führte.

Als Quellenbasis dienen einerseits Archivalien des Bürgerlichen Waisenhauses. Dazu gehören ausgesuchte Falldossiers, in welchen die Gesprächsnotizen des „Waisenvaters“ mit den Erzieher:innen von besonderem Interesse sind, sowie Jahresberichte und Personalakten. Auch Dossiers über die „Waisenväter“ werden in der Arbeit beigezogen. Nebst den archivalischen Quellen integriert die Arbeit Artikel aus dem *Fachblatt für schweizerisches Heim- und Anstaltswesen* sowie der *Zeitschrift für öffentliche Fürsorge* in den Korpus; diese sind mit Blick auf den Beruf und die Ausbildung zur Heimerziehung ebenso wie zu den Erziehungsansätzen und den Debatten rund um die „Heimkampagne“ und die Professionalisierung im Heimwesen von Bedeutung. Nachdem die Forschungsliteratur und die Quellen konsultiert wurden, liess sich folgende Fragestellung formulieren:

Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen dem „Waisenvater“ und den Erzieher:innen des Bürgerlichen Waisenhauses Basel hinsichtlich der sich wandelnden Anforderungen an das Erziehungspersonal im Zeitraum von 1960 bis 1980?

Aus den Notizeinträgen der beiden „Waisenväter“ wurde ersichtlich, dass die Beziehung zwischen Arnold Schneider und Walter Asal und den Erzieher:innen zu Beginn der 1960er Jahre noch auf Grundlage zweier unterschiedlicher Erziehungsvorstellungen aufgebaut war. Diese liessen sich angesichts mangelnder Ausbildungsangebote für Heimleitende nicht vereinen. So fehlte eine Basis, um den alltäglichen Schwierigkeiten in gemeinsamer Arbeit entgegenzutreten. Die Professionalisierung hatte zwar bereits begonnen, jedoch nur einseitig. Die Forderung nach besser ausgebildetem Personal war auf Seiten der Heimleitenden da, doch die Erzieher:innen hatten unter Umständen gar keine Chance, das in der Schule für Heimerziehung gelernte Wissen im Alltag mit den Kindern umzusetzen. Theorie und Praxis standen sich gegenüber und liefen in unterschiedliche Richtungen. Eine der Hauptaufgaben des „Waisenvaters“ war es, ebenfalls erzieherische Aufgaben zu übernehmen. Das Ziel war das gleiche, die Zusammenarbeit jedoch – vor allem mit Arnold

Schneider – in der Umsetzung schwierig. Daraus resultierten Funktionsüberschneidungen und Unsicherheiten darüber, was die eigene Aufgabe im erzieherischen Bereich darstellte. Eine klare Abgrenzung der Kompetenzen war für die „Waisenväter“ festgehalten, doch ohne gemeinsame Gespräche darüber, was die Erzieher:innen in ihrem Alltag mit den Kindern erlebten, entstanden Bedenken. Eine konkrete Anleitung für Erzieher:innen fehlte im Bürgerlichen Waisenhaus Basel.

Dies änderte sich 1966 allmählich. Auf der Basis der nun häufiger aufzufindenden Notizen der Erzieher:innen lässt sich festhalten, dass mit Asal ein klarer Wechsel stattfand. Mit Blick auf das vermehrte Mitspracherecht und den Einbezug zusätzlicher Personen in die Gespräche mit den Erzieher:innen wurde die Kommunikation immer professioneller geführt. Hatten die Erzieher:innen zu Beginn der untersuchten Zeit kein Mitspracherecht, so wurde in den 1980er Jahren gewichtige Themen in der gemeinsamen Diskussion aufgenommen. Auffällig ist, dass es ab 1980 in den Gesprächen mit Walter Asal vermehrt auch um persönliche Grenzen und Fähigkeiten der Erzieher:innen in der Betreuung der Kinder ging und Ängste, Befürchtungen und Unsicherheiten direkt angesprochen wurden.



Ramon Schmidt

Die Kartoffelfäule in der Ostschweiz

Folgen und Krisenbewältigung am Beispiel des Kantons St. Gallen (1845–1847)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr und Dr. Juri Auderset

Am 20. September 1845 berichtete das Oberrheintaler Bezirksamt dem Regierungsrat des Kantons St. Gallen von erschreckenden Zuständen auf den Kartoffelfeldern. Die Kraut- und Knollenfäule, verursacht durch den Pilz *phytophthora infestans*, von deren Auftreten im Nordwesten Europas die einheimischen Zeitungen seit einigen Wochen schrieben, kam nun auch in der Schweiz vor.

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit dem Umgang und den Folgen dieser Erscheinung auseinander. Während die Entwicklung in dieser Zeit in den

westeuropäischen Staaten, insbesondere in Irland, ein wichtiges Forschungsthema in der Geschichtswissenschaft darstellt, gibt es im schweizerischen Kontext bisher wenige spezifische Studien dazu.

Von der letzten grossen Hungerkrise von 1816/1817 waren die östlichen Kantone speziell betroffen. Obwohl die Ausfälle in der Kartoffel- und Getreideernte sowie die dadurch entstandene Teuerung vom Frühjahr 1846 bis zum Herbst 1847 für missliche Umstände im Kanton St. Gallen sorgten, litten die ärmeren Menschen nicht so stark

wie 30 Jahre zuvor. Die Regierung war weitaus aktiver und unterstützte die Bevölkerung mit Einkäufen von Samen, um die Aussaat des jeweiligen Frühlings trotz der Kartoffelkrankheit zu sichern. Darüber hinaus kümmerte sie sich um den Import von Lebensmitteln, welcher durch die Einführung kantonaler und ausländischer Zölle erschwert war. Schlechter bemittelte Menschen konnten sich die günstigeren „Staatsfrüchte“ dennoch nicht leisten.

Die Auswertung der Berichte aus den St. Galler Bezirken zeigt, wie ausgeprägt die Abhängigkeit der ärmeren Bürger:innen von der Kartoffel war. Die Heimarbeiter:innen betraf die Krise auf doppelte Weise: Einerseits konnten sie auf ihr bedeutendstes Nahrungsmittel infolge der herrschenden Pflanzenkrankheit nur in bedingtem Mass zurückgreifen. Andererseits sanken ihre Reallöhne während des Jahres 1846 angesichts der ansteigenden Preise. In den dicht besiedelten Regionen des Toggenburgs und des Rheintals war das Verlangen nach staatlicher Unterstützung am höchsten.

Zur Einschätzung der Dringlichkeit der Not wurden quantitative Parameter aus der Hunger- und Krisenforschung eingesetzt. Die Zahlen zu den Eheschliessungen, den Geburten und aufgegriffenen Bettler:innen im Kanton sowie zur Entwicklung des Getreidepreises auf dem Rorschacher Markt belegen, dass die schlechten Ernten speziell im Frühjahr 1847 für eine Notsituation unter den bedürftigen Menschen sowie für Versorgungsschwierigkeiten im Kanton sorgten. Erstere waren zwar nicht einer Mangelernährung ausgesetzt, mussten aber teilweise längere Zeit auf Lebensmittel warten und auf unkonventionelle Produkte zurückgreifen.

Kartoffeln wurden seit ihrer Einführung in die Ernährung der Schweizer:innen im Lauf des 18. Jahrhunderts regelmässig von Krankheiten befallen, jedoch nicht in einem solchen Ausmass wie 1845 und 1846. Landwirtschaftliche Vereine setzten sich mit der Ursache der bisher unbekannteren Erscheinung intensiv auseinander, vermochten es aber nicht, in dieser Angelegenheit Klarheit zu verschaffen. Die Ratschläge der Botaniker, Naturforscher sowie Landwirt:innen zur Behandlung angesteckter Kartoffeln widersprachen sich teilweise massiv. Erst als die Pflanzenkrankheit in den späten 1840er Jahren nur noch in gelinderter Form auftrat, berichteten die Landwirt:innen wieder von ergiebigen Ernten.

Neben der Thematik der Massenarmut entwickelte sich die zunehmende Auswanderung aus dem Kanton nach Übersee zu einer bedeutenden Frage, welche die Behörden zu dieser Zeit beschäftigte. Allerdings zeigt eine genauere Analyse der Migrationsbewegung, dass sich diese im Kanton St. Gallen auf die Bezirke Werdenberg, Sargans und Gaster beschränkte. Da die Zahl der Emigrierten bereits im Jahr 1845 einen zwischenzeitlichen Höchststand erreichte, ist das Phänomen nicht direkt mit der Krise von 1846/1847 in Verbindung zu setzen. Allerdings nahm die Menge der Ausreisenden vor Beginn der 1850er Jahre nochmals zu. Obwohl die Teuerung sicherlich einen Einfluss auf die Auswanderung hatte, zählten strukturelle Probleme wie der Mangel an Erwerbsmöglichkeiten im Süden des Kantons, der von der Protoindustrialisierung nur wenig profitierte, zu den wichtigsten anstossenden Kräften.



Der Umbruch 1989/90 in der DDR

Gedanken und Gefühle in Tagebüchern dreier Frauen aus der DDR

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Zum Umbruch von 1989/90 in der DDR, der mit dem Fall der Mauer in Berlin einherging und 1990 schliesslich in der Wiedervereinigung der DDR mit der BRD mündete, sind bislang eine Vielzahl an wissenschaftlichen Publikationen erschienen. Analysen, die sich primär mit der unmittelbaren, individuellen Wahrnehmung des Umbruchs von 1989/90 „unbekannter Zeitgenoss:innen“ auseinandersetzen, gibt es bis dato jedoch kaum. Die Masterarbeit untersucht anhand von unveröffentlichten, privaten Tagebüchern dreier Frauen aus der DDR die subjektive Wahrnehmung dieser historischen Zäsur. Sie leistet damit einen Beitrag zur Erforschung dieses Transformationsprozesses *von unten*.

Im Zentrum der Masterarbeit steht die Frage, wie die einzelnen Tagebuchautorinnen den Umbruch von 1989/90 in der DDR wahrnahmen. Wann begannen die Frauen, erste Risse im System wahrzunehmen und wann fingen sie an, sich politisch zu interessieren? Welchen Stellenwert nimmt der Umbruch von 1989/90 in den einzelnen Tagebüchern ein und stellte dieser für die einzelne Tagebuchautorin eine Zäsur dar oder waren andere Themen wichtiger? Welche Gefühle werden erwähnt und was bedeutet die Abwesenheit von Gefühlen? Diese Fragen sind ebenso Gegenstand des Erkenntnisinteresses. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von August 1989 bis Frühsommer 1990 und deckt damit die Kernzeit der Wende ab.

Im Zuge der Quellenrecherchen wurden über 40 Institutionen, darunter Archive, Gedenkstätten, Museen, Forschungsinstitute, Vereine und Gesellschaften, angeschrieben. Der Rücklauf zeigte, dass es sich bei solchen Tagebuchquellen um ein sehr rares Gut handelt. Einzig das Deutsche Tagebucharchiv in Emmendingen sowie das Stadtarchiv Dessau-Rosslau verfügten über unveröffentlichte Tagebücher aus der DDR aus den Jahren 1989/90.

Mit einem an Philipp Mayrings qualitativer Inhaltsanalyse angelehnten Mixed-Methods-Ansatz wurde in einem ersten Schritt jedes Tagebuch und sein Inhalt codiert und mit der Zuordnung von Textpassagen zu einzelnen Themenkategorien ein

Kategoriensystem entwickelt. Auf der Grundlage dieses Kategoriensystems wurden mittels einer quantitativen Auswertung die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der einzelnen Tagebücher grafisch dargestellt, um einen ersten Überblick über die Themen in den Tagebüchern zu erhalten. Insgesamt ergaben sich 17 Themenkategorien (darunter Arbeit, Gefühle und Selbstreflexion, Haushalt, Politik und Zeitgeschehen DDR/BRD, soziale Beziehungen). In einem zweiten Schritt kamen die Tagebuchautorinnen selbst zu Wort. Mittels einer qualitativen Feinanalyse konnten ihre Gedanken, Sorgen und Ängste sowie ihre Wahrnehmung der Ereignisse in den Fokus gerückt werden.

Die Analyse der Tagebücher zeigt eindrücklich, wie unterschiedlich die drei Tagebuchautorinnen den Umbruch von 1989/90 wahrnahmen. So berichtete die Dessauerin Christa B. in ihrem Tagebuch mehrfach davon, dass die politischen Veränderungen für sie zu spät kamen und sie sich als Angehörige einer „betrogenen Generation“ fühlte. Ihre Tagebuchaufzeichnungen sind von Enttäuschung und Trauer, aber auch von Wut über all die verpassten Jahre und Erschütterung angesichts der Demaskierung des Systems gekennzeichnet. Für Christa B., die sich trotz allem eine „sozialistische Alternative“ erhoffte, führte das absehbare Ende der DDR zu einer Desillusionierung und Orientierungslosigkeit.

Hildegard M., die den Umbruch von 1989/90 in Dresden und den Fall der Mauer in Berlin erlebte, wurde anfänglich von einer Welle der Euphorie erfasst. Ab Februar/März 1990 wich diese Euphorie jedoch einer Hoffnungslosigkeit, die mit grossen Zukunftsängsten verbunden war. Die Ängste wurden unter anderem durch die ihr drohende Arbeitslosigkeit ausgelöst, waren aber auch der nun offenen politischen Zukunft geschuldet.

Im Gegensatz dazu nahm die Neubrandenburgerin Ingeborg T. kaum Notiz von der beginnenden Systemkrise. Die Autorin durchlebte während der Umbruchereignisse sowohl in ihrem Berufsleben als auch in ihrer Ehe eine problembehaftete Zeit, die sich in ihren Tagebüchern niederschlägt

und die Thematisierung politischer Ereignisse in den Hintergrund rücken lässt.

Trotz der vielen Unterschiede, die sich unter den drei Tagebuchschreiberinnen festmachen lassen, gibt es auch bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. Nicht nur gehörten die Tagebuchautorinnen derselben Generation an, sie standen auch einer Vereinigung der DDR mit der BRD äusserst ablehnend gegenüber. Dies ist insofern erstaunlich, als dass sie damit nicht zur Mehrheit der Stimm-

berechtigten in der DDR gehörten, die sich bei der ersten Volkskammerwahl vom 18. März 1990 für den schnellsten Weg zur Wiedervereinigung aussprach. Die Tagebücher von Christa B., Hildegard M. und Ingeborg T. erlauben eine einzigartige Sicht auf die Umbruchszeit in der DDR und zeigen einmal mehr, dass Tagebücher wertvolle Quellen sind, die aus der historischen Forschung nicht mehr wegzudenken sind.



Aude Schnyder

Der Bau des Speicherkraftwerks Mauvoisin im Val de Bagnes (Wallis)

Untersuchung der Arbeitsbedingungen

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Wasserkraft und deren Nutzung boten dem Kanton Wallis die Gelegenheit, den Wandel vom Agrar- zum Industriekanton zu vollziehen. So liessen sich im ausgehenden 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ersten Fabrikbetriebe, beispielsweise die Lonza, in der Rhoneebene nieder, um von der bis dahin noch ungenutzten Wasserkraft zu profitieren. Parallel wurden im Bereich der Hydroelektrizität zu dieser Zeit wichtige Grundsteine gelegt. Unter anderem wirkte sich die neue Übertragungstechnik und die damit einhergehende Einführung des Wechselstroms auf die Grösse der Absatzgebiete aus. Aufgrund der vorteilhaften topografischen Lage des Kantons sollten fortan die Höhenunterschiede zwischen dem Talgrund und den Bergen zur Energieerzeugung genutzt werden. Entsprechend wurden zwischen 1950 und 1960 die grössten Speicherkraftwerke realisiert; dazu zählt auch Mauvoisin.

Das Speicherkraftwerk Mauvoisin befindet sich im Val de Bagnes, einem südlichen Seitental des Rhonetals. Der Stausee liegt auf einer Höhe von 1696 m ü. M. und ist von zahlreichen Gletschern und Bergen umgeben. Im Gegensatz zur Grande-Dixence oder dem Mattmark-Staudamm wurde zur grössten Bogenstaumauer Westeuropas auf geschichtswissenschaftlicher Ebene kaum geforscht.

Diese Masterarbeit will diese Forschungslücke schliessen und dabei eine Thematik durchleuchten, die ebenfalls kaum untersucht wurde, nämlich die Arbeitsbedingungen auf Baustellen im Hochgebirge. Zur Beantwortung der formulierten Forschungsfragen wurden im Gemeindearchiv Le Châble zwei einzigartige Quellen ausgewertet. Dabei handelt es sich einerseits um ehemalige kommunale Aufenthaltsbewilligungen aus den 1950er und 1960er Jahren und andererseits um ein sogenanntes Polzeiheft, in welchem ausschliesslich über die Arbeiter:innen, die am Bau des Speicherkraftwerks aktiv beteiligt waren, Buch geführt wurde. Folglich konnten Statistiken zu Herkunft, Durchschnittsalter, Berufstätigkeit, Aufenthaltsdauer sowie zum Arbeitgeber erstellt werden.

Bei der Auswertung der Daten wurde deutlich, dass der Anteil an beschäftigten Frauen sehr gering war und diese nur im Gastgewerbe tätig waren. Darüber hinaus bestätigten die Quellen, dass die Mehrzahl der Gastarbeiter:innen aus Italien stammte, insbesondere aus Norditalien und dem Aostatal. Zusätzlich wurden vier Zeitzeugen befragt, die die Umbruchphase in ihrer Heimat miterlebt und zum Teil selbst aktiv an der Umsetzung der Talsperre mitgewirkt hatten. Ihre Aussagen bestätigten die Erkenntnisse aus den genannten schriftlichen Quellen.

Neben der rein quantitativen Auswertung wurden zudem auch weitere Quellengattungen auf qualitativer Ebene hinzugezogen, darunter der Briefverkehr zwischen dem Sozialamt für Arbeiterschutz des Kantons Wallis und den damaligen Arbeitgebern.

Letztere wurden auf diese Weise auf Mängel hingewiesen, die in der Folge eigentlich hätten behoben werden müssen, um den gesetzlichen Verordnungen gerecht zu werden. Doch die Umsetzung erwies sich in unzähligen Fällen als schwierig. So gehörten etwa prekäre sanitäre Anlagen, Unterbezahlung, Heimweh und Überstunden zum Baustellenalltag dazu. Zusätzlich hätten die Arbeitgeber die Arbeiter:innen vor möglichen Naturgefahren (Steinschläge, Lawinen, etc.) und

Krankheiten, insbesondere Silikose, so gut wie möglich schützen sollen.

Obwohl der gesamte Industrialisierungsprozess besonders für die Arbeiterschaft körperlich und mental anstrengend war, sind mit dem Staudammbau auch viele positive Errungenschaften für die Region verbunden. Demnach nahm die Lebensqualität in den Seitentälern des Kantons innert kürzester Zeit massiv zu. Ausserdem vervielfachten sich die beruflichen Perspektiven der nachfolgenden Generationen. Abwanderungsphänomene gehörten somit weitgehend der Vergangenheit an. Weiter wurden die Walliser Bergtäler zu einem Touristenmagnet. So zieht es bis heute noch zahlreiche Besucher:innen in den Sommermonaten nach Mauvoisin.



Kaspar Andreas Schwarzenbach

Schadenlawinen im Berner Oberland

Historische Lawinenereignisse und moderner Lawinenschutz

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Bedrohung durch Lawinenabgänge hat die Besiedlung von Gebirgsräumen seit jeher beeinflusst. Über Jahrhunderte hinweg waren die Alpenbewohner:innen nicht in der Lage, dieser Elementargewalt wirksame Schutzmassnahmen entgegenzusetzen. Trotz der dünnen Besiedlung des Alpenraums kam es im Laufe der Geschichte deshalb immer wieder zu schweren Lawinenkatastrophen mit zahlreichen Todesopfern. Im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts verschärften und veränderten sich die Vulnerabilität und das Naturrisiko im Alpenraum zusätzlich. Dies ist einerseits auf die rasante Zunahme der Bevölkerungszahl im Alpenraum zurückzuführen, andererseits auf das stark angestiegene Mobilitätsbedürfnis in den Alpen. Ferner stellt der Tourismus seitdem in vielen Regionen der Alpen den einzigen rentablen Wirtschaftszweig dar und führte zu einer intensiven Erschliessung bis in die hochalpinen Gebiete. Der zunehmende Trend zu Outdoor-Freizeitaktivitäten wie Bergsport und Wintersport brachte deshalb eine starke Ausdehnung der frequentierten Gebie-

te bis in die lawinengefährdeten Hochlagen der Alpentäler mit sich. Insbesondere im Verlauf der vergangenen zwei Jahrhunderte fanden im Bereich des Lawinenschutzes im Berner Oberland und in der gesamten Schweiz grundlegende Veränderungen statt.

Die Masterarbeit versucht in erster Linie, die Lawinenaktivität dieses Zeitraumes im Berner Oberland anhand des Lawinenkatasters des Kantons so gut wie möglich zu rekonstruieren. Zu diesem Zweck kommt eine Kombination aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Anwendung. Mit dem Rückgriff auf einschlägige Fachliteratur zum Thema werden überdies die Berner Oberländer Lawinenschutzbemühungen der vergangenen zwei Jahrhunderte nachgezeichnet.

Die Längsschnittuntersuchung zu den Lawinenschäden im Berner Oberland fördert wertvolle Erkenntnisse zu Tage. Grundsätzlich kann die Schadenlawinenaktivität im Berner Oberland in drei Phasen unterteilt werden: Während einer ersten Phase bis ungefähr zur Mitte des 19. Jahr-

hunderts versuchten die Bewohner:innen der Alpentäler, den Lawinen so gut wie möglich auszuweichen. Trotzdem führten unerwartete Lawinstürze und Extremereignisse häufig zu zahlreichen Todesopfern in den Bergdörfern. Während einer zweiten Phase führten Bevölkerungswachstum, Verkehrserschliessung und Tourismusentwicklung während des Zeitraumes zwischen 1850 und 1950 dazu, dass das Schadenpotenzial im Berner Oberland deutlich grösser wurde: Lawinen waren vermehrt für Schäden an Gebäuden, Verkehrswegen und sonstiger gefährdeter Infrastruktur verantwortlich. Zusätzlich verlagerten sich auch die Orte, an denen die Opfer von der Lawine erfasst wurden zunehmend aus den Wohngebieten heraus auf Verkehrswege und in die Bereiche beruflicher und militärischer Tätigkeiten.

Schliesslich hatten die Weiterentwicklung des Lawinenschutzes und die Renaissance der Berner Oberländer Tourismusindustrie in der Nachkriegszeit insbesondere ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine erneute Verlagerung der Schadenlawinenaktivität zur Folge: Die Popularisierung des Wintersports führte dazu, dass sich die Orte der Schadenlawinen mit Personenschäden zunehmend ins offene Gelände verschoben. Seit den 1960er

Jahren sind fast alle Lawinentoten im Berner Oberland im touristischen Bereich anzusiedeln.

Die Weiterentwicklung des Lawinenschutzes und die damit verbundene Schaffung einer „synthetischen zweiten Natur“ stand ihrerseits in einem direkten Zusammenhang mit der menschlichen Betroffenheit durch extreme Lawinenabgänge. Mehrere Lawinenwinter waren wesentliche Auslöser für die Entwicklung und Umsetzung des Systems des integralen Lawinenschutzes.

Die Studie untersucht die Lawinenschutzbestrebungen im Berner Oberland anhand mehrerer Perioden erhöhter Lawinenaktivität, um diesen Einfluss aufzuzeigen. Insbesondere im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts resultierte eine Reihe von tiefgreifenden Innovationen im Bereich des technischen Lawinenschutzes aus vorangegangenen Extremereignissen. Darüber hinaus wurden auch die administrativen und rechtlichen Grundlagen geschaffen, um das System des integralen Lawinenschutzes im Berner Oberland und in der gesamten Schweiz flächendeckend umzusetzen. Heute kommt eine Kombination aus kurz- und langfristigen, aktiven und passiven Massnahmen zum Schutz der zahlreichen potenziell gefährdeten Örtlichkeiten zum Einsatz.



David Sipeki

Pamphilus Gengenbach und Niklaus Manuel

Kirchen-, Solddienst- und Machtkritik sowie Antiklerikalismus in ihren Fasnachtspielen

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

In den Städten, in denen die intellektuellen Eliten lebten und wo die bürgerliche Klasse aktiv am öffentlichen Leben sowie an der Ideendebatte teilnahm, konnte die reformatorische Botschaft Luthers in verschiedensten Formen Fuss fassen. Auch zahlreiche Analphabeten konnten für die Kirchenreform gewonnen werden. Sie wurden vor allem durch die Predigt, die öffentliche Lesung und das Theater erreicht. So stellte sich eine bereits vorher populäre Theaterform, das Fasnachtspiel, in den polemischen Dienst der Reformation. Die bedeutendsten Verfasser von Fasnachtspielen

im eidgenössischen Raum waren Pamphilus Gengenbach und Niklaus Manuel. Die beiden Dramatiker wecken das Interesse von Historiker:innen seit über 150 Jahren. Ausser in der Arbeit von Rudolf Lössl mit dem Titel *Das Verhältnis des Pamphilus Gengenbach und Niklaus Manuel zum älteren deutschen Fasnachtspiel* (1900) wurden die Fasnachtspiele der beiden Autoren noch nicht einander gegenübergestellt. Das Werk von Lössl fokussiert auf Aspekte des Aufbaus und der Stilistik. Die vorliegende Arbeit hingegen beleuchtet die inhaltlichen Aspekte ihrer Fasnachtspiele.

Bei der Analyse ihrer Stücke konnten drei Hauptthemen herausgearbeitet werden: Kirchenkritik und Antiklerikalismus, Solddienstkritik sowie Machtkritik. Betreffend Solddienst kritisierte Gengenbach die Annahme ausländischer, besonders französischer Pensionen und das Reislaufen. Zudem erwartete er von Kaiser Karl V. kirchliche und gesellschaftliche Reformen, welche jedoch nie durchgeführt wurden. Manuel verband seine Abneigung gegen den Solddienst und Krieg mit dem Kampf für das Evangelium. In seinen Dramen war jedoch nicht Frankreich für die in der Eidgenossenschaft grassierende Korruption und Kriegstreiberei verantwortlich, sondern der Papst. Manuel betrachtete Frankreich nicht als Übel, sondern als

Schutzmacht gegen das bedrohliche Habsburg. Bezüglich Antiklerikalismus und Kirchenkritik fällt auf, dass Gengenbach eine Entwicklung durchmachte. In seinen früheren Fasnachtspielen äusserte er eine vorreformatorische Kirchenkritik, in der er den Klerus zur Gottesfurcht ermahnte und dessen Sünden anprangerte, jedoch nicht zu dessen Abschaffung oder Vernichtung aufrief. Dies änderte sich. In seinem letzten Fasnachtspiel wurde der Klerus auf reformatorische Art verteufelt. Manuel hingegen war bereits ein überzeugter Anhänger der Glaubenserneuerung, als er begann, Fasnachtspiele zu dichten. Daher waren bereits seine ersten Dramen durch und durch antiklerikal und gegen die Papstkirche gerichtet.



Michèle Steiner

Krankheit, Tod und Kommunalität

Die Nonnen des Klosters Visitation in Solothurn

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Windler

Es sind die Momente der Gratwanderung zwischen Leben und Tod, die in der Masterarbeit über die Nonnen des Klosters Visitation in Solothurn im Fokus stehen. Ausgehend von Nachrufen aus einem frühneuzeitlichen Frauenkonvent geht die Arbeit der Frage nach, welche Bedeutung Krankheit und Tod in einem weiblichen Klosterleben zwischen dem 17. und dem frühen 19. Jahrhundert besaßen. Drei Dimensionen dieser Phänomene interessierten dabei besonders: die verschiedenen Interpretationen von Krankheit und Tod, deren gemeinschaftsbezogener Charakter sowie deren narrative Einbettung.

Die Quellengrundlage für die Untersuchung der frühneuzeitlich-klösterlichen Dimensionen von Krankheit und Tod bilden die Nekrologe aus der Ordensgemeinschaft der Visitandinnen in der eidgenössischen Stadt Solothurn. Diese Nachrufe, die nach dem Tod jeder Schwester von der Oberin des Konvents verfasst wurden, beschreiben das Leben, die Tugenden sowie die Aufgaben der Verstorbenen, und gehen dabei vertieft auf die Krankheitsgeschichte und die Todesumstände ein.

Die Nachrufe wurden in den sogenannten Gelübdebüchern festgehalten, die beginnend mit dem Gelübde beim Klostereintritt den Lebenszyklus der Nonnen und die wichtigsten Meilensteine in deren Leben dokumentieren. Gesamthaft wurden für die vorliegende Masterarbeit 163 Nekrologe aus dem Zeitraum zwischen den 1640er und den 1850er Jahren ausgewertet.

Die Konzentration auf ein einzelnes Frauenkloster erlaubt es, sich intensiv mit den in dieser Institution entstandenen Nekrologen zu beschäftigen und diese qualitativ auszuwerten. Das Solothurner Kloster Visitation bietet dabei die Vorteile einer weitgehend vollständigen archivalischen Überlieferung. Neben einer historisch-hermeneutischen Vorgehensweise greift die Arbeit insbesondere auf zwei Konzepte zurück, um die Quellen zu kontextualisieren und zu interpretieren – namentlich auf Überlegungen von Victor Turner zum von Arnold van Gennep entwickelten Riten-Konzept sowie auf Ansätze der Körpergeschichte. Durch die Körpergeschichte beeinflusste jüngere Studien zum frühneuzeitlichen Verständnis von Krankheit

sind zentral für die Einordnung des Krankheitsverständnisses der Solothurner Nonnen.

Den drei obgenannten Dimensionen von Krankheit und Tod in frühneuzeitlichen Frauenkonventen folgend zeigt die Arbeit auf, dass die Solothurner Visitandinnen vornehmlich spirituelle Erklärungsstrategien wählten, um Krankheit und Tod zu erklären. Indem sie annahmen, dass diese Momente der Gratwanderung in einer unmittelbaren Beziehung zur göttlichen Sphäre standen, erschien ihr Körper selbst als Kommunikationsmedium mit dem Transzendentalen oder als „Tor zum Sakralen“. Aufgrund des Selbstverständnisses der Nonnen als Bräute Christi wurde diese Verbindung zwischen den Klosterfrauen und ihrem „himmlischen Bräutigam“ zusätzlich geschlechtsspezifisch aufgeladen. Auf eine Verbindung von Krankheit mit Vorstellungen menschlicher Sündhaftigkeit baute schliesslich die Betonung des lebenslangen Leidensprozesses auf, durch den die von Gott gesandte Krankheit zu einem integralen Bestandteil der Lebensgeschichte der Nonnen und ihres Wegs zur Selbstheil(ig)ung wurde. Damit unterschied sich ihr Krankheitsregime stark von demjenigen der Laien, die – anders als die Nonnen – in erster Linie auf einen funktionstüchtigen Körper angewiesen waren.

Die Masterarbeit verweist weiter auf den gemeinschaftsbezogenen Charakter von Krankheit und Tod, indem sie aufzeigt, wie sich diese

Phänomene auf das Zusammenleben im Kloster auswirkten. Dieser Zusammenhang manifestierte sich in erster Linie in Bezug zum Krankensaal, der im Kloster Visitation als Schwellenraum greifbar wurde. Kranke Nonnen blieben zwar während ihrer Krankheit und auch während des Sterbeprozesses Teil der Gemeinschaft, waren jedoch gleichzeitig von ihr distanziert und nahmen damit einen Sonderstatus ein.

Des Weiteren kann die Arbeit aufzeigen, dass sich die Nonnen zwar einem auf den Ordensregeln basierenden Normen- und Wertesystem unterwarfen, Individualität beziehungsweise individuelle Krankheitsgeschichten für die soziale Verortung der Nonnen innerhalb der Gemeinschaft dennoch von Bedeutung blieben.

Schliesslich legt die Masterarbeit dar, dass die Solothurner Visitandinnen ein auf den Tod ausgerichtetes Leben führten. Die Voraussetzung für das „ewige Leben“ war nach dem Verständnis der Klosterfrauen ein tugendhaftes, frommes Leben und Sterben. Die Nachrufe spielten in diesem Narrativ eine zentrale Rolle, indem sie nicht nur das „gute Leben und Sterben“ der Nonnen, sondern auch den Wert des Klosterlebens bezeugten. Dadurch dienten sie als Mittel der Selbstlegitimation und -bestätigung und möglicherweise auch als Medium, um allfällige zeitgenössische Kritik am Ordensleben abzuwehren.



Noemi Steuerwald

Die „Güggelgumperei der Amazonas“

Frauen im schweizerischen Reit- und Turniersport im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Disziplinen wie Radfahren, Turnen oder Fussball erstmals auch für Frauen der Startschuss ertönte, stellte Reiten für Grossbürgerinnen keine „neue“ Sportart dar. Was sich für die „Amazonen“ nun aber veränderte, waren einerseits ihr Zugang und andererseits die Normen, welchen sie hoch zu Ross unterstanden. Bis zu diesem Zeitpunkt frönten sie

dem Reitsport stets unter männlicher Begleitung, eingeschnürt in Korsetts und langen Reitkleidern, und konnten einzig im zwar sittsamen, aber gefährlichen Damensattel reiten. Von der Medizin wurden sie dazu angehalten, den Sport nur mit Mässigung zu betreiben, damit sie keinen Schaden an Leib, Leben und Gebärmutter davotrugen. Konkret bedeutete dies, dass das Springen von

Hindernissen, schnelle Galoppaden auf freier Flur oder gar die Teilnahme an Wettkämpfen für Reiterinnen ausgeschlossen waren.

In den 1920er und 1930er Jahren stellten immer mehr „Amazonen“ diese Normen in Frage und verabschiedeten sich von den bisherigen Konventionen des Damenreitports, etwa indem sie sprichwörtlich umsattelten – nämlich vom Damen- auf den Herrensattel. Auch nahmen sie in immer grösser werdender Zahl an Springkonkurrenzen teil, was per se unvereinbar mit der Mässigungsmaxime war und die herrschenden Geschlechternormen in Frage stellte. Die „Amazonen“ ritten nämlich nicht nur in Konkurrenz zu ihresgleichen, sondern errangen auch in geschlechtergemischten Prüfungen fulminante Siege über Offiziere und sogenannte „Herrenreiter“. Damit widerlegten sie den Mythos vom „schwachen Geschlecht“ konkret, unmissverständlich und messbar.

Der Reitsport bietet gerade wegen dieser unkonventionellen Geschlechtermischung grosses Potential für eine sport- sowie geschlechterhistorische Untersuchung. In dieser Disziplin ist die Physis des Pferdes für die Leistung des Paares entscheidender als die der Reiterin. Die in anderen Sportarten als eindeutig wahrgenommene Korrelation zwischen Geschlecht und Leistungsfähigkeit kann hier nicht aufrechterhalten und ein separater Wettkampfbetrieb de facto nicht legitimiert werden. Die differenten Reitnormen, die Reitexpert:innen für Frauen und Männer formulierten, ein geschlechtersegregierter Sportbetrieb sowie die Forderungen von Mediziner:innen für den Frauensport sind somit als eindeutiger Niederschlag der gesellschaftlichen Geschlechterordnung im Sportbetrieb zu werten. Vice versa stellten aber auch ausgezeichnete reiterliche Leistungen der Frauen sowie ihre Siege in geschlechtergemischten Springkonkurrenzen Geschlechterstereotypen in Frage, forderten die medizinisch und gesellschaftlich anerkannte Wahrnehmung der

Geschlechterdifferenz heraus und kontestierten so das herrschende Geschlechterverhältnis.

Diese Veränderungen gilt es, vor dem Hintergrund damaliger gesellschaftlicher Transformationsprozesse zu betrachten. Der Aufschwung des „Amazonenreitports“ erfolgte in einer Zeit, in welcher die erstarkende Frauenrechtsbewegung die herrschende Geschlechterordnung in Frage stellte und immer mehr Frauen in bis anhin männlich angestammte Bereiche wie Politik, Kultur und eben auch Sport vordrangen. Diese parallelen Entwicklungen verdeutlichen die Interferenz von Sport und Gesellschaft. Die beiden Sphären stehen in einem Verhältnis der reziproken Bezugnahme: Sport ist nichts Naturgegebenes, sondern eine soziale Institution und als solche ist er sowohl Ausdruck als auch Ergebnis der Gesellschaftsstruktur. Er kann folglich nie isoliert von der ihn umgebenden Gesellschaft betrachtet werden, weil er die ihr inhärenten Konflikte, Umbrüche, Machtverhältnisse und Normen in konkreter und messbarer Form wiedergibt.

Die Thematik wurde von der bisherigen Forschung in den Bereichen Sportgeschichte, Animal-Human History oder Geschlechtergeschichte nur marginal behandelt und bildet somit eine Forschungslücke, die mittels eines vielfältigen Quellenkorpus zumindest ansatzweise geschlossen werden soll. Die Masterarbeit fokussiert hierbei auf die Fragen, welche Normen und Konventionen in dieser Disziplin für Frauen geltend gemacht wurden, was als „konformes“ Reiten galt und was eine Grenzüberschreitung der Geschlechterstereotypen darstellte. Nebst dem wird auch gezeigt, wie Frauen sich konkret die männlich geprägten Räume des Reitsportes aneigneten, welche Strategien sie hierzu anwendeten und wie sie sich zu den Normen verhielten. Letztlich soll auch gefragt werden, auf welche Gegenwehr sie stiessen und von wem sowie vor welchem Hintergrund diese formuliert wurde.



Von St. Gallen nach Rio de Janeiro

Das Netzwerk des Kaufmanns Jacob Laurenz Gsell während der „Zweiten Sklaverei“

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Büschges

Die Arbeit untersucht das Netzwerk des St. Galler Textilkaufmanns Jakob Gsell (1815–1896) während seines Aufenthaltes in Rio de Janeiro (1836–1850). Gsell verfügte über weitreichende Geschäftsbeziehungen von der Ostschweiz über Hamburg und Frankreich bis in die Amerikas. Die Schweiz war innerhalb der Textilindustrie eine der grössten baumwollverarbeitenden Regionen Europas und setzte ihre Güter während Gsells Aufenthalt vor allem im amerikanischen Doppelkontinent und im Osmanischen Reich ab. Die Arbeit kann anhand Gsells Netzwerk darlegen, wie integriert die Ostschweizer Textilindustrie im 19. Jahrhundert im zunehmend globalen Handel war: dies zeigt sich beispielsweise in der Präsenz seiner Bekannten in den wichtigsten Handelsorten. Diese globale Verflechtung wird durch die Rekonstruktion des konkreten Netzwerks von Gsell greifbar. Dabei macht die Arbeit auch die Verbindung der Ostschweizer Textilwirtschaft zur „Zweiten Sklaverei“ deutlich. Das Konzept der „Zweiten Sklaverei“ legt den Fokus auf die Sklaverei und andere unfreie Arbeit als integraler Bestandteil im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts.

Mit der Arbeit wird aufgezeigt, dass Jacob Gsells geschäftliche Tätigkeit als Kaufmann in Rio de Janeiro stark von seinem sozialen und kulturellen Kapital abhängig war. Jacob Gsells Netzwerk umfasste während seines Aufenthaltes über verschiedene soziale Beziehungen, wobei einige Familienmitglieder eine herausragende Rolle spielten. Familiäre Handelsnetzwerke waren gerade für den risikoreichen Fernhandel attraktiv, da das Vertrauen in die Geschäftspartner und die Loyalität zum Geschäft durch die verwandtschaftlichen Beziehungen abgesichert werden konnten. Etwas Fehlverhalten konnte durch potenzielle soziale Ächtung vermindert werden. Des Weiteren waren Gsells Bekannte aus St. Gallen eine wichtige Quelle für sein soziales Kapital. Die engen geschäftlichen und freundschaftlichen Verflechtungen werden insbesondere mit seinen Freunden aus dem Verein Harmonia deutlich, mit denen er nach seiner Rückkehr aus Rio de Janeiro ver-

schiedene Banken und die Helvetia-Versicherung gründete. Das weltumspannende Agentennetz der Versicherung konnte dabei auf die verschiedenen kaufmännischen Netzwerke der Gründungsmitglieder zurückgreifen.

Dazu benötigte Gsell nicht nur den Besitz von sozialem Kapital, sondern auch kulturelles Kapital in Form eines bestimmten wirtschaftsbürgerlichen Habitus und Lebensstils. Das soziale Kapital beruhte auf Gegenseitigkeit und wurde mit grossem Aufwand in Form von regelmässiger Korrespondenz, Besuchen und Empfehlungen gepflegt. Die Verinnerlichung einer „kaufmännischen Kultur“, die sich neben formalisierten Institutionen wie Verträgen, durch einen bestimmten Habitus auszeichnete, war für den Aufbau von Handelsbeziehungen vertrauensbildend. Es wird somit deutlich, dass das wirtschaftliche Handeln, wie gemäss der These des Soziologen Mark Granovetter, nicht ohne seinen sozialen und kulturellen Kontext verstanden werden kann. Es weist zudem auf die Interdependenz des ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitals hin, die einen Schwerpunkt der Analyse in dieser Arbeit bildete.

Die Arbeit plädiert deshalb auf das Einnehmen einer vermehrt translokalen und postkolonialen Sichtweise innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Textilhandel und dem Wirtschaftsbürgertum der Schweiz, das mit der Welt des 19. Jahrhunderts eng vernetzt war. Anhand des Indienne-Handels, der bereits auf die Frühe Neuzeit zurückgeht, zeigt sich exemplarisch die Involviertheit und koloniale Komplizenschaft von schweizerischen Kaufleuten und Manufakturen, indem die bedruckten Baumwollstoffe als Tauschwerte im transatlantischen Sklavenhandel verwendet wurden. Dies ist besonders von Bedeutung, weil die Textilindustrie ein Schlüsselbereich für weitere wirtschaftliche Sektoren der Schweiz wie die Banken- und Versicherungsbranche sowie die Chemie- und Maschinenindustrie war. Dabei war die Ostschweizer Wirtschaft des 19. Jahrhunderts fest in den Händen von Ostschweizer Familien. Zu nennen sind beispielsweise die

Familien Zellweger, Gonzenbach, Schläpfer oder Gsell, die sowohl geschäftlich, verwandtschaftlich und freundschaftlich eng miteinander verbunden waren. Diese Netzwerke wie dasjenige von Gsell weisen die enge Verbindung von sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital auf. Der Wohlstand der einzelnen Familien beruhte dabei oft auf

dem Textilhandel mit Baumwollprodukten, der daher eng mit der Sklaverei verflochten war. Das Kapital investierten sie nach ihrer Rückkehr in die Schweiz in den Eisenbahnbau oder gründeten Versicherungs- und Bankgesellschaften, die teilweise bis heute aktiv sind.



Selomie Anna Zürcher

„Abwehrkampf wider die Gottlosenbewegung“

Proletarische Freidenker in der schweizerischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus
(1927–1936)

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

In der Schweiz und anderen europäischen Ländern bildete sich in den 1920er Jahren eine neuartige Bewegung heraus: die proletarischen Freidenker, die sich in der Schweiz ab 1930 als Proletarischer Freidenkerverband der Schweiz-Sektion der Internationale Proletarischer Freidenker (PFV) organisierten. Sie hatten mit den herkömmlichen, bürgerlich geprägten Freidenkern ein atheistisches Weltverständnis gemeinsam, sowie die Überzeugung, dass die Kirche dem Fortschritt der Gesellschaft im Weg stehe und daher abgeschafft werden solle. In Anlehnung an die Russische Revolution hielten die proletarischen Freidenker die kommunistische Revolution für den einzigen Weg zur endgültigen Überwindung der Kirche und zur Schaffung einer neuen, besseren Gesellschaft. Sie trafen in verschiedenen Ländern auf starken Widerstand und wurden teilweise gar verboten. Auch in der Schweiz riefen die proletarischen Freidenker eine Offensive gegen die sogenannte „Gottlosenbewegung“ hervor.

Die Masterarbeit, die als Grundlagenforschung angelegt ist, geht der Frage nach, welche Rolle die proletarischen Freidenker in der Geschichte der schweizerischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus spielten. Sie umreißt die Geschichte des PFV, situiert ihn im Kontext der Schweiz in der Zeit zwischen den Weltkriegen und fragt nach grundlegenden Erkenntnissen über den PFV als signifikanten Akteur in der Geschichte

der schweizerischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Kommunismus und der Sowjetunion im Zeitraum zwischen 1927 und 1936.

Der erste Teil der Arbeit erläutert Ursprung, Geschichte und Ende des PFV. Er beleuchtet den Verband als Teil der Freidenker in der Schweiz, als Organisation mit starkem Bezug zum sowjetischen Bund der kämpfenden Gottlosen, sowie als Mitglied der Internationale Proletarischer Freidenker und bietet eine Übersicht über die Vereinsgeschichte von 1927 bis 1936.

Im zweiten Teil wird die Debatte um die proletarischen Freidenker anhand dreier Akteur:innen vorgestellt, die sich aktiv am Kampf gegen den proletarischen Freidenkerverband beteiligten: der Schweizerische Vaterländische Verband, die katholische Kirche sowie die Entente Internationale Anticommuniste. Mittels dreier zentraler Quellen folgt anschliessend eine Analyse der Argumente und Denkweisen, die in der Debatte um die proletarischen Freidenker in der Schweiz entstanden und Brennpunkte des Konflikts sichtbar werden lassen.

Ihrem Charakter als Grundlagenforschung entsprechend, geht diese Arbeit explorativ vor und legt mit Blick auf die vorhandenen Quellenbestände Ansatzpunkte für die vertiefte Forschung frei. Ausgangspunkt bildet ein umfangreiches Dossier der Schweizerischen Bundesanwaltschaft mit Polizeiberichten, Korrespondenzen, Presseartikeln

und Publikationen unterschiedlicher Institutionen. Weitere untersuchte Quellenbestände sind das Pressearchiv des Schweizerischen Vaterländischen Verbands, Protokolle und Korrespondenzen aus dem Archiv der Schweizerischen Bischofskonferenz, des Schweizerischen Katholischen Volksvereins und der Freigeistigen Vereinigung der Schweiz, Publikationen aus dem PFV sowie die Zeitschrift der Freigeistigen Vereinigung der Schweiz. Für die detailliertere Analyse des Konflikts zwischen dem PFV und seinen Gegner:innen untersucht die Arbeit exemplarisch das Bettagsmandat der schweizerischen Bischöfe *Abwehrkampf wider die Gottlosenbewegung* (1932), die Gottlosendebatte im Nationalrat (1933) und die Begleitbroschüre zur *Anti-Gottlosen-Ausstellung* (1934).

Auf der Grundlage dieser vielseitigen Quellen bietet diese Arbeit einen ersten Aufriss sowie einige Schlaglichter auf zentrale Ereignisse der Geschichte eines an sich kleinen Verbands, der in der Schweiz in einer Zeit der gesellschaftlichen Verunsicherung und Neuorientierung zu einem Auslöser für eine öffentliche Auseinandersetzung wurde. Durch den expliziten Bezug auf den Sowjetkommunismus weckte er grundlegende (Unterwanderungs-)Ängste vieler Menschen in der Schweiz in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Die Freidenkerbewegung hinterfragte Institutionen, die viele Menschen als grundlegend, bewährt oder „heilig“ empfanden, wie die Kirche, die Familie,

das Bildungssystem und so weiter. Diese Angriffe erfolgten nicht etwa in verborgener Weise, sondern offen, kämpferisch, mit einem strategischen Fokus auf die Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen und mit einer ständigen Bezugnahme auf den sowjetischen Bund der kämpfenden Gottlosen – dies in den Jahren, in denen zunehmend Bilder von Christenverfolgungen und Hungersnöten aus der Sowjetunion nach Westeuropa gelangten. Auf privater, kirchlicher, staatlicher und internationaler Ebene formierten sich Widerstände sowie eine mehrere Jahre andauernde Debatte über den Proletarischen Freidenkerverband.

Die untersuchten Quellen zeigen auf, dass beide Seiten sehr grosszügig auf Stereotypisierungen, überspitzte Darstellungen und undifferenzierte Aussagen zurückgriffen, um ihre jeweiligen Gegner:innen zu denunzieren und den eigenen Standpunkt zu stärken. Die Argumentation beider Seiten fiel immer wieder in das Schema einer simplifizierenden Gegenüberstellung von Christentum und Atheismus, was gleichgesetzt wurde mit den (unterstellten) Antagonismen Kapitalismus vs. Kommunismus, Westen vs. Osten, Kirche vs. Gottlosenbewegung. Anhand der untersuchten Quellen wird gezeigt, dass diese Debatte weit mehr als die proletarische Freidenkerbewegung an sich umfasste. Vielmehr kristallisierten sich in ihr Ängste und Hoffnungen, die mit weltweiten Entwicklungen im Zusammenhang standen und sich durch unterschiedliche Akteure konkret ausdrückten.



u^b

b
**UNIVERSITÄT
BERN**

ISSN 1660-1904

B
e
r
n
H
e
r
n
n
L
i
t
t
e
r
a
t
u
r